Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 1. bis 6. April 45 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstr. 46.
Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 78. Dienstag, 1. April 1924. 31. Jahrgang.

Aufstieg zur Macht.

30 Jahre Lübecker Volksbote!

Das Ideal, das der Arbeiterschaft vorschwebt, ist eine große menschliche Gesellschaft, aus verschiedenen Funktionen und gegenseitiger Hilfe bestehend, die miteinander verbunden sind durch die Auffassung vom allgemeinen Wohle.

Ramsay MacDonald.

Dr. L. Lübeck, 1. April.

Die Zeitenwende vom 18. zum 19. Jahrhundert stand im Zeichen der französischen Revolution und der daraus erwachsenen napoleonischen Kriege.

In Frankreich war das Bürgertum zum Bewußtsein seiner selbst, seiner Klasse erwacht. Nach politischer Freiheit streckte es die Hand aus und riß die ganze Macht an sich. Vorübergehend! Als Enderfolg blieb ihm die politische Gleichberechtigung mit dem Adel, dem Grundherrentum.

Hundert Jahre früher schon hatte sich das englische Bürgertum den gleichen Erfolg erkämpft. In etwas anderer Form, mit anderen Mitteln. Als Ergebnis der blutigen Revolution gegen Karl I. und der fanatisch-religiösen Bürgerkriege Cromwells fiel in der unblutigen Revolution von 1688 dem englischen Volke die Bürgerfreiheit in den Schoß. Gleichberechtigt steht von nun an in der englischen Geschichte der Bürgersmann neben dem Landadligen. Das alte Gottesköntgtum verblaßte unwiderruflich.

Dieser Machtanspruch des Bürgertums und sein politischer Aufstieg waren keineswegs Zufallserscheinungen am Himmel der Geschichte der Nation. Auch nicht die Folge waren sie von aufrührerischen Schriften oder revolutionärer Propaganda unruhiger Zeitgenossen. Wirtschaftliche Umwälzungen, damit eng verknüpft soziale Entwicklung und Verschiebung, hatten sie vorbereitet, angekündigt, erzwungen.

In reinen Agrarländern ist selbstverständlich die Landwirtschaft allmächtig. Die soziale Macht der Landwirtschaft beruht auf dem Grundbesitz. Deshalb regierte und regiert in solchen Ländern der Grundbesitzer, d. h. der Adel.

Mit dem Uebergang zum Industrieland rückt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Kräfte mehr und mehr in die Städte. Ihre Träger sind die Herren vom Gewerbe, von der Industrie: die Fabrikanten, Geldleute usw. Kurz: die Kapitalisten, das Bürgertum. Mit dem Anschwellen seiner Wirtschaftsmacht wächst auch sein Anspruch nach politischer Selbstbestimmung. Eine gewisse Entwicklungshöhe dieser Wirtschaftsmacht bedingt dann auch die Uebernahme der politischen Macht, oder wenigstens der politischen Gleichberechtigung mit den übrigen wirtschaftlichen Mächten, dem Grundbesitz usw.

*

Dieser wirtschaftliche und politische Aufstieg des Stadtbürgertums teilte die bis dahin unterschiedlose Masse des breiten Volkes. Das Entstehen des zusammengeballten Kapitalbesitzes, der Fabrik usw. erzwang die Bildung einer neuen Bevölkerungsschicht, der Lohnarbeiter. Mit dem Aufstieg des Kapitals, mit der schrittweisen Verdrängung des selbständigen Handwerksbetriebs und der Produktion durch den Großbetrieb mußte sich naturnotwendig eine stetig anschwellende Zahl beschäftigungsloser und besitzloser Handwerker herausbilden. Der soziale Entwicklungsprozeß hatte sie in besitzlose Lohnarbeiter umgewandelt.

Diese gesellschaftliche Umwälzung, dieser Aufstieg einer Klasse und damit verbunden die Entstehung einer neuen Klasse auf breiter, auf nationaler und selbst internationaler Grundlage ist der wesentlichste soziale Gehalt des 19. Jahrhunderts.

Hand in Hand mit diesem Aufstieg des städtischen Bürgertums ging die Entstehung eines freien, sozusagen bürgerlichen Bauernstandes. Die liberalen Ideen der Stadtbourgeoisie drängten auf eine Befreiung der bis dahin unfreien, erbuntertänigen Bauern.

In Frankreich genügte eine einzige Nachtsitzung der revolutionären Nationalversammlung, um die Freiheit der Landbevölkerung durchzusetzen und zu verkünden. In Deutschland war es die so vielgepriesene Stein-Hardenbergsche Reform, die dem deutschen Landvolk die „liberale Freiheit“ gab.

Der tatsächliche Erfolg dieser Stein-Hardenbergschen Reform war die Ueberführung des einen Drittels der bis dahin unfreien Bauernbevölkerung in den freien oder bürgerlichen Bauernstand. Die anderen zwei Drittel aber verloren ihr ererbtes Anrecht auf den Boden. Sie wurden — landlos. Nur ein Ausweg blieb ihnen: Knechte zu werden bei den neugebackenen Bauern oder den alteingesessenen Großgrundbesitzern, denen das Land in vergrößerter Abrundung geblieben war.

Das 19. Jahrhundert — im wesentlichen seine erste Hälfte — schuf also nicht nur das Stadtproletariat, auch ein Landproletariat erweckte es zum Leben. Ein Leben allerdings in sozialer Niederung, in Elend und in Unfreiheit. Ein Leben auch ohne eigentliches Bewußtsein.

Stadt- und Landproletarier lebten in dumpfer Hoffnungslosigkeit dahin. Sie lebten um zu arbeiten, und sie arbeiteten um zu essen, und sie aßen, um wieder zu arbeiten. Dieser entsetzliche, von keinem wärmenden Lichtstrahl der Hoffnung erhellte Kreislauf zermürbte und verelendete Generation auf Generation einer stetig an Zahl zunehmenden Klasse. Grauenhaft und eintönig lagerte über dumpfen Fabriksälen, im schwarzen Schacht der Bergwerke nur der eine kraftlose Schrei: Freudlose, hungrige, blutige Arbeit für andere, für andere.

Der Arbeiter ging in Lumpen gekleidet, in menschenunwürdiger Höhle begrüßte er das Licht und schloß er seine Tage. Vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang stand er im Joch seiner Fron, und konnte dabei sich und die Seinen kaum sättigen. Ein besserer Anzug, ein bißchen Freude, ein kleines Vergnügen: alles das war ihm unbekannt. Es kam ihm nicht zu. Es waren dies die alleinigen Vorrechte der besseren, höheren Klassen.

Von den Rechten des Menschen hatten diese Aermsten, diese Enterbten der Gesellschaft nie etwas gehört. Sie trugen ihr düsteres Geschick mit der unbewußten Ergebenheit und Melancholie der politisch Willen- und Hoffnungslosen. Sie fühlten sich gar nicht als Klasse. Das Bewußtsein ihres Wertes war in ihnen noch nicht erwacht. Das neue Bild der kapitalistischen Organisation fand in ihrer dumpfen Vorstellung noch keinen Widerschein.

Sobald die Arbeiterschaft es anderen nachmacht, versagt die Arbeiterschaft. Wenn die Arbeiterschaft nicht natürlich und sie selbst sein kann in ihrer Regierung, eignet sie sich nicht zur Uebernahme der Regierung. Eine Arbeiterschaft muß sich selbst rechtfertigen, indem sie neue Eigenschaften in die Regierung hineinbringt.

J. Ramsay MacDonald.

Bis Schreie ertönten, Schreie einzelner. Rufer ihrer unterdrückten Brüder. Empörer gegen das Elend! Durch England raste jahrelang die Aufruhrflamme der Chartisten. Fabriken wurden niedergebrannt, Maschinen zertrümmert. Weitling verkündete seinen Brüdern neuen Glauben, neue Hoffnung. Aber alles verebbte, erstickte in der Dumpfheit der Masse. Die Klasse schlief noch. In der Klassenbewegung spielte das Gesamtbewußtsein des vierten Standes noch keine Rolle.

Noch 1848 kämpften die wenigen aufgerüttelten Arbeiter — hauptsächlich in den größeren Städten — unter den Fahnen des Bürgertums gegen Monarchie und Junker. Und als die große Versöhnung kam, die Versöhnung der Bürger mit dem Adel und der Monarchie, da stand der Arbeiter vor dem Tor, draußen. Er zählte überhaupt noch nicht mit.

Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist diese Versöhnung der herrschenden Klasse und der Monarchie politisch-gesellschaftlich der wesentlichste Entwicklungszug. **Damit verbunden die Ablösung der Arbeiterschaft, das Erwachen des Gesamtproletariats zum politischen Bewußtsein, zum politischen und wirtschaftlichen Wollen.**

Lassalle und Marx drückten dieser neuen Epoche ihren Stempel auf. Lassalle rüttelte mit seiner glänzenden Beredsamkeit die Arbeiter auf. Hier und dort erwachten Arbeitergruppen zu politischem Freiheitswillen. Wie Steppenbrand rasten neue Ideen durch die Industriegebiete am Rhein, in Sachsen und in der preußischen Hauptstadt. Aber auch wie Strohfeuer!

Erst das beständige, unermüdliche und schwere Geschütz der Dialektik und des scharfen Denkens von Karl Marx schmiedete die proletarische Klasse zu politischem Gesamtbewußtsein. Begründete die neue Lehre gleichzeitig auf den festgefügten Blöcken der Geschichtswissenschaft und der sozialen Erkenntnis.

Damit war der Sozialismus geboren. Die sozialistische Bewegung nahm ihren Lauf.

*

Die neue Bewegung war keine Geheimsekte. Sie blieb deshalb nicht selbstgenügsam in der beschaulichen Betrachtung der neuen Ideen von Freiheit und Gleichheit auch für das Proletariat. Sie mußte von allem Anfang an mit den Tatsachen der rauhen Wirklichkeit rechnen. Von der Utopie über die Wissenschaft zur politischen Macht! Das war die Losung.

Diese Losung zwang zur Stellungnahme zu den vorhandenen wirtschaftlichen Gegenkräften: die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und mit dem Staat.

Diese Auseinandersetzung bildete im wesentlichen den Inhalt der Politik der Sozialdemokratischen Partei in der Vorkriegszeit.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wurde abgelehnt; ihre Ueberwindung ist ein Teil der im wissenschaftlichen Sozialismus aufgedeckte Entwicklungsreihe der Oekonomie.

Wie aber stand die Sozialdemokratische Partei zum Staat?

*

Der Staat der Vorkriegszeit war für die Arbeiterschaft nur eine Kaserne und ein Zuchthaus. Ein Machtinstrument der mit dem Adel und der Bourgeoisie verbundenen Krone zur Niederhaltung der Arbeiterschaft, zur gewaltsamen Verteidigung der Standes- und Eigentumsvorrechte, zur Verewigung eines Zustandes, der dem einen Freiheit und Wohlleben garantierte, für die anderen aber nur gute Worte von Arbeit, Zufriedenheit und Vaterlandspflicht hatte.

Sei hier die alte Binsenwahrheit eingeschoben, daß Vaterlandsliebe und Nationalgefühl des Adels wie auch der Bourgeoisie eine reine Klassenangelegenheit ist; sie reden vom Wohl des Vaterlandes und meinen sich selbst; sie sagen Jesus Christus und meinen den Profit.

Jedenfalls lehnte die Sozialdemokratie diesen Staat in allen seinen Teilen ab. Sie wollte mit ihm nichts gemein haben; und sie hatte mit ihm nichts gemein.

Alle sozialdemokratischen Forderungen, allgemeines Stimmrecht, verantwortliche Regierungen usw., hatten nicht das Ziel, mit dem wilhelminisch-bismarckisch großpreußischen Staat auf halbem Weg Frieden zu schließen, sondern ihn von Grund auf umzugestalten.

Sie war also eine revolutionäre Partei. Das hinderte sie aber nicht, auf den steinigen Boden der Wirklichkeit in den Parlamenten mitzuarbeiten; denn eine Partei kann von dem revolutionären Wollen allein nicht jahrzehntelang leben. So schloß die Partei bei verschiedenen Gelegenheiten Kompromisse, um da und dort eine Verbesserung der traurigen Lage der Arbeiterklasse zu erzielen.

Aber im Grunde ihres Wesens stand sie dem Vorkriegsstaat negativ gegenüber. Darauf war ihre ganze Agitation eingestellt: Aufrüttelung der gesamten arbeitenden Bevölkerung, grundsätzliche Opposition in allen für die Regierung wichtigen Fragen.

*

Krieg und Revolution brachten eine unerhörte Umschichtung im deutschen Volke. Ganze Bevölkerungsschichten verschwanden im brausenden Meer der allgemeinen Verarmung, andere stiegen beinahe unvermittelt auf wie ragende Felsenriffe nach großen Seebeben.

Der alte Staat brach reitungs- und hilflos zusammen, wie ein altes Gebäude, dessen Gebälk durch und durch morsch und verfault ist.

Es war beinahe politischer Zwang, der mit geradliniger Konsequenz den Auftrag und die Macht zu neuer Staatsbildung der alten Feindin des zusammengebrochenen Staates übertrug. Die Sozialdemokratie hatte damit vor der Geschichte die Mission erhalten, neue Staatsformen zu suchen für das alte deutsche Reich, hatte die Aufgabe, aus den Trümmern des alten Staates einen neuen Staat zu bilden. Eine von Grund auf neue Staatsidee war in kürzester Zeit zu schaffen, denn von alten Staatsgedanken war nichts mehr da als tödliche Lächerlichkeit und muffiger Plunder. Nicht nur neue Form mußte gegossen werden, auch neuer Inhalt, neuer Geist mußte oder sollte in kürzester Frist aus dem wüsten Trümmerhaufen der damaligen Gegenwart hervorquellen.

Auf solche plötzliche Riesenaufgabe war die deutsche Arbeiterschaft nur wenig vorbereitet. Dazu fehlte vor allem der positive Staatsgedanke. Die Einstellung zum Staate war im deutschen Proletariat infolge der jahrzehntelangen Nur-Agitation im wesentlichen negativ.

Der Sozialdemokratischen Partei fiel die riesige Last zu, das deutsche Proletariat auf die notwendige neue Staatsidee umzustellen. Die Millionenschar ihrer Anhänger aus der agitatorischen Welt des Negativen hinüberzuführen in das wirklichkeitsfreudige, wenn auch anspruchsvollere Feld der positiven Einstellung. Nicht reibungslos ging diese Arbeit vor sich. Nicht überall war die nötige Einsicht vorhanden für die neue, für die andere Zeit. Reibungen entstanden innerhalb der Partei, Spaltungen. Die unabhängige Bewegung z. B. beruhte auf der geradezu grotesken Verkennung dieser absoluten Notwendig-

ketten. Aber die Sozialdemokratie ging unbeirrt ihren Weg! Sie hat ihr Ziel erreicht! Gerade die wertvollsten Teile der deutschen Arbeiterschaft, nicht zuletzt der junge Nachwuchs, haben sich eine neue Staatsgesinnung geschaffen. Grundsätzlich verschieden von der Staatsauffassung der vorrevolutionären Zeit. Und — bei marxistisch-geschulter Schau über den Ablauf der geschichtlichen Entwicklungstatsache — konnte es anders sein?

*

Der 9. November war der Schlußstein der Entwicklung der deutschen Gesellschaftsentwicklung, die mit 1848 begonnen hatte. Die Arbeiterschaft war sich endgültig ihres Wertes bewußt geworden, war zum Klassenbewußtsein erwacht. Jetzt begann eine neue Geschichtsepoche. Der Kampf um die Macht im Staate selbst. Was das englische Bürgertum 1649 begann, was Frankreichs dritter Stand 1789 sich als Aufgabe stellte, das setzte für Deutschlands vierten Stand am 9. November 1918 ein. Der Machtkampf!

Hemmungen traten auf. Zunächst der unselige Glaube weiter Proletariermassen, revolutionäre Klassenverschiebungen könnten an einem oder zwei Tagen vollendet werden. Damit verbunden die Ungebundenheit, die Ungeduld und der Unverstand, die zu den spartakistischen und kommunistischen Putschen führten. Aber noch verhängnisvoller ein zweites, was heute unbedingt ausgesprochen werden muß.

Die oben beschriebene Parteientwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hatte die Kräfte auf den politischen Machtkampf nicht genügend vorbereiten können. Der unbedingte Wille zur politischen Macht war deshalb nicht überall vorhanden. Man ließ sich von der demokratisch-republikanischen Form täuschen und versäumte dabei vielfach den rücksichtslosen Kampf für den neuen Geist. Man faßte vielfach die neue Regierungsform als eine Art Kompromiß auf zwischen der alten Gewalt und den Ansprüchen der aufstrebenden Arbeiterschaft. Die Folge davon waren zum Teil solche Koalitionen, in denen das Bürgertum mit seinem ganzen Verwaltungsapparat und mit der gleichen grauen Schimmelfarbe weiter regierte, wie zu Wilhelms Zeiten, mit dem einzigen Unterschied, daß in der Regierung einige Sozialdemokraten als Konzessionäre an die „Republik" saßen.

Es war das eine Entwicklung, die zum Teil in der vorrevolutionären Zeit ihre geistige Grundlage hat. Die aber der Arbeiterschaft ganz schwere Rückschläge in ihrem Machtkampf gebracht hat.

Die Sprache der Tatsachen ist der beste Lehrmeister. Und sie muß heute zu Wort kommen. Gerade die jüngere Generation hat ungeheuer viel daraus gelernt. Ihr genügt es nicht: treu-dogmatischer Sozialist zu sein. Sie will mehr! Sie hat aus der Entwicklung gelernt. Mit heißem Herzen bekennt sie sich zu dem neuen Staatsgedanken, zu der Republik als dem Abschluß einer abgelaufenen und dem Beginn einer neuen Epoche. Aber mit ebenso heißem Herzen meldet sie ihren Willen zur Macht an.

„Wer eine politische Machtposition, die er ergreifen kann, nicht ergreift, der gibt ein Zeichen der Schwäche! Der gehört nicht zu uns. Wir bejahen den Staat! Aber wir wollen in diesem Staat die ganze Macht, die unserer Stärke zukommt. Wir stehen zur Verfassung, aber wir verlangen für uns alle Rechte, die sie uns zur Verfügung stellt. Wir kämpfen so mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, für den Geist, für den Inhalt der Republik."

So lautet der Programmentwurf der jungen Arbeiterschaft. In ihrer Mitte aber stehen Zehntausende alter Parteigenossen, die einsehen, daß mit der Zeit die Methoden sich ändern, daß heute eine neue, eine andere Zeit herrscht.

Man bezeichnet diesen jungen Geist oft als radikal. Möge man. Mit dem gewöhnlichen Radikalismus, mit dem hysterischen Geschrei kommunistischer und parteiloser Ignoranten hat er nichts zu tun. Es ist der heiße, ausgeprägte und harte Wille, das vorläufige Ziel der Arbeiterbewegung, die Republik, für die Arbeiterschaft zu erkämpfen und sie mit dem Geist der Arbeiterfreiheit auszubauen und aufzufüllen.

*

Vielleicht geht bei solcher Ueberlegung manchem, der noch nicht genügend nachgedacht, ein Dämmern durch seinen Sinn. Das sind ja die Leitgedanken der Lübecker sozialdemokratischen Politik in den letzten zwei Jahren. Die **Bereitschaft zur Uebernahme der vollen Verantwortung für das Gemeinwesen** und gleichzeitig der **Anspruch auf die entscheidende Staatsgewalt.**

Ein Rückschlag? Was ist uns ein Rückschlag? Wie Ebbe und Flut wogen die Freiheitskämpfe der zum Aufstieg reifen Gesellschaftsklassen hin und her. In diesem Naturspiel zur Befreiung der Menschheit spielt ein Jahr keine Rolle und auch zehn Jahre nicht.

Nicht das Ziel ist das Entscheidende im Aufstieg zur Macht. Sondern der Wille und der Weg! Ist doch das Ziel auch nur eine Etappe. Das sprühende treibende Feuer aber ist die in der Arbeiterschaft freiwerdende Kraft, ist ihr geistiger Aufstieg, ist ihre politische Sattung.

30 Jahre „Lübecker Volksbote". Eine Gelegenheit zum Rückblick. Und zum Ausblick. Von dem kleinen Häuflein entschlossener Männer zur Massenorganisation gleichgesinnter Proletarier!

Es ist der Aufstieg zur Macht. Ein Aufstieg, für den es kein Hindernis gibt; der im Kampfe hin und herwogt, aber zu stets kräftigem Atem ausholt. Bis zur Erfüllung der Menschheitsmission des vierten Standes — der Uebernahme der Staaten durch die Arbeiterschaft. Bis zur Ausbildung einer neuen, höheren, edleren Gemeinschaftsidee.

Aber auch das wird kein Stillstand sein. Sondern der Kreuzweg nur zum Weiterwandern der Menschheit stets höherem Ziel, immer klarerem Morgen entgegen.

Hoch über allem Geschehen aber erklingt ewig das jauchzende Sehnen des Menschen nach Freiheit und Liebe.

Die soziologischen Grundlagen einer Arbeiterregierung.

Von Ramsay MacDonald.

Hand- und Kopfarbeiter!

Es ist eine sehr verbreitete Ansicht, daß die soziologische Auffassung der Labour Party auf dem Aufbau einer Gemeinschaft von Lohnempfängern beruhe, welche die freien Berufe gering achten und sie ihrer Herrschaft unterwerfen wollen. Obwohl die Labour Party offiziell erklärt hat, daß sie eine Vereinigung von Hand- und Kopfarbeitern sei, scheinen die Kritiker unserer soziologischen Auffassungen manche Begründung für ihre irrtümliche Ansicht zu finden. Bei der Schaffung der Labour Party hat auch zweifellos das Motiv des Ressentiment des geschulten, seines Wertes sich bewußten Arbeiters gegen die ihm seitens der Gesellschaft widerfahrene Behandlung eine Rolle gespielt — zweifellos ging auch die Aufgabe der Labour Party zum Teil darauf hinaus, eine Anzahl Arbeiter ins Parlament zu bringen, um das Gleichgewicht der Klassen im Parlament herzustellen und in die Verwaltung und Gesetzgebung die Erfahrung des Lebens der Arbeiterklassen hineinzutragen. Es kam auch zweifellos einiges Mißtrauen und einige Eifersucht zum Vorschein gegenüber denjenigen Männern, die, obwohl nicht der Arbeiterklasse entstammend, aus politischen Gründen sich der Partei anschlossen.

Die Schuld lag da oft an beiden Seiten, da es beiden nicht gelungen war, gegenseitig Sympathie und Vertrauen zu erwerben. Wir müssen jedoch der Einstellung der Arbeiterschaft ein gewisses Verständnis entgegenbringen. Wir haben Grund dazu. Sie hat schon dafür ihre Gründe, wenn wir uns nur Mühe geben, sie zu verstehen.

Die Gesellschaft hat die Arbeiterschaft keineswegs gerecht behandelt. Sie hat den Kämpfen der Arbeiterschaft um eine anständige Lebensweise und Befreiung ein sehr geringes Interesse entgegengebracht, und heute noch, wenn die Arbeiterschaft gezwungen ist, um ihr Recht zu kämpfen, wird aus dem ersten Impuls heraus ihr Kampf verdammt. Wer sich z. B. die Mühe gibt, die Stöße der Zeitungen durchzublättern, sagen wir aus den letzten fünfundzwanzig Jahren, und die Anfänge der Agitationen verfolgt, die heute allgemein als gültig anerkannte Ergebnisse gezeitigt haben, wird finden, daß fast in jedem Falle die öffentliche Meinung sich feindselig gezeigt und dort, wo sie die Absichten selbst nicht verdammen konnte, sie immer eine Entschuldigung fand, die Methoden zu verurteilen. Keine Arbeiterklasse ist z. B. ungerechter behandelt und auf dümmere Weise beschimpft worden als die Bergarbeiter, und dabei hatte keine andere Klasse jener Zeit einen schwereren Kampf auszufechten, um sich den unmenschlichen Auswirkungen der sozialen Vernachlässigung zu entziehen. Es geschah es, daß zwischen der öffentlichen Meinung — oder der Pressemeinung, die einerseits die Meinung derjenigen ist, welche die Zeitungen beherrschen, und andererseits derjenigen, die ihre Anregungen wiederholen — und derjenigen der organisierten Arbeiterschaft sehr wenig Berührungspunkte vorhanden sind. Während des Eisenbahnstreikes im Jahre 1919 kochte der Zorn der öffentlichen Meinung gegen die Arbeiter, denen man vorwarf, daß sie das Gesamtleben des Volkes stören. Die Arbeiter blieben von den Vorwürfen unberührt und betrachteten die Beschuldigungen als einen Beweis mehr dafür, daß die Mehrheit der Menschen moralisch und geistig zu träge ist, um Forderungen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen, sobald sie ihren Gleichmut oder ihre Bequemlichkeit stören. Das Publikum kümmert sich wenig um die Eisenbahner, wenn es nur sich einen billigen und ungestörten Eisenbahnverkehr sichern kann. So sahen die Arbeiter das Interesse der Oeffentlichkeit an, und wer in jenen Tagen den allgemeinen Gesprächen zuhörte, mußte zugeben, wie begründet ihre Ansicht war.

Die Scheidung zwischen der berufstätigen Klasse freier Berufe oder dem Mittelstande und der arbeitenden Klasse hatte eine beklagenswerte Wirkung für beide Teile. Sie entfremdete den Mittelstand den greifbaren Wirklichkeiten der physischen Arbeit und lenkte seine Aufmerksamkeit auf falsche Werte hin, auf eine äußere Vornehmheit, ein Zurschautragen, das meistens ein Schwächebekenntnis des Geistes und der Seele ist; sie hat die Arbeiter der natürlichen Anregung der Kultur und des Komforts beraubt. Sie hat beim Mittelstande ein sklavische Anbetung der Klassen gezüchtet, deren Lebensweise er nicht teilen kann und die er nur in äußeren, für Geld zu erwerbenden Dingen oder im Ersatz nachzuahmen vermag. Sie hat der unteren Schicht die Vervollkommnung versagt, indem sie die aus der Arbeiterklasse Aufsteigenden dazu zwang, sie zu verlassen und sich anderen Klassen anzuschließen. Sie hat den Mittelstand zur Nachahmung herabgewürdigt und die Arbeiterklasse verelendet. An Stelle eines Verhältnisses zwischen den beiden Gruppen, das zwei Funktionen zu einer Einheit zusammenfassen sollte, trat Entfremdung, Feindseligkeit und Mißverstehen ein. **Wenn man nur die Kinder der arbeitenden Klasse, die dank ihren Fähigkeiten in die freien Berufe übergehen, dazu bringen könnte, sich der Väter und Mütter und der Nachbarn, unter denen sie aufwuchsen, zu erinnern, würde man bald eine moralische Revolution in der Gesellschaft erleben.** Die wirkliche Trennungslinie der Gesellschaft besteht in der moralischen und wirtschaftlichen Abgrenzung zwischen den Produzenten und den Nichtproduzenten; zwischen den Besitzenden, die nichts leisten, und den Arbeitenden; während die Trennung zwischen den freien Berufen und der Arbeiterschaft die Scheidegrenze zu einer rein psychologischen gemacht hat, die, obwohl in den verschiedenen Lebensweisen der beiden Klassen begründet, eine verhängnisvolle Wirkung ausübt und abgetragen werden müßte. Die berufstätigen und arbeitenden Klassen ergänzen einander in einer geordneten Gesellschaft und sind natürliche Verbündete in der Regierung des Staates. . . .

Die unnatürliche Trennung zwischen den freien Berufen und den arbeitenden Klassen, die jetzt vorhanden ist, ist nur ein Teil der allgemeinen Zerrüttung der sozialen Bande und der Zerstörung des sozialen Zusammenhanges, die der Kapitalismus hervorgerufen hat. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir diesen Zustand der Interessenteilung und diese Klassenreibungen nicht von einem Tag zum anderen in allgemeine Zusammenarbeit verwandeln können. Wir können ebensowenig erwarten, daß die organisierte Arbeiterschaft, wenn sie plötzlich zur Macht gelangt, mit einem Male auf eine höhere Stufe des sozialen Zusammenhangs und Moral hinaufgeschwungen wird, als sie bisher gewohnt war. Von der Labour Party darf daher nicht erwartet werden, daß sie mit einem Male die Klassenvorurteile und das Mißtrauen überwindet und sich nicht in ihren impulsiven Handlungen von ihren vergangenen Erfahrungen leiten läßt. . . .

Wenn Holzfäller und Wasserträger zur Macht gelangen, sind sie selbstverständlich mißtrauisch. Kann sie ein anderer als einer aus ihrer Mitte vertreten? Sie haben das Gefühl daß, wenn sie nicht die Männer, die sie vorschicken, kontrollieren können, sie verraten und verkauft werden. Wie können sie aber diese Menschen kontrollieren, deren Fähigkeiten anders sind, deren Mentalität geschmeidiger ist, deren Tun freier, deren Theorien und Aeußerungen komplizierter und weniger dogmatisch sind? Man muß die menschlichen Motive, die sie bewegen, verstehen, obwohl zweifellos die Politik dadurch im schlechten Sinne beeinflußt wird, wenn z. B. die Bergarbeiterverbände und die Baumwollarbeiterverbände (um diese beiden zu erwähnen, die bis jetzt am meisten in dieser Hinsicht gesündigt haben) in den Wahlkreisen, die sie beherrschen, die Parlamentssitze für ihre Mitglieder belegen und sagen: „Der Kandidat für diesen Bezirk muß ein Bergarbeiter und der Kandidat für den anderen immer ein Baumwollarbeiter sein."

Ich scheue mich nicht, auf diese Schwächen, die nun einmal vorhanden sind, hinzuweisen. Es ist töricht, die Labour Party zu idealisieren und ihr übermenschliche Qualitäten zuzuschreiben oder Eigenschaften von ihr zu verlangen, die bis jetzt keine Partei gezeigt hat oder zu zeigen willens war. Weder die Liberale noch die Unionistische Partei ist in irgendeiner Hinsicht weniger klassenmäßig oder mehr national eingestellt als die Labour Party — die Labour Party mit allen ihren zugegebenen Fehlern. Dies muß jedoch unterstrichen werden! Diese Fehler der Engherzigkeit und des Mißtrauens treten heute in der Labour Party viel weniger hervor, als es früher der Fall war. Sie werden mit zunehmender Erfahrung verschwinden. Das Gefühl der Verantwortlichkeit zerbricht alle Fesseln enger, dogmatischer Theorien; die Zusammenarbeit reißt die Schranken zwischen Klassen nieder, die das Mißtrauen so emsig errichtet; die politische Freiheit erzeugt eine vernünftige Einstellung. Die Arbeiterschaft muß ihre neuen Verbündeten einer Probe unterwerfen, und angesichts der Vergangenheit können diese Verbündeten vernünftigerweise nichts dagegen einwenden, auf die Probe gestellt zu werden. . . .

Eine Unterredung Ludendorffs mit dem Oberrabbiner von Warschau.

Aus der polnischen Okkupationszeit.

Von unserem Sch—r.-Korrespondenten wird uns aus Warschau unter dem 1. April russischer Zeit geschrieben:

Als General Ludendorff bei seinem Einzug in Polen seinen berühmten Aufruf „An die Jidden in Paulen" erlassen hatte und in Warschau mit militärischem Gepränge einmarschiert war, ließ der weit über die Grenzen von Warschau einflußreiche Oberrabbiner Salomon Rachmones (nach einer Audienz bei Ludendorffs persönlichem Adjutanten) dem General Ludendorff folgendes Schreiben zugehen:

„Hochmögender Herr Generol!

Is Sie haben erklärt, Sie sind gekummen zu zein als Freind zu die Jidden in Paulen, bitte ich Herrn General, dem unterzeichneten Oberrabbiner Salomon Rachmones anzutun e Ehre, wie sie is noch nicht dagewesen in der Geschicht der Jidden zu Warschau und zu kimmen zu gaien am Schabbes Abend zu e Fischgericht mit polnischer Sauce, was wird sein selbst e Genuß für den hochmögenden Herrn Generol."

Ludendorffs staatmännischer Blick erkannte sofort, daß es notwendig war, dieser Einladung Folge zu leisten. Wie er es heute ausgezeichnet versteht, in Bayern bayrisch zu sein, so verstand er es damals, in Polen die Seelen der Jidden zu suchen. Nicht nur, daß er sich bemühte, wie aus dem Aufruf an die Jidden in Paulen aller Welt klar wurde, die jiddische Sprache zu lernen, er wußte, daß ein Oberrabbiner einen gewaltigen Einfluß auf seine Gemeinde hat, und da galt es, diesen für das Okkupationsgebiet auszunutzen.

Ludendorff erschien pünktlich am 1. April 1917, abends 6 Uhr, nachdem er sich vergewissert hatte, daß fünf Minuten vorher die Sonne untergegangen war, im Hause des Rabbi. Am Eingang wurde er von der Frau des Oberrabbiners mit den Worten empfangen: „Borruch habo (zu deutsch: Willkommen dem Eintretenden!), der Generol is do!" Ludendorff antwortete: **Gott mit Eich und mit der Jiddenschaft von Paulen!"** Darauf reichte er der Gattin des Oberrabbiners, einer ältlichen, rundlichen Dame, die klassische Formen nicht mehr ihr eigen nennen konnte und die sich zu Ehren des Abends mit weißem Häubchen und weißer Halskrause geschmückt hatte, den Arm und führte sie an den gedeckten Tisch. Rechts neben der Frau Oberrabbiner saß Ludendorff, links der Hausherr, rings herum die 12köpfige Kinderschar, nach jüdischem Brauch vor der Mahlzeit mit dem Studium des Talmud beschäftigt. Erst als der Oberrabbiner in feierlichem Ton wiederholte: „Borruch habo, der Generol is do!" klappten sie die zerlesenen Talmudbände zusammen.

Während das Mahl aufgetragen wurde, unterhielt sich Ludendorff in leutseligster Weise mit den Familienangehörigen. Er fragte, was **die beiden Kerzen auf dem Tische bedeuteten,** und ein Zwölfjähriger antwortete ihm talmudisch geistreich: **„Daß mög kommen Erleichterung in den Herrn Generol!"**

Vor Beendigung des Mahles **nahm Ludendorff den Helm vom Kopf** — getreu den Traditionen der Jidden in Paulen hatte er bedeckten Hauptes das Mahl eingenommen —, und ergriff das Wort zu einer kurzen Rede, in der er ausführte, daß er jetzt erst erkannt habe, welche tiefernste Sittlichkeit dem jüdischen Familienleben innewohne und welch grausames Unrecht der Zarismus an den Juden in Polen begangen habe. Was er in seinem „Aufruf" an die Jidden in Paulen" versprochen habe, werde er halten. Er sei und bleibe ein Freund der Juden. In Freundschaft und Eintracht sollten fortan die polnischen Juden mit der deutschen Okkupationsbehörde zusammen leben, **und er werde sich ein Vergnügen daraus machen, den Wünschen** der jüdischen Bevölkerung in jeder Weise entgegenzukommen. Er erwarte aber auch von dem Oberrabbiner, daß er seinen Einfluß auf die Jidden in Polen geltend machen werde und ihnen erzählen werde, daß er, Ludendorff, die erste Gelegenheit benutzt habe, dem **Oberrabbiner in seinem gastlichen Hause die freundschaftlichen Grüße des deutschen Kaisers zu übermitteln.** Er bat um Entschuldigung, daß er schon vor dem Tischgebet, zu dem sich die Familie rüste, das Haus verlassen müsse, weil er noch eine wichtige Besprechung mit dem Ortskommandanten von Warschau habe.

Ludendorff klopfte dem greisen Rabbi auf die linke Schulter, küßte der Hausfrau, die den General entsetzt ansah, die rechte Hand und verschwand schnell in der Haustür, vor der sich zwei höhere Offiziere, die ihn bereits erwartet hatten, zu ihm gesellten.

Ein falscher Doktor.

Gut völkisch allerwege!

In Göttingen hat der Jungdeutsche Orden einen bösen Skandal auf dem Halse. Eines seiner hervorragendsten Mitglieder, der leitende Redakteur des am Orte erscheinenden deutschvölkischen „Göttinger Tageblatt", Dr. Arnold Schley, ist in ein Gerichtsverfahren wegen Anmaßung des Doktortitels verwickelt. Als Doktor mit allen möglichen Prüfungsgraden ist er im öffentlichen Leben ganz besonders in der Bekämpfung des „Marxismus" und der niederträchtigsten Beschimpfung sozialistischer Führer hervorgetreten. Eine Denunziation brachte die Anmaßung des Doktortitel ans Tageslicht, ohne daß Schley aber sein Verzehen zugab. Dem vernehmenden Richter versicherte er wiederholt, seinen Doktor gemacht zu haben. Die Nachforschungen ergaben jedoch das Gegenteil. Auf Grund dessen wurde gegen ihn ein Betrugsverfahren eingeleitet. Inzwischen ist Schley dem Ausschluß aus dem Verein Niedersächsische Presse durch Austritt zuvorgekommen. Jedenfalls aber zeigt auch dieser Fall wieder, daß die Rechtspresse allen Anlaß hat, vor der eigenen Türe zu kehren.

Arbeitersieg in Australien.

London, 29. März.

Das Ergebnis der australischen Wahlen zeigt, daß die Arbeiterpartei einen großen Wahlsieg errang. Sie erhielt 25 Mandate gegenüber 10 Mandaten, die auf die Regierungspartei und 13 Mandaten, die auf die Farmer-Partei entfallen. Ein Regierungswechsel ist wahrscheinlich.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Von Richard Seidel.

Es ist nicht unsre Gewohnheit, uns durch schöne Redensarten über reale Tatbestände hinwegzutäuschen. Aber es sollte in der Arbeiterbewegung noch weniger Sitte sein, die Tatbestände durch gefühlsmäßigen Pessimismus schlimmer erscheinen zu lassen als sie sind. Ein solches Verhalten müßte zur Mutlosigkeit und zu einem höchst gefährlichen Gehenlassen der Dinge führen.

Wenn es manchem auch verblüffend erscheinen mag, so behaupten wir doch: der Achtstundentag ist in Deutschland nicht verloren!

Der Kampf des Unternehmertums gegen den Achtstundentag ist heute so weit fortgeschritten, die Stellung der kämpfenden Heere ist zurzeit bereits so klar zu überblicken, daß es möglich ist, die Summe der bisherigen Ergebnisse dieses Kampfes zu berechnen und Folgerungen über seinen weiteren Verlauf daraus zu ziehen. Dabei kommen wir, um es vorweg zu sagen, zu dem Schluß, daß der Achtstundentag nur dann als verloren angesehen werden müßte, wenn die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft ihn verloren geben würde. Daß aber zu einer solchen Haltung keinerlei stichhaltige Gründe vorliegen — das eben zeigen die bisherigen Ergebnisse des Kampfes der Unternehmerverbände.

Zunächst muß, um die Lage deutlich zu erkennen, daran erinnert werden, daß der Kampf des Unternehmertums zur Beseitigung des Achtstundentags die deutsche Arbeiterklasse doch nicht überraschen konnte. Wer das Gebaren der führenden Gruppen des Unternehmertums in den letzten Jahren beobachtet hat, wenn die Frage der Arbeitszeit, insbesondere der Gesetzgebung über die Arbeitszeit zur Debatte stand, der mußte wissen, daß der Kampf um den Achtstundentag in Deutschland noch bevorstand. Und wer da weiß, daß das Unternehmertum jede günstige Gelegenheit zur Realisierung seiner Machtansprüche und seines Ausbeutungswillens rücksichtslos benützt, der mußte voraussehen, daß das Unternehmertum den Versuch zur Beseitigung des Achtstundentages machen würde, in dem Augenblick, da die Währungskatastrophe und die ausgedehnte Arbeitslosigkeit des vorigen Herbstes die Gegenwehr der Gewerkschaftsbewegung aufs äußerste geschwächt hatte. Diese Gelegenheit hat das Unternehmertum benutzt, um eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen, und nun wäre zu untersuchen, wie weit es ihm bisher gelungen ist, seine Pläne zu verwirklichen.

Die alte Arbeitszeitverordnung gehörte in den Kreis der Demobilmachungsmaßnahmen. Diese Herkunft des Achtstundentags diente dem Unternehmertum als Argument gegen ihn. Es verbreitete die Meinung, daß sich der Achtstundentag durch diese Herkunft deutlich als Notmaßnahme kennzeichne, lediglich bestimmt, gewisse Notstände der Demobilisierungszeit zu überwinden und dann abzudanken.

Die neue Arbeitszeitverordnung ist nun gleichfalls in einer Zeit katastrophalen Notstandes erlassen worden. Der Ruf nach Vermehrung des Produktionsertrags konnte nur in der Zeit der Währungs- und Wirtschaftskrisis vom Herbst 1923 machtvoll genug sich erheben, um der Regierung als Anlaß und Vorwand zur Zulassung von Mehrarbeit zu dienen. Auch diese Verordnung gehört, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen, in den Kreis einer Notgesetzgebung.

Die praktischen Auswirkungen der Verordnung bekräftigen diese Auffassung. Die Verordnung verweist die Kollektivparteien des Arbeitsvertrags zum Zwecke der Vereinbarung von Mehrarbeit auf den Tarifvertrag. Dadurch ist das Schlichtungsverfahren für die Festsetzung der Arbeitszeitbestimmungen im weitesten Umfange maßgebend geworden, denn nach der geltenden Gesetzgebung führt der Tarifstreit, wenn er nicht durch direkte Verhandlungen der Parteien beigelegt werden kann, automatisch auf den Weg des Schlichtungsverfahrens — mit allen Schikanen, aber auch mit allen Vorzügen.

Unter den hierbei zustande gekommenen Schiedssprüchen über die Arbeitszeit befinden sich solche, die auf die Arbeiterschaft geradezu herausfordernd gewirkt haben. Aber es sind auch nicht wenige darunter, die wenigstens den Vorzug haben, daß sich in ihnen das Wesen der Arbeitszeitverordnung als Notstandsmaßnahme getreu widerspiegelt. Wer die laufenden Veröffentlichungen des Reichsarbeitsblattes über neue Tarifverträge verfolgt, wird das bestätigt finden. Da finden wir Schiedssprüche, die nach dem Vorbilde der Arbeitszeitverordnung den Achtstundentag als regelmäßige Arbeitszeit festsetzen, um sodann die Voraussetzungen, sowie den Umfang von Mehrarbeitszeit im einzelnen zu bestimmen. Da finden wir andre Sprüche, die in ihren Einleitungsformeln deutlich erkennen lassen, daß die von ihnen zugelassene Mehrarbeit nur den Zweck haben soll, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstand zu überwinden.

Wir identifizieren uns nicht mit der Auffassung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit das richtige Mittel ist, um die Wirtschaftskrise zu überwinden und die Arbeitslosigkeit zu verringern, sondern verweisen auf die Tatsachen, um zu zeigen, daß die Machtstellung der Arbeiterbewegung selbst in dieser Zeit tiefster wirtschaftlicher Depression noch **stark genug war, um die letzten Pläne des Unternehmertums zu vereiteln.** Denn diese letzten Pläne bestanden natürlich darin, der Arbeiterklasse den Achtstundentag vollends und endgültig zu entreißen. Die Staatsgewalt aber hat es nicht gewagt, durch die Arbeitszeitverordnung die Voraussetzungen für eine restlose Beseitigung des Achtstundentags zu schaffen, sondern sie gab der Verordnung eine Form, die der Gewerkschaftsbewegung die Arme frei läßt, um den Achtstundentag zu verteidigen. Die Folge ist, daß die gegenwärtig allenthalben zur Einführung kommende Mehrarbeit sich deutlich als ein Provisorium darstellt. Daran zeigt sich die große Bedeutung einer einflußreichen und entschlossenen parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, was angesichts der bevorstehenden Wahlen nicht vergessen werden sollte.

Aus dieser Sachlage erklärt sich der maßlose Zorn, mit dem sich das Unternehmertum gegen die Arbeitszeitverordnung und — im Zusammenhang damit — gegen das Tarifvertragswesen wendet.

Außerdem erregt die Gestaltung der Arbeitszeit in Deutschland immer stärker das Interesse des Auslandes. Das Ausland erinnert sich des Umstandes, daß Deutschland durch seine Beteiligung am Internationalen Arbeitsamt, die es in heftigster Form gefordert hat, auch an die Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamtes gebunden ist. Auch diese Erwägungen dürften mitbestimmend gewesen sein, als sich die Reichsregierung entschloß, in der Arbeitszeitverordnung den Achtstundentag nicht ein für allemal über Bord zu werfen. Wir wollen aber, wenn wir von der Aufmerksamkeit des Auslandes reden, nicht das Thema vom „sozialen Dumping" fortspinnen, obwohl die verräterische Nervosität, mit der die Unternehmer und Herr Herkner — beide muß man stets in einem Atemzuge nennen — auf dieses Wort reagiert haben, dazu reizen könnte. Aber die deutsche Arbeiterschaft wollen wir darauf aufmerksam machen, daß die Genossen und Arbeitsbrüder des Auslandes stärker und stärker betonen, daß der Achtstundentag in Deutschland, vom Standpunkt der Arbeiterklasse gesehen, eine internationale Angelegenheit ist.

Die Arbeiter aller Länder achten auf uns, und wir stehen in der Internationale wieder einmal auf vorgeschobenem Posten. Der Stand der Dinge gestattet es aber, der Internationale und uns selber zu sagen: **Der Achtstundentag ist in Deutschland nicht verloren!** In den Formulierungen der erwähnten Schiedssprüche und in dem Verhalten der deutschen Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage spiegelt sich der Wille der deutschen Arbeiterklasse, den Achtstundentag nicht preiszugeben. Jene Notvereinbarungen über die Arbeitszeit werden der **Nachprüfung zu der sie durch ihre Formulierung selbst herausfordern,** unterzogen werden, sobald es Zeit ist. Sie sind das Ergebnis eines Zurückbiegens der Front, einer Taktik des Ausweichens vor einem zurzeit übermächtigen Gegner. Das bedeutet, daß der Kampf um den Achtstundentag in Deutschland auch jetzt noch bevorsteht. Er wird ausgefochten werden, wenn die Arbeiterklasse wieder stark genug ist, den Zeitpunkt des entscheidenden Ringens nach ihrem Ermessen zu bestimmen. Wenn dem aber so ist, wenn wir wissen, daß wir Kämpfen von solcher Bedeutung entgegengehen, dann ist jeder vorzeitig und waghalsig aufgenommene Kampf eine Schwächung unserer Position für die Zukunft.

Volkswirtschaft.

Symptome der Besserung.

In einer Reichstagsrede hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns festgestellt, daß in den letzten Jahren kein anderes Volk, auch nicht das hochindustrielle England, eine Arbeitslosigkeit von ähnlichem Ausmaße aufzuweisen hatte, wie das deutsche Volk in der Gegenwart. Vergleicht man die Arbeitslosenziffer der europäischen Länder, so findet man, daß in der Tat selbst in England, das unter der Zerstörung der kontinentalen Wirtschaft durch die französische Politik mit am schwersten zu leiden hatte, nie mehr als 23,1 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren (Juni 1921) und daß die Prozentzahl dieser arbeitslosen Mitglieder im Laufe der letzten drei Jahre nur in zwei Monaten (Mai und Juni 1923) über 20 hinausgegangen ist, während nach der Angabe der Fachverbände in Deutschland im Dezember 1923 nur 30 % vollbeschäftigt, 23 % dagegen vollerwerbslos waren und 47 % Kurzarbeiter waren. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen und Kurzarbeiter wurde vom Reichsarbeitsminister für den Höhepunkt der Wirtschaftskrise auf rund 5 Millionen angegeben, — bei 20—22 Millionen erwerbstätiger Arbeitnehmer im Deutschen Reiche annähernd der vierte Teil.

Zeigen sich heute schon Anzeichen der Besserung? Bei der Antwort wird man die Arbeitsverhältnisse in jenen Gewerben, die dem unmittelbaren Konsum des inländischen Verbrauches dienen, von den Arbeitsverhältnissen in der Exportindustrie scharf unterscheiden müssen. Während im Bekleidungs-, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sich eine unverkennbare Besserung der Konjunktur infolge der Währungsstabilisierung und einer bis etwa Mitte Februar ununterbrochen anhaltenden Preissenkung zeigt, leidet die Produktion der für die Ausfuhr arbeitenden Betriebe unter der Kreditknappheit und unter dem hieraus folgenden gewichtigsten Verteuerungsfaktor, der Höhe des Zinsfußes, sehr. Während der Reichsbankdiskont zurzeit 10 v. H. beträgt, beträgt der Diskontsatz der Bank von England nur 4 v. H. Hohe Frachten, Steuern, soziale und andere Lasten kommen hinzu.

Dennoch ist namentlich die Zahl der Kurzarbeiter dauernd zurückgegangen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug im Januar 29,9 % (im Vormonat 42,0 %). Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen belief sich am 15. Januar nur 1 582 552, am 1. Februar auf 1 430 838, am 15. Februar betrug sie nunmehr 1 302 270 Personen. Auch die Arbeitsnachweisstatistik läßt eine Besserung vor allem des Stellenangebots erkennen. Die Zahl der offenen Stellen hob sich von 274 127 im Dezember auf 387 097 im Januar, d. h. um 41 v. H., und ähnlich die Zahl der Vermittlungen von 225 014 im Dezember auf 324 140 im Januar, d. h. um 44 v. H. Bei Trennung beider Geschlechter kommen auf dem Arbeitsmarkt für männliche Arbeitskräfte je 871 (im Vormonat 1282) Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen, auf dem für Frauen 301 (im Vormonat 495). Von je 100 Arbeitsgesuchen führten rund 14 (im Vormonat rund 9) zu einer Vermittlung. Während wir auf dem Höhepunkt der Krise 1,8 Millionen Kurzarbeiter allein im unbesetzten Deutschland hatten, ist deren Zahl heute auf 300 000 zurückgegangen.

*

Werden diese Symptome der Besserung unserer Wirtschaftslage anhalten, und welche Voraussetzungen müßten hierfür gegeben sein?

Zunächst muß damit gerechnet werden, daß sich die Arbeitslosigkeit in einzelnen Gewerben noch zeitweilig verschlechtern wird. So etwa im Handelsgewerbe, wo die „Inflationskonjunktur" zu einer Unzahl von Neugründungen mehr oder weniger unproduktiver Art geführt hat, — Gründungen, die unter der Devise: kleiner Umsatz, großer Nutzen infolge der Behinderung der freien Konkurrenz durch die Valutamauern und der hieraus folgernden Warenknappheit auch dann florierten, wenn ihre Funktion keine volkswirtschaftlich nützliche war. Diese überflüssigen Zwischenhandelsbetriebe gehen jetzt wieder ein. Ihnen reihen sich manche Neugründungen im Bankgewerbe an. Auch der Personalabbau in den Behörden wird dem Arbeitsmarkt noch zahlreiche arbeitslos werdende Beamte, Angestellte oder Arbeiter zuführen und mit ihnen einen Teil ihrer Angehörigen.

In den übrigen Gewerben aber kann mit einer fortschreitenden Besserung gerechnet werden, wenn die Währung stabil, die Mark unerschüttert bleibt. Diese Stabilität ist die unentbehrliche Voraussetzung ebensogut für den Aufbau und Ausbau weiterer staatlicher Fürsorgemaßnahmen wie für die Gesundung der Produktionsverhältnisse in der Privatwirtschaft. Denn sie erst schafft die Möglichkeit, die Preis- und Lohnkalkulation auf eine sichere Grundlage zu stellen, sie auch bildet für das in Effekten und Devisen oder ins Ausland geflüchtete Kapital den Anreiz, sich als Anlage- oder Sparkapital der deutschen Wirtschaft wieder zur Verfügung zu stellen.

Auch darf aus der Erfahrungstatsache, daß jeder erwerbslos Werdende mit dem Ausscheiden seiner Kaufkraft auch andere erwerbslos macht, umgekehrt gefolgert werden, daß jede neu eingestellte Arbeitskraft die Inarbeitnahme weiterer Arbeitskräfte nach sich zieht. Und eine allmähliche Wiederbelebung des Arbeitsmarktes findet, wie gesagt, heute schon statt. So wenig also von einer grundlegenden Besserung unserer Wirtschaftslage gesprochen werden kann, — sie ist nur von einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zu erwarten — so sehr zeigt sich im Rahmen des Möglichen doch heute schon, daß die deutsche Wirtschaft ihre Genesungskrise zweifellos überwinden wird, — vorausgesetzt, daß ihr die Basis zur Sanierung, die wertbeständige Währung erhalten bleibt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die letzte Grünwettersbach.

Roman von Oswald Bergener.

34. Fortsetzung.

Je tiefer der Nachmittag sank, desto drohender lagerten sich weißgelbe Wolkentürme über den Bergzacken am Horizont und erhoben sich allmählich zu phantastischer Größe.

Gegen Abend stieg es im düsteren Schwarzblau vom Ende des Tales zwischen Waldwänden und Schroffen höher in den stillen Himmel und stand darauf wieder unheimlich als finstere Mauer hinter der die Sturmgeister der Blitze und des Donners auf dem Sprunge lagen.

Und die Heimchen spielten in der schwülen Atemlosigkeit der Luft ihr lustigstes Konzert in den grauen Mauern.

Früher als sonst sank die Dunkelheit herein, als die prachtvollen Wolkenriesen lautlos über den ganzen Himmelstiegen und den letzten blassen Sonnenwiderschein, den schüchternen Mond und die schweigenden Sterne mit ihren ungeheuren schwarzen Mänteln überdeckten.

Die Nacht brach herein.

Fern rollte und grollte dumpf der erste Donner.

Im Schlosse war schon alles still. Der Frieden des Schlafes schlich durch die Gänge und Zimmer.

Wiltrud hatte das Fenster weit offen. Sie lauschte auf den fernen Donner wie auf die herrlichste Musik. Sie sah mit großen, dunkelleuchtenden Augen in das weite, lautlose Aufzucken und Erlöschen des Wolkenscheins.

Dann kramte sie wieder hurtig in Schrank und Kommode.

Der liebe, altvertraute Rucksack, den sie damals trug, als sie mit dem Schüchternen auf den Feldberg hinaufstieg, als sie von raschem, edlem Entschluß geführt, die Fahrt zu dem Oheim Oberjägermeister unternahm, der liebe, alte Kamerad war bald bis zum Platzen vollgestopft.

Der Donner schwoll drohender durch die Nacht. Ein ungreifbares, unnennbares Raunen wanderte durch die ungeheure Finsternis.

Ihre Wangen blühten, ihre Augen blitzten vor geheimer Freude, und die Lippen lächelten und summten ganz leise ein weiches frohes Lied.

Gut, daß die Tante ihr zum Geburtstag im Mai den tadellosen Gummimantel mit der Kapuze geschickt hatte! Da war auch der neue standhafte Schirm —

Jetzt nur noch die derben festen Schnürstiefel statt der leichten Schnallenschuhe — —

Eifrig schnürte sie an dem auf den Stuhl gesetzten Fuß, und wieder stahl sich aus den lächelnden roten Lippen das heimliche Lied.

Bis sie sich plötzlich unterbrach, sich aufrichtete, in den festen Wanderschuhen vor den Spiegel trat und mit lachenden Augen sich selber fragte:

„Quo vadis?" — —

Gewalttätiger fuhren die Blitze jetzt über die Wolkenschwärze, und der Donner stürzte dröhnend hinterdrein.

In Flammen blauweiß aufleuchtend standen plötzlich jenseits die riesigen phantastischen Bergzacken und die Taltiefe mit dem aufglänzenden Fluß. Die Nacht verschlang das grausig schöne Bild, und durch das Firmament donnerte die Gottheit ihr furchtbares Nachtgebet.

Auf dieses Himmelszeichen stürzte die wilde Jagd des Sturmes gegen die Berge, und der Regen brauste aus geöffneten Schleusen über die Erde.

Wiltrud reckte sich auf und lauschte. Sie schlich an die Tür, öffnete sie leise und horchte hinaus. In den Tiefen von Burg Mondeck herrschte lautlose Ruhe. Nur die Gewitternacht warf ihr dröhnendes Echo herein.

Noch einmal sank sie in dem kleinen Sofa nieder, worin sie so viele stille Träume, soviel düstre Grübeleien, soviel stürmische Sehnsuchtsgedanken gesponnen hatte, nahm die kleine Brieftasche hervor mit dem Bilde ihrer Mutter und ihrem Silvesterbrief und mit dem einzigen und letzten Briefe ihres Vaters — und über beiden die Hände faltend, senkte sie das Haupt zu inbrünstigem Gebet.

In feierlicher Größe sandte der Sturmhimmel seine gewaltigen Grüße herein.

Dann richtete sie sich entschlossen auf.

Rasch und behutsam traf sie ihre letzten Verrichtungen, schloß leise das Fenster und stand, in den dunkelgrünen Gummimantel und die Kapuze gehüllt, wie ein anmutvoller, lieblicher Waldgeist, dem alle tückischen Gespenster der Bergnacht gewiß je eher je lieber tausend eilfertige, hilfreiche Wanderdienste erweisen würden — mit dem Rucksack auf dem Rücken, mit geschürztem Rock und mit dem Schirm in der kleinen, trutzigen Faust.

Gleich darauf lag das Zimmer in Finsternis, und als der Blitz hereinleuchtete, war es leer.

Mit Wachsstreichhölzern sucht sie behutsam ihren Weg durch die Gänge und Treppen hinunter. Das großartige Getöse der Nacht ging mit ihr und verhütete, daß das schwache Knarren der Stufen oder das leise Brummen der großen schweren Tür, die unten in die Vorhalle führte, seinen Weg zu wachen Ohren gefunden hätte.

Wohl hatte es ihr in dem Augenblick, als ein greller Strahl die Halle aufflammen ließ, geschienen, als stünde vor den Glasscheiben der jenseitigen Tür eine schwarze Gestalt und starre ihr mit dunklen Augen drohend entgegen. Doch als der blendende Schein erloschen war und das Auge sich wieder an das matte Wachslicht gewöhnte, sah sie, daß es nur ein Schatten war.

Eine hohe Seitentür führte in den Park. Sie öffnete behutsam. Sturm und Regen brausten ihr entgegen. Das Kerzchen erlosch. Erstaunend stand sie eine Weile vor der furchtbaren Größe der Gewitternacht.

Dann schloß sie die Tür fest hinter sich und trat die breiten Stufen der weinumrankten Terrasse hinunter in den finsteren Parkweg.

Als ob die Natur vor dem plötzlich im Flammenlicht des Blitzes auftauchenden lieblichen Kapuzinergeist ein ehrfürchtiges Rühren empfinde, setzte der Sturmatem jählings aus, schnelle Blitze folgten einander mit gleichmäßig fortdröhnendem Gedonner, und in ihrem taghellen Leuchten spannte der Flüchtling von Burg Mondeck den Schirm auf, hatte sogar die Besonnenheit, mit anmutigem Griff der Linken Mantel und Rock noch ein wenig zu heben, und wanderte mit scheuer Eile in die dichtesten Laubgänge des Parkes hinein.

Zwar stürzte der Himmel alle Wolkenfässer in ungeheuren Fluten über sie aus, ja plötzlich trommelten dicke Schlossen auf dem Schirm, und alsbald knirschten die eilenden Füße in den rauschenden Eiskörnern am Boden. Aber ist es nicht herrlich, herzbeflügelnd und groß, vom grausigen Lärm der Nacht beschützt, dem fernen Morgenrot der Freiheit entgegenzufliegen?

Da, wo die hohe Parkmauer am steilen Talrande hinlief, befand sich hinter dem dichtesten Gebüsch eine nur den Einheimischen bekannte, halbüberwucherte Pforte. Sie hatte diese entdeckt, als sie nach ihrer Krankheit beim stundenlangen Erholungsverweilen hier einmal den Gärtner hatte hereinkommen sehen und auf ihre Frage erfahren hatte, daß jenseits ein steiler Pfad hinunter zur Talstraße führe.

Jetzt drängte sie sich unter dem weißen Fackelglanz der Wolkenflammen durch den schmalen Steg im Buschwerk an die Pforte und fand, als sie die rostige Klinke versuchte, daß sie offen war.

Ein ungebärdiger Sturmhauch küßte noch einmal die Parkwipfel von Burg Mondeck und schüttelte mit dem Regen neue Fluten über den Nachtelf mit dem Regenschirm.

Der aber zögerte nicht einen Augenblick, spähte nicht rückwärts, schloß nur den Schirm, um durch die Pforte zu schlüpfen, schloß die alte, rostig knurrende Tür hinter sich und setzte die festen kleinen Füße eilfertig auf den schlüpfrigen, abschüssigen Bergpfad vor der schauerlichen Tiefe des abwärts steigenden Buchen- und Eichenwaldes.

Ein blendender Blitz und ein im gleichen Atem die Nacht zerreißender furchtbarer Schlag —

Und Totenstille — —.

(Fortsetzung folgt.)

Meine Preiswürdigkeit schlägt jede Konkurrenz

Großer Posten **Herren- u. Burschen-Anzüge** in hübschen farbigen Dessins . . . . . 59.—, 48.50, 39.—. **24.50**
In Prima Kammgarn. blau. Ersatz für Maßarbeit . . **74.—**
Herren-Paletots, Schlüpfer . 72.—, 48.—, 31.—, **15.—**
Knaben-Anzüge 9.80, **6.80**

Normalhemden 4.50, 3.95, 2.95, **1,85**
Einsatzhemden 4.60, 3.95, **2,85**
Barchenthemden 3.95, 3.50, **2,85**
Herren-Nachthemden, gute Qualität **5,90**
Normal-Hosen, gute Ware **2,90**
Futterhosen, dicke Qualität 4.20, **3,25**
Oberhemden mit 2 Kragen **6,90**

Elegante Seiden-Trikotkleider . . . . . **22.—**
Solide Straßenkleider 8.50, 6.80, **4.95**
Gabardine-Kleider, moderne Macharten **26.50**
„ „ reichlich garniert. sehr apart . **39.50**

Moderne seidene Jumper von 6.90 Mk. an

Sport- u. Strandjack., hübsch gemust. 18.80 14.80 11.80 **7.80**
Seidene Schlupfhosen **6,50**
Farbige Schlupfhosen **1,75**

Ein Posten gestreifte und karierte Kleiderstoffe 3.85, 1.95, **1.45**
Großer Posten Handtuche, Meter 1.15, 0.85, 0,68, **0,59**
Gabardine in allen Farben, ... Meter von **6,95** an.
Reinwollene Herrenstoffe Meter 18.—, 15.—, 6.90, **4.50**

Damen-Hemden, guter Stoff **1,85**
Damen-Hemden mit Hohlsaum **2,80**
Damen-Hemden, sehr elegant, mit reicher Stickerei und Handhohlsaum 4.25, 3.50, **3,00**
Untertaillen mit Stickerei **0,95**
Untertaillen mit Stickerei und Hohlsaum **3,65**
Damen-Nachthemden **1,10**

Großer Posten Hausstands-Schürzen 98 Pfg.

Herren- und Burschen-Hosen

In Prima Kammgarn . . . . . 25.— 19.80 11.80 **7.50**
in starken Pilots, blau und gestreift 7.50 5.90 **4.90**
in Militärtuch, in grau 10.50, 7.50 **5.95**
in Militärtuch, grün, für Schutzpolizei, reine Wolle **11.80**
für Beamten, schwarz, starke Qualität **10.50**
in englisch Leder, schwarz, für Eisenbahner **9.80**
Burschen-Hosen, in mehreren Farben 5.20 **3.95**

Ein Posten Hausschuhe mit Ledersohle 1.35 Mk.

Elegante braune Herren-Stiefel, spitze Form **16.65**
Elegante braune Damen-Halbschuhe **9.50**
Alle anderen Schuhwaren sowie Kinder- und Arbeiterstiefel sehr preiswert.
Sämtliche Herren-Artikel zu äußerst günstigen Preisen.

Besondere Wünsche werden gern berücksichtigt

Besondere Wünsche werden gern berücksichtigt

Kaufhaus Franz Wehrendt

Lübeck, Untere Hüxstraße 110.

KONSUM-VEREIN f. Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

Folgende **3 Sätze** sollte sich jeder Verbraucher in seinem Interesse und im Interesse seiner Mitmenschen einprägen:

1. Der Letztkäufer, der Verbraucher, bewirkt durch Bevorzugung oder Vernachlässigung der jeweiligen Verkäufer Vermögensverschiebungen, Kapitalkräftigung oder -Schwächung.

2. Der Kapitalismus wird demnach durch die Käufer im allgemeinen und im besonderen durch die Letztkäufer, die Verbraucher, ermöglicht, ernährt, erhalten, gemehrt, gestärkt. Die Käufer machen den Kapitalismus zu ihrem Versorger mit Gütern, damit auch zum Herrn über sich, was bei fortschreitender Monopolisierung schneller vor sich gehen muß.

3. Wer mit seiner Wirtschaftslage unzufrieden ist, sollte daher unsern Konsumverein unterstützen, indem er seinen ganzen Bedarf, besonders in Lebensmitteln, **nur** durch unsere Abgabestellen bezieht. Zehntausende von Verbrauchern handeln bereits entsprechend.

Der Vorstand.

1894–1924

Lübecker Volksbote

Lübeck, den 1. April.

Warum der Volksbote gegründet wurde.

Schaut ein Menschenalter zurück! Denkt etwas nach über das damalige wirtschaftliche und politische Leben! Wie stand es darum? Die alte Generation des Unternehmertums, die die Vermehrung des Besitzes auf jahrzehntelanger Arbeit, Glücksumstand und billiger Arbeitskraft aufgebaut hatte, war im Aussterben. Die herangewachsenen Unternehmersöhnchen, mit künstlicher Bildung hochgepäppelt, wollten neue Zugluft schaffen. Der letzte Rest freundschaftlicheren Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter versiegte. Herrenwillen trat anmaßender hervor, Bereicherungssucht machte sich frivoler geltend. Die Klassenscheidung vollzog sich endgültig. Im politischen Leben war sie längst auf die Spitze getrieben. Sie war immer und überall vorhanden, nur wurde sie von den Arbeitstieren nicht voll erkannt. Marx und Engels deckten sie auf, Lassalle machte sie den Proleten begreiflich, Bebel und Liebknecht zeigten ihnen die praktischen Folgerungen. Der Haß aller nach Besitz Strebenden verfolgte die unerschrockenen Vorkämpfer des Proletariats, die Wegweiser seines Aufstiegs.

Deutschland lag im Banne des preußischen Junkertums. Dies beherrschte die Regierungsmaschine, den Militärapparat, die Justiz. Verfolgte raubtiergleich die Wecker für Menschenrecht, erfand Sozialisten- und Zuchthausgesetz für kettenrüttelnde Proleten. Unter diesem Schutz göttlicher Allmacht gedieh der Kapitalismus, wuchs Großmannssucht, blähte sich herrschbegierige Unternehmermoral. Wie hungrige Schakale verfolgten sie ihre Opfer. Die Arbeiterschaft, die eben anfing, ihre Organisationen zentral aufzubauen, sollte die Beute sein. Organisierte wurden geächtet, flogen zuerst wieder aus den Betrieben. Reverse, die den Verzicht auf Organisationszugehörigkeit enthielten, mußten unterschrieben werden. Die kleinste Aufforderung an den Arbeitskameraden, sich der Organisation zum Kampf um menschenwürdige Bedingungen anzuschließen, führte wegen Nötigung vor die Gerichtsschranken. Der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung wurde zum Halseisen. Für politisches Wirken erfand man den berühmten Dolus eventualis. Die konstruierteste Möglichkeit eines böshaften Vorsatzes wurde Delikt." Gesetzlich war (nach dem Falle des Sozialistengesetzes) politische und gewerkschaftliche Freiheit. Praktisch blieb der Lohnarbeiter an Händen und Füßen gefesselt. Nur wenige sozialistische Zeitungen existierten. Die Idee des Sozialismus aber, von unerschrockenen Kämpfern in die Lande getragen, setzte sich in die Tat um. Partei und Gewerkschaften wuchsen trotz aller Hemmnisse. Und wo geistiges und tätiges Leben sich ballt, da muß ein Organ sein, das regulierend eingreift und vorwärts treibt. Wie überall in den bedeutenderen Städten des Reiches pulsierte auch in Lübecks Arbeiterschaft ein heißer Strom, trafen auch hier die oben in großen Umrissen gezeichneten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu, und deshalb wurde der Lübecker Volksbote gegründet.

Was die Alten dazu sagten.

Die Preußenpolitik wurde selbstverständlich im Freistaat Lübeck kopiert. Bismarck-Puttkamer waren Vorbilder hoher Staatskunst zur Sicherung des Kapitals. Das Sozialistengesetz fiel. Zwei Wahlkämpfe folgten. 1890 holte Lübecks Proletariat den Reichstagssitz, 1893 die Freisinnige Vereinigung. Der Wahlsieg rumorte in den Unternehmerköpfen. Die seit 1889 dauernde Geschäftskrise flaute ab. Mit der Konjunktur kam Leben in die Gewerkschaften. In jenen Jahren wurde die Generalanzeigerpresse geboren. Sie übte das gleiche Handwerk wie die eingesessene konservative Presse: verdächtigte und verspottete die Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Zur Abwehr stand nur die in Bant erscheinende Nordwacht zur Verfügung. Da war es Zeit, den bürgerlichen Reptilien auf den Kopf zu treten. Der Wahlausfall beschleunigte das Vorhaben. Schon im Juli 1893 wurde in öffentlicher Parteiversammlung eine Preßkommission eingesetzt. Ihr Vorsitzender war der Zimmerer Heinrich Westphal. Diese Kommission übernahm die Vorarbeiten für die Gründung eines Arbeiterblattes, leitete die Geldsammlungen ein. Das erste Werbeflugblatt wurde alsbald verbreitet. Der Inhalt zeugt von politischer Schulung und Weitsicht unserer alten Genossen. Es ist heute, nach 30 Jahren, noch aktuell und spricht Wahrheiten aus, die auch auf die Jetztzeit zutreffen. Die Genossen schrieben u. a.:

Während der letzten Wahlbewegung ist seitens der hiesigen Lokalpresse geflissentlich darauf hingearbeitet worden, die sozialdemokratische Partei dem Wähler gegenüber zu verdächtigen und zu verleumden, ihr alle möglichen Schlechtigkeiten und Gemeinheiten zu unterschieben und die Führer der Partei als ehrlose Streber hinzustellen, die nur darauf bedacht seien, auf Kosten der armen und bedrückten Arbeiter in Freuden zu leben und sich allen möglichen Genüssen hinzugeben. Die Ziele der Partei wurden als gemeingefährlich und verwerflich tagtäglich hingestellt, ohne daß es der Partei selber möglich war, diesem verhetzenden Unfug entgegenzuwirken. Die wenigen in der Stadt abgehaltenen Versammlungen genügten nicht im entferntesten, und auf dem platten Lande war uns jede Möglichkeit einer Widerlegung von vornherein abgeschnitten.

Wir wissen nun wohl, daß die Schreibweise der hiesigen Presse während der Wahlbewegung durch die in der Wahlagitation selber tätigen hervorragenden Persönlichkeiten sehr stark beeinflußt wird und daß sie in Rücksicht hierauf manches geschrieben haben, was sie sonst in ruhigen Zeitläuften nicht schreiben würden. Aber diese Taktik ist eine so gefährliche, daß es unbedingt notwendig erscheint, diesem beizeiten vorzubeugen.

Wir leben in einer sehr ernsten Zeit; überall, wohin wir den Blick auch wenden mögen, sehen wir den Verfall der kleinbürgerlichen Gesellschaft. Das selbständige Handwerk, der kleine Fabrikbetrieb kämpft schwer aber hoffnungslos um seine Existenz. Die Arbeitslosigkeit, diese wunde Seite der heutigen Gesellschaft, ist und bleibt eine dauernde, sich immer mehr verschärfende. Die im vorigen Winter gehegten Hoffnungen auf bessere Arbeitsgelegenheit und auskömmlichen Verdienst im Laufe dieses Jahres haben sich leider nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit ist, abgesehen von einzelnen Fällen, auch in diesem Sommer mehr als eine drückende für weitere Arbeiterkreise gewesen und mit Bangen sehen die Arbeiter dem kommenden Winter entgegen. Ueber diese tieftraurigen Tatsachen kann uns niemand hinwegtäuschen und es muß als ein Vergehen gegen die Gesellschaft angesehen werden, wenn von gewisser Seite immer wieder von neuem versucht wird, die Situation rosiger zu schildern als wie sie in der Tat ist. Gerade dieser Umstand ist es, der uns heute die Notwendigkeit eines eigenen Zeitungsorgans mehr als je erkennen läßt. Einesteils soll es aufklärend über die sozialen Zusammenhänge und über die Ursachen und die Natur des Uebels, unter denen die Masse des Volkes und vor allem der Arbeiter heute leidet, wirken und die Arbeiter stets zur Besonnenheit und Klugheit, auch unter den schwierigsten Verhältnissen ermahnen, und sie im Kampf gegen das heute herrschende, das arbeitende Volk degenerierende privatkapitalistische Wirtschaftssystem unterstützen. Dann aber haben uns die letzten Reichstagswahlen eine sehr bedeutende Zunahme der für antisemitische Kandidaten in Deutschland abgegebenen Stimmen gezeigt. Auch hier bei uns in Lübeck ist der Antisemitismus selbständig in der Wahlbewegung auf den Plan getreten, und wenn auch der Erfolg nur ein geringer gewesen ist, so dürfen wir uns doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß, wenn der Antisemitismus erst einmal in einem Orte Wurzel geschlagen hat, er auch wachsen und gedeihen wird.

Da den Antisemiten der persönliche Kampf, die persönliche Verdächtigung die notwendige Form des Kampfes ist, da diese Art des Kampfes am besten die inneren Widersprüche in seiner Agitation verdeckt, ist diese Agitation eine sehr bedenkliche und in ihren Folgen verderbenbringende gewesen. . . . Der Antisemitismus ist das Zwischenglied, welches sich zwischen die Sozialdemokratie und die reaktionären Parteien schiebt. Er wird überall dort Anhang gewinnen, wo noch nicht die richtige Erkenntnis der sozialen Klassengegensätze durchgedrungen ist und wo noch das falsch oder verkehrt verstandene Interesse den Blick trübt. . . .

Trifft diese Charakterisierung der damaligen Zustände nicht auch heute den Nagel auf den Kopf? Haben wir bei den letzten Wahlen nicht die gleiche Hinterhältigkeit der reaktionären Parteien erlebt? Nur noch in verschärftem Maße! Der gemeine Kampf stieg mit der Verelendung der Arbeiterschaft, mit der stillen Hoffnung, die alte Staatsmacht und ihr Volksunterdrückungsapparat wieder erwachen zu sehen. Das Unternehmertum ist dasselbe geblieben. Was mit Phrasen nicht zu überkleistern geht, wird mit brutaler Gewalt vollendet. Man rüttelt politische Freiheit und Gleichberechtigung des schaffenden Volkes mit wirtschaftlicher Knechtung. Versucht Zwietracht in den Arbeiterreihen zu entfachen, um deren Organisationen um so leichter unterhöhlen zu können. Vor allem wütet man gegen die geistige Waffe des Proletariats, den Lübecker Volksboten. Dreißig Jahre wird dieses Geschäft betrieben, dreißig Jahre aber steht dieser Recke. Ungebrochener denn je! Und auch die Antisemiten, heute Deutschvölkisch genannt, die so infam gegen sozialdemokratische Führer kämpfen, werden sich die Zähne daran verderben. Zielsicher hatten die Vorkämpfer des Lübecker Volksboten das Herz der Machtlüsternen bloßgelegt.

Wie der neue Kämpfer entstand.

Der Opfersinn unserer alten Parteigenossen war unbegrenzt. Gemeinsames Leid, gemeinsame Verfolgung, gemeinsame Ideen verband die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Der Wille zum Leben und der Wille zum Kampf und Sieg war die Trutzburg gegen den Polizei- und Militärstaat. Lübecks Arbeiterschaft wollte eine geistige Waffe und sie schaffte die Mittel dazu. Innerhalb 6 Monaten trugen die kümmerlich entlohnten Genossen 7554 Mark zusammen. Bis zum März 1894 verdoppelte sich die Summe: 14 509 Mark waren vorhanden. Das reichte für einen bescheidenen Anfang. Hilfe vom Parteivorstand war nicht zu erwarten und wurde auch nicht verlangt. In all den 30 Jahren blieb die Lübecker Parteiorganisation immer die gebende. Alle Ueberschüsse kamen der Partei zugute. Der Wille zur Tat übersprang die Schwierigkeiten. Die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Friedrich Meyer & Co. wurde begründet. Die Preßkommission gewählt: H. Westphal, Th. Schwartz, Ignatz Kohler, A. Rieder, E. Willenbrock und Fr. Meyer. Zum Geschäftsführer wurde Fr. Meyer bestellt. Expedient wurde Bernhard Essinger, Buchhalter Fr. Landorn. Die Leitung der Redaktion übernahm Genosse Otto Friedrich, Lokalberichterstatter war Karl Willenbrock.

Die Druckerei — wir folgen hier den Aufzeichnungen des verstorbenen Genossen Theodor Schwartz — fand in der Großen Alten Fähre 35/37 ihre erste Unterkunft. Mit Spannung wurde die erste Nummer des Lübecker Volksboten erwartet. Die bürgerliche Presse machte ihre Glossen. Prophezeite den baldigen Tod des werdenden Rivalen. Der 18. März als historischer Tag der Arbeiterschaft brachte die erste Probenummer:

„Die Aufgabe, die sich das Proletariat gestellt hat, ist nicht die Arbeit eines Tages, eines Jahres. Sie ist das Werk von Kind und Kindeskindern. Die Proletarier haben Vertrauen zu sich selbst und sind erfüllt von ihrer weltgeschichtlichen Mission."

Mit diesem Leitsatz wurde der dornenvolle Weg zum proletarischen Aufstieg beschritten. Er ist nur zu wahr, wurde von unseren Vorkämpfern stark betont und ist für jeden Kenner weltgeschichtlichen Geschehens eine Selbstverständlichkeit. Die ungeheure Mehrzahl der Parteigenossen ist von dieser Erkenntnis durchdrungen. Auf ihr baute sich die sozialdemokratische Politik auf, sie blieb Richtschnur ihrer geistigen Waffe. Zum Lübecker Volksboten hielten die Parteigenossen in Leid und Freud. Sie wissen, daß heute der Lübecker Volksbote genau so wie am ersten Tage seines Erscheinens es als oberste Pflicht erachtet, „dem allgemeinen Volkswillen zu dienen, die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen ohne Rücksicht darauf, ob einige Abonnenten verloren gehen." Dies Versprechen hat der Lübecker Volksbote streng gehalten. Niemals hat der Volksbote eigene materielle Interessen verfolgt. Stets nur vertrat er die Politik der sozialdemokratischen Partei, hat er für das Wohl der Arbeiterschaft gestritten.

Schwer genug wurde es ihm gemacht. Die Kapitalisten achteten genau auf seine Stimme, hetzten den Staatsanwalt bei dem kleinsten Versehen auf seine Redakteure. Nicht weniger als 40 Monate Gefängnis — Genosse Friedrich verbüßte den größten Teil davon — wurden über ihn verhängt, an Geldstrafen mangelte es nicht. Und selbst in den letzten Jahren der neuen deutschen Republik blieb der Volksbote von Anklagen nicht unbehelligt. Der letzte militärische Ausnahmezustand brachte sogar ein siebentägiges Verbot des Lübecker Volksboten. Die skandalöse Haltung des alten Obrigkeitsstaates der gesamten sozialistischen Presse gegenüber wird immer ein Schandmal bleiben. Aber trotz aller Schikanen war sie nicht totzuschlagen. Im Gegenteil. Die Zahl ihrer Anhänger und Mitkämpfer wuchs stetig. Auch dem Volksboten wurde die erste Behausung bald zu eng. Sein Kleid wurde erweitert. Eine neue Aufforderung an die Genossen schaffte abermals in kurzer Zeit 6340 Mark, ein Darlehen von 4000 Mark und der erste Reingewinn von 1660 Mark verhalfen zur Vervollkommnung der technischen Einrichtungen. Die Genossenschaftsbäckerei verhalf 1898 zu einem Druckereigebäude neben dem schon früher von ihr erworbenen Vereinshaus, und nach kaum anderthalb Jahren stand der Volksbote mit seinen 5000 Abonnenten auf eigenen Füßen. Der Betrieb vergrößerte sich, die Leserzahl des Blattes wuchs, man mußte sich abermals nach anderen Räumen umsehen. Wieder war es die Lübecker Genossenschaftsbäckerei, die ein modernes Druckereigebäude errichtete, in dem der Lübecker Volksbote von 1907 ab auf der Rotationsmaschine rollte. Mit etwas über 2000 Beziehern trat der Lübecker Volksbote ins Leben. 1914 zählte er 8000 Abonnenten. Der Umfang des Blattes erweiterte sich. Die 8seitige Rotationsmaschine mußte einer 16seitigen Platz machen.

Die neueste Entwicklung.

Vorerst ging es wie in allen Zeitungsbetrieben abwärts. Der Krieg war auch hier Vernichter schaffender Werte. Er riß Tausende von braven Parteigenossen von Heim und Herd, führte sie auf die Schlachtbank. Dem Volksboten wurden Kandaren angelegt, das Verbot seines Erscheinens mehrmals angedroht. Die Not des Volkes stieg. Der Leser wurden weniger. Ein hartes Ringen begann, führte aber mit der Beendigung des Massenmordes wieder jäh aufwärts, die Abonnentenzahl stieg auf 12 000. Dann bekamen die Kapitalisten, die Kriegsgewinnler Geschmack an der Geldverwässerung. Während sie sich bereicherten, verelendeten die Massen. Das Treiben der Inflationsgewinnler wirkte unheimlich auf die Zeitung. Die Unkosten stiegen, die Einnahmen verringerten sich. Geschickte Leitung überwand auch diese Gefahr. Rechtzeitig war die Erneuerung des Betriebes und beim ersten Aufatmen die Erweiterung und der Ausbau des Blattes vollzogen. Heute steht die Druckerei des Lübecker Volksboten mit ihren technischen Einrichtungen und Leistungen an erster Stelle.

Der Lübecker Volksbote blieb seiner Aufgabe, ein Kampforgan der sozialdemokratischen Partei und ein Streiter für die Enterbten und Geknechteten zu sein, treu. Wohl wurde zeitweilig seine Sprache schärfer, seine Kritik spitziger. Nicht, wie die reaktionäre Presse behauptet, persönlicher Rechthaberei willen. Nein, der Volksbote durchschaute das hinterlistige Spiel der volks- und staatsfeindlichen Sippen rechtzeitig und genau so scharf wie die braven Genossen vor 30 Jahren. Wir wären Tölpel und unseres Berufes unwürdig, würden wir die Finessen der kapitalistischen Henkersknechte nicht erkennen und sie nach Gebühr bewerten. Der scharfe Kampf gegen die Zertrümmerer Deutschlands, der Ausbeuter des Volkes und Scharwerker des Königtums wird wachsen mit dem Grad anmaßenden Herrenwillens dieser ausgesprochenen kapitalistischen Klassenvertreter. Wir werden mit unserer Ueberzeugung nicht zurückhalten und stets des alten Liebknechts Lehre beherzigen, daß die Offensive gegen die Unterdrücker die beste Waffe im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft ist. Keine Schonung unseren Feinden, alles für unsere Klassengenossen.

*

Als Schriftleiter waren in den 30 Jahren am Volksboten tätig die Genossen: Otto Friedrich, Karl Willenbrock, Johannes Fein, August Kasch, Johannes Stelling, Paul Löwigt, August Schulz, Dr. J. Leber und Hermann Bauer. Im Kontor wirken heute noch Bernhard Essinger und Fr. Landorn. Vom technischen Personal sind vom ersten Tag des Bestehens an noch beschäftigt Maschinenmeister Johannes Körner und Maschinensetzer Otto Upahl.

*

Viele andere Mitarbeiter sind 20, 25 und mehr Jahre für den Lübecker Volksboten tätig. So Genosse Asmus Beck schon über 25 Jahre als Mitglied der Preßkommission, davon 23 Jahre als deren Vorsitzender. Manch Ungenannter stellte seine Kraft und sein Können uneigennützig in den Dienst unserer Befreiungsarbeit. Neue, harte, schwere Zeiten, ungemein aufreibender als ehedem, hämmern auf dem gehetzten Volk herum, das allein und ausschließlich auf sich selbst angewiesen ist. Wir fürchten den Kampf nicht. Er ist unser Lebenselement. Mußte die organisierte Arbeiterschaft auch einige Schritte zurückweichen, schon Gewonnenes preisgeben. Die unbesiegbare Idee des Sozialismus kann keine Macht bannen. Kein aufgeklärter Sozialdemokrat verzweifelt eines Rückschlages wegen. Unbeirrt aller anstürmenden Horden tragen wir das Banner der völkerbefreienden Sozialdemokratie voran. Um es als unsterbliches Siegeszeichen hoch im Winde flattern zu lassen, dazu bedarf es mehr denn je der unerschrockenen, kampfesmutigen Presse. Die harten Tatsachen, die die Begründer des Lübecker Volksboten vor drei Jahrzehnten anführten, sie gelten heute erst recht. Wer ein Sohn des Volkes sein will, der wird für den Lübecker Volksboten wirken und werben, wie dieser von Anfang an für ihn gestritten hat. Auf zu neuem Tun für den Sozialismus!

H. B.

Partei und Gewerkschaften in Lübeck.

Die Partei.

Die Gründung des „Lübecker Volksboten" erfolgte zu einer Zeit, als die Lübecker Sozialdemokratie bereits auf ansehnliche Erfolge zurückblicken konnte, aber doch nur über eine ziffernmäßig nicht sehr starke Organisation verfügte. Rund 500 Mitglieder zählte im Jahre 1893 der hiesige Sozialdemokratische Verein. Es waren meistens erprobte Kampfgenossen, die schon unter dem Sozialistengesetz unerschrocken ohne Rücksicht **auf ihre persönlichen Interessen und ohne Furcht vor Anfeindungen und Maßregelungen durch die Gegner** sich für die durch die Sozialdemokratie vertretene Sache der werktätigen Bevölkerung eingesetzt hatten. Wer als Parteigenosse durch das Fegefeuer der Ausnahmegesetzschmach gegangen war, der war unbedingt zuverlässig und opferfreudig, der hielt es auch für eine **Selbstverständlichkeit, alles zu tun, was der Förderung seiner sozialistischen Ideen dienen konnte.** Die Schwierigkeiten, welche es zu überwinden galt, um vorwärts zu kommen, machten nicht kleinmütig, sondern sie stärkten den Eifer und die Kampfesfreudigkeit. Erfolge, die nach heißem Ringen erzielt werden, befriedigen und begeistern eben mehr, als solche, die verhältnismäßig mühelos erreicht sind.

Im Jahre 1890 war es der Sozialdemokratie Lübecks erstmalig gelungen, mit 7319 Stimmen das Reichstagsmandat zu gewinnen.

In der Stichwahl siegte der Genosse Th. Schwartz mit knapper Mehrheit. Den bürgerlichen Parteien, die solches nicht erwartet hatten, ging das sehr wider den Strich; sie suchten deshalb mit allen Mitteln die ihnen verhaßte Arbeiterpartei wieder aus dem Sattel zu heben. Als Wahlproteste nicht die gewünschte Wirkung hatten, wurden andere Mittel, wie Saalabtreibungen, Maßregelungen, Verleumdungen durch die Presse usw. in Anwendung gebracht, um wenigstens für die Folgezeit den Einzug der Sozialdemokratie in den Reichstag zu verhindern. Den reichen materiellen und anderen Kampfmitteln der Gegner hatte unsere Partei in der Hauptsache nur einen von frohem Optimismus getragenen Idealismus entgegenzusetzen, der beruhte auf der Kraft des sozialistischen Gedankens, und auf dem sicheren Gefühl, das Rechte zu tun, um diesem Gedanken den Boden zu bereiten.

Darüber war man sich damals jedoch schon klar, daß das gesprochene Wort allein nicht genügt, sondern daß die Presse die beste Waffe im geistigen Kampf sein kann und daß man ihrer unbedingt bedarf, wenn man dauernd die Oeffentlichkeit in dem als richtig erkannten Sinne beeinflussen will. Als Parteiorgan wurde die in Bant bei Wilhelmshaven wöchentlich erscheinende „Nordwacht" von den Lübecker Genossen gelesen, die zwar recht gut redigiert, aber doch nicht in dem erforderlichen Maße auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnitten war. Immerhin hatte sie mehr als tausend Abonnenten, eine für jene Zeit schon recht stattliche Zahl. Der Wunsch, sich eine eigene Presse zu schaffen, war in den Lübecker Parteikreisen begreiflicherweise vorhanden, nur fehlte vorläufig noch die Möglichkeit, ihn in die Tat umzusetzen. Dann kam die Reichstagswahl 1893. Sie erbrachte zwar einen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie, aber zugleich den Verlust des Mandates. Das gab den Anlaß, nunmehr mit allen Kräften schleunigst die Vorarbeiten für die Errichtung einer eigenen Druckerei, in der das Lübecker Parteiorgan hergestellt werden sollte, zu betreiben. **So wurde auch hier ein Mißerfolg zur Triebfeder für zweckmäßige Aufstiegsmaßnahmen.** Hinzu kam noch, daß die sich immer mehr verschärfenden wirtschaftlichen Kämpfe gleichfalls zur Gründung einer eigenen Arbeiterzeitung drängten.

Nachdem dann 1893 von der Partei im Einvernehmen mit den Gewerkschaften der erforderliche Entschluß gefaßt war, ging seine Verwirklichung verhältnismäßig schnell vonstatten. Man muß es miterlebt oder besser noch selbst in der Bewegung drin gestanden haben, um den Feuereifer und die Begeisterung zu ermessen, mit welcher an die Ausführung des beschlossenen Werkes gegangen wurde. **Es waren alles einfache Männer und Frauen, die selbst mit der täglichen Not schwer zu kämpfen hatten, welche die notwendigen Mittel zusammenbrachten.** Wie das geschah, kann hier im Einzelnen nicht dargelegt werden. Aber das Werk gelang. Im März 1894 erschienen dann die ersten Probenummern des „Lübecker Volksboten".

Die seitens der klassenbewußten Arbeiterschaft an sein Erscheinen geknüpften Erwartungen und Hoffnungen haben sich dann auch in reichem Maße erfüllt. **Von 1894 an beginnt ein fast ununterbrochenes Vorwärtsschreiten der sozialdemokratischen Bewegung in Lübeck.** Das Reichstagsmandat wurde 1898 wiedererobert und blieb seitdem fester Besitz der Sozialdemokratie. Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins erhöhte sich ständig, sodaß 1907 die Anstellung eines eigenen Parteisekretärs beschlossen werden konnte. Gegenwärtig sind zwei Parteisekretäre tätig. Im Jahre 1919, nach 25jährigem Bestehen des „Lübecker Volksboten", musterte die Lübecker Partei, ungeachtet der Kriegsnot und der Verwirrung, die durch sie in die Arbeiterschaft hineingetragen war, 9521 Mitglieder, eine Zahl, die inzwischen weiter gewachsen ist.

Vielleicht verdient es auch noch der Erwähnung, daß zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, also in jener Zeit, als der „Volksbote" ins Leben treten sollte, sich auch in Lübeck gewisse scheinbar radikale Tendenzen in der sozialistischen Arbeiterbewegung bemerkbar machten, die einen anarchistischen Einschlag hatten. Sie konnten trotz der Bemühungen ihres beredten Vertreters Rudolf Lange nie recht Wurzel fassen und sind dann allmählich wieder im Sande versickert. Diese Erscheinung findet eine gewisse Parallele in den heutigen Kommunisten und läßt auch die ganze kommunistische Geistesverwirrung, die in Lübeck nicht einmal von ähnlich befähigten Köpfen wie jene Bewegung der „Jungen" geführt wird, als eine die Arbeiterschaft lähmende aber vorübergehende Krankheit bewerten.

Die bürgerlichen Parteien Lübecks waren bis zur Revolutionszeit bemüht, den **Einfluß der Sozialdemokratie auf die Staatsangelegenheiten und die Kommunalpolitik** nach Möglichkeit auszuschalten, und, als das nicht mehr ging, zu beschneiden. Als Mittel zu diesem Zweck wurde das Bürgerschaftswahlrecht jeweils demgemäß zurechtgedrechselt. Offen gesagt hatte übrigens die Arbeiterschaft vor dreißig Jahren noch verhältnismäßig wenig Interesse an kommunalen Dingen. Das änderte sich jedoch bald, nachdem der „Volksbote" sich damit beschäftigte. Durch ihr Parteiorgan war die Sozialdemokratie nun in der Lage, hierzu auch ihre Meinung und ihren Willen mit der notwendigen Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen und sich auch bei sonst tauben Ohren Gehör zu verschaffen. Den Vertretern der Arbeiterschaft, die zunächst nur gering an Zahl aber gestützt auf die Mehrheit der Wähler endlich in den Bürgerschaftssaal einzogen, lieh der „Volksbote" seine wirksame Unterstützung. **Durch ständiges und inniges Zusammenwirken haben die sozialdemokratische Fraktion und das Parteiorgan immer versucht, das Beste für die werktätigen Volksschichten und für den Staat zu erreichen.** Selbstverständlich muß die Fraktion in den kommunalen Angelegenheiten die Führung haben, sonst können leicht Mißverständnisse und Schwierigkeiten entstehen, die besser vermieden werden.

Ein flüchtiger Rückblick auf dreißig Jahre Parteigeschichte weckt selbstverständlich verschiedenartigste Reminiszenzen. Viele, wohl die meisten von denen, die kampfesfreudig den „Lübecker Volksboten" ins Leben riefen, sind bereits ins Grab gesunken. Fritz Meyer, Julius Heyer, Ignaz Kohler, Heinrich Westphal, P. Pape, J. Böger, R. Böger, F. Löwigt, Th. Schwartz und ungezählte andere deckt längst der kühle Rasen. Dankbar gedenken wir ihrer! Aber die gleiche rote Fahne, die ihnen voranleuchtete, einst von sozialistischen Frauen der Lübecker Partei gestiftet, ist auch heute noch das Symbol aller derer, die in ihrem Geist weiter wirken. Mit Stolz kann gesagt werden, daß **die meisten überlebenden Parteigenossen, die an der Wiege des „Volksboten" standen, und ihre ganze Kraft für sein Gedeihen einsetzten, auch jetzt noch von der gleichen Zuversicht wie einst beseelt an der Verwirklichung ihrer Ziele arbeiten.** Gerade in der Lübecker Parteibewegung kann man die Tatsache feststellen, daß die alten Parteigenossen unverdrossen ihre Pflicht tun, auch dann, wenn einmal ein Rückschlag jüngere entmutigt, oder wenn gelegentlich die geübte Taktik nicht ganz mit ihren Wünschen übereinstimmt.

Die sozialdemokratische Partei steht gegenwärtig vor schweren Aufgaben. Sie muß alle Kraft aufbieten, **um die deutsche Republik vor dem Ansturm der nationalistischen Reaktion zu schützen.** Der Münchner Hitler-Ludendorff-Prozeß müßte auch Blinden die Augen über die kriegstreiberischen Bestrebungen der angeblich vaterländischen, in Wirklichkeit jedoch volksfeindlichen Putschisten öffnen, die in zynischer Weise den heutigen Staat und seine Einrichtungen zu verunglimpfen und zermürben suchen. **In höchster Gefahr sind die sozialen und**

Was Dich einst zum Werden brachte
Und Dir stützend stand zur Seite,
Was Dich groß und kräftig machte
Und Dir Stärke lieh im Streite —

Sieh, das war das mächt'ge Wollen
Derer, die im Schatten gehen,
Daß nach dunkler Wetter Grollen
Mög' ein schön'rer Tag erstehen.

Trotz Bekämpfung und Beschwerde
Konntest Du das Ziel erstreben:
Daß das Schöne dieser Erde
Allem Volke sei gegeben!

Für die Armen, für die Schwachen,
Denen Not und Elend drohten,
Sah'n wir stets getreulich wachen
Dich, des lübschen Volkes Boten.

Dank Dir, der in dreißig Jahren,
Die da kamen, die da gingen,
Mutig bannte oft Gefahren,
Rat und Beistand konnte bringen.

Du mit dem Volk, das Volk mit Dir
So wollen wir fürder es hallen,
Vereinigt wollen die Zukunft wir
Uns heller und schöner gestalten.

Was auch das Schicksal Trübes mag
Im Schoße verborgen noch hegen —
Wir grüßen freudig den neuen Tag,
Wir schreiten der Sonne entgegen!

n.

Lübecks Zeitalter der Industrie und seine Industriearbeiter.

In Lübeck begann, trotz der in vergangenen Zeiten oftmals unternommenen Anläufe, eine Industrie nach hier zu verpflanzen, die systematische Entwicklung und Eingliederung einer besonderen Großindustrie erst vor einigen Jahrzehnten. Lübeck befand sich am Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts am Wendepunkt seiner Lebensgrundlagen, da es durch den **Nord-Ostsee-Kanal** in seinem bis dahin stärksten Grundpfeiler, dem Handel, erschüttert wurde. Die Nordseehäfen Hamburg und Bremen wurden nach Eröffnung dieses Kanals zu Ostseeplätzen und damit zu schärfsten Rivalen Lübecks im Ostseehandel mit den skandinavischen Ländern, sodaß die eigenartige Monopolstellung Lübecks gebrochen wurde. Die hierdurch dem hiesigen Handel zugefügten Schäden waren ungeheuer. Die maßgebenden Körperschaften Lübecks sahen immer mehr ein, daß nur durch die Heranziehung eines Massengüterverkehrs dem eingetretenen Stillstand des Wirtschaftslebens erfolgreich entgegengetreten werden konnte. Unter dem Drucke der Verhältnisse entschloß sich der Lübecker Staat zur Erbauung des Elbe-Trave-Kanals. Denn nur durch eine Wasserverbindung mit dem Elbegebiet, das einen solchen Massengüterverkehr bot, schien die angestrebte Belebung der Wirtschaft möglich.

Die Notwendigkeit, die neugeschaffenen und verbesserten Verkehrswege auszunutzen, drängte gebieterisch dahin, die Gründung großgewerblicher Werke zu unterstützen. Man war sich darüber klar, daß diese, in Verbindung mit dem Handel, den neuen Verkehrswegen ein reiches Gütermaterial in Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten zuführen und so die gesamte Wirtschaft beleben würden. Während andererseits erst durch die Schaffung und dem Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten, wie Erbauung **des Elbe-Trave-Kanals, Ausbau der Seeschiffahrtsstraßen, Errichtung neuer Seeschiffahrtslinien, Vervollkommnung des Eisenbahnnetzes,** die Voraussetzungen für die Ansiedlung und Lebensfähigkeit einer Großindustrie gegeben waren. (Vielleicht überlegt man, ob nicht auch für die heutige Zeit manches von diesem noch zu tun nützlich ist!)

Die Industriepolitik des Lübecker Staates vor etwa 30 Jahren können wir dahingehend kennzeichnen, daß sie nicht mehr wie früher als besonderes Programm aufzufassen ist, sondern im engsten Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaftspolitik des Staates. Diese neu geschaffenen Industrieriichtlinien hatten als hauptsächlichstes Ziel die Schaffung und den Ausbau besonderer **Industrie- und Fabrikviertel,** die Befreiung der neu zu gründenden Industrien von beengenden rechtlichen Einschränkungen sowie andere wesentliche Vergünstigungen. Um der Industrie den günstigen Erwerb von brauchbarem Gelände zu vorteilhaften Preisen zu ermöglichen, ging der Staat bereits im Jahre 1898 dazu über, an der Trave und am Elbe-Trave-Kanal Ländereien aufzukaufen. Die zukünftigen Richtlinien für alle weiteren staatlichen Maßnahmen zwecks Heranziehung und Ansiedlung von Industrien, im besonderen von Großindustrie, wurden 1905 gemäß dem Projekt des damaligen Oberbaudirektors Rheder bestimmt. Auf Grund der hierin festgelegten Punkte ging man staatlicherseits an den Erwerb und an die gebrauchsfertige Herstellung der in Frage kommenden Ländereien und teilte sie in Industriebezirke auf, von denen sich etwa ⅔ im Staatsbesitz befinden. Von vornherein beabsichtigte man das Gelände so aufzuteilen, daß den Bedürfnissen von **Groß-, Mittel- und Kleinindustrieen** Rechnung getragen wurde. Auch bei der am 1. April 1913 erfolgten Eingemeindung von Siems, Kücknitz, Herrenwyk, Israelsdorf, Schlutup, Moisling usw. ließ man sich von dem Gedanken leiten, der Industrie hierdurch Förderung zuteil werden zu lassen.

Nach langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen zeigten sich endlich 1905 die ersten Früchte der bisherigen Industriepolitik, indem eine Interessentengruppe die Gründung eines **Hochofenwerkes** am hiesigen Platze beschloß. Dieses Unternehmen, welches den ersten Erfolg auf dem Gebiete zur großindustriellen Entwickelung Lübecks darstellte, konnte 1907 mit zwei Hochöfen seinen Betrieb aufnehmen. Hierdurch wurde nicht nur das allgemeine wirtschaftliche Leben günstig beeinflußt, sondern es wurden dadurch auch auswärtige Industrien auf die günstigen Einrichtungen und auf die vorteilhafte Lage Lübecks zwecks Ansiedlung hingewiesen. Leider sind die Pläne bezüglich Angliederung eines Blech- und Profileisenwalzwerkes sowie eines Stahlwerkes an das hiesige Hochofenwerk, trotz der günstigen Vorbedingungen, zum Schaden Lübecks, bisher nicht verwirklicht worden, sondern Nachbarstädte mußten daran gehen, solche Anlagen zu schaffen. Die Entwicklung dieses Werkes ersieht man daraus, daß die Arbeiterzahl von 590 im Jahre 1907 auf 1500 im Jahre 1920 stieg.

Ein ungefähres Bild von der Vermehrung und dem Wachsen **der Lübecker Industrien** wird man am besten dadurch bekommen, wenn man untersucht, wie sich die Arbeiterzahl im Laufe der Zeit verändert hat. Hierbei werden wir zugleich ersehen, wie sich im Verlaufe von etwa drei Jahrzehnten die Zahl der Industriearbeiter auch im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl bedeutend vermehrt hat. Von 1890 bis 1900 stieg die Zahl der Betriebe von 118 auf 190, die Zahl der Arbeiter von 3110 auf 5030. Der prozentuale Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung stieg von 4,9 % auf 6,1 %. Von 1910 bis 1920 stieg dagegen die Zahl der Betriebe von 470 auf 570 und die Zahl der Arbeiter von 10 600 auf 13 800. Der prozentuale Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung stieg in diesem Zeitraum von 10,3 % auf 11,7 %.

Wir erkennen aus diesen wenigen Zahlen, daß auch für Lübeck das Zeitalter der Industrie begonnen hat, daß Lübeck nicht mehr wie früher als reine Handelsstadt anzusprechen ist. Besonders hervorzuheben ist noch, daß sich seit etwa 1900 viele der seitherigen Klein- und Mittelbetriebe allmählich zu Großbetrieben auszuwachsen begannen. **Während die älteren Betriebe sich fast immer** innerhalb des Stadtkreises anbauten, können wir bei den Neugründungen von großindustriellen Werken der letzten Zeit feststellen, daß sie sich möglichst freimachen von jeder Beengtheit und sich in den äußeren Industriegeländen ansiedeln, wobei wir bemerken, daß es sich oftmals nur um an die See vorgeschobene Zweigniederlassungen binnenländischer Industrien handelt, um hier neue Produktionszweige aufnehmen zu können.

Die notwendige Ergänzung des Arbeiterstammes und die Ausbildung der erforderlichen Spezialarbeiter hat bisher für die Industrie keine unüberwindbaren Schwierigkeiten gemacht, obwohl das Arbeiterproblem für die Lübecker Industrie noch nicht vollständig geklärt ist. Große Sorgen bereitet indessen auch noch, besonders in der Nachkriegszeit, die Wohnungsnot mit ihren für beide Teile damit verbundenen Nachteilen wie u. a. einer starken Binnenwanderung. Hoffen wir, daß auch dieses Problem seinen Meister finden wird.

Sch.

Bücher und Menschen.

Soziologische Betrachtungen von Dr. W. Pieth.

Wohl mehr als ein Dutzend mal sind in letzter Zeit Vereine an mich herangetreten mit der Bitte: Halten Sie uns doch einen Vortrag über das gute Buch! Ich mußte die Bittsteller in den meisten Fällen enttäuschen. Ich mußte es, weil man über ein solches Thema nur sprechen kann zu einer Gruppe in sich gleichgerichteter und gleichinteressierter Menschen. Weil nicht jedes „gute Buch" für jeden Menschen das gute Buch ist. Weil bestimmte Bücher bestimmte geistige und gemütliche Einstellung des lesenden Menschen voraussetzen.

Darum mußten und müssen auch fürderhin die stets neu auftauchenden Versuche, „die hundert besten Bücher für das deutsche Haus" zusammenzustellen, letzten Endes unfruchtbar bleiben. England, das Mutterland der sogenannten „Universitätsausdehnungsbestrebungen", deren sehr zweifelhafte Erfolge wir ja auch in Deutschland immer wieder aufs neue festzustellen Gelegenheit haben, ging mit diesen Versuchen voran. Und auch in Deutschland folgte man bald diesen beiden Bestrebungen: sowohl der Universitätsausdehnungsbewegung, wie den Versuchen allgemein gültige Listen bester Bücher aufzustellen. Beide Versuche trugen ihr Schicksal in sich; beide waren auf Sand gebaut.

Der zuerst genannte Versuch, wollte und will von den „Hochburgen einer festgelegten, zum Teil stark erstarrten, aber höchst selbstbewußten bürgerlichen Kultur" aus den „niederen" Volkskreisen brockenweise eine „Bildung" vom reichen Tische „bildungsbesitzender" Kreise nach dem Ermessen der gelehrten Träger dieser Bildung abgeben. Diese naive Vorstellung vom Wesen wahrer Bildung — als ob man solche überhaupt auftapeln und „ab-

kulturellen Einrichtungen, welche in der Nachkriegszeit von den Sozialdemokraten durchgesetzt worden sind. Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung lautet gegenwärtig die kapitalistische Parole. Man sollte allerdings meinen, daß weit eher eine Arbeitsstreckung, d. h. Arbeitszeitverkürzung, notwendig wäre, um den Tausenden Erwerbslosen wenigstens ein kärgliches Brot zu geben. **Erbitterte Wirtschaftskämpfe, verschärfte Klassengegensätze sind die unausbleibliche Folge.**

In wenigen Wochen findet die Reichstagswahl statt. Ein heißes Ringen um die politische Macht beginnt. Gelingt es den Rechtsparteien, sich in den Sattel zu setzen, dann ade Volksrechte und Volksfreiheiten. Will die Sozialdemokratie nicht nur ihre Position behaupten, sondern sie verstärken, so darf ihr der Idealismus, die Kampffreudigkeit, die Aktivität nicht fehlen, die vor dreißig Jahren der Sozialdemokratischen Partei in Lübeck Schwung und Werbekraft gab und die sie weiter im Laufe der Jahrzehnte von Erfolg zu Erfolg führte. Die Kampfmethoden der Gegner haben sich gegen früher merkwürdig wenig geändert. Schon schilt man die Sozialdemokratie, deren Mitglieder in ungeheurer Zahl im Kriege verbluteten, wieder vaterlandslos, weil sie den Hetzgesang falscher Patrioten ablehnt, für Völkerverständigung eintritt und die Schürer neuer Kriege als solche scharf kennzeichnet. Alles Elend und alle Not, die als Folge des verlorenen Krieges die breiten Volksschichten zu Boden drücken, werden von den Reaktionären in Revolutionserscheinungen umgefälscht und der Partei zur Last gelegt, die als einzige bemüht war, das blutige Völkerringen zu verhindern und durch einen Ausgleichsfrieden zu beenden. Das alles darf uns aber nicht hindern, auf dem Boden der Sachlichkeit, jedoch mit aller erforderlichen Deutlichkeit, den Kampf zu führen. Die Sozialdemokratie ist dazu umso mehr in der Lage, als ihre Stärke gerade in der Sache, in der Idee liegt, die sie vertritt. Und diese Idee wird sich durchsetzen, trotz alledem und alledem!

Paul Löwigt.

*

Die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.
10. Kongreß der freien Gewerkschaften Nürnberg 1919.

Mit dieser programmatischen Erklärung der freien Gewerkschaften war ein Wendepunkt in ihrer Entwicklung eingetreten. Damit war ausgesprochen, daß die Gewerkschaften ihren bisherigen Rahmen, ihr Tätigkeitsfeld, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, überschritten und sich zu Wirtschaftsorganisationen entwickelt hatten. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen, um mehr und mehr die Erkenntnis, daß die Wirtschaft nicht mehr Privatangelegenheit, sondern eine öffentliche Angelegenheit ist, zu wecken.

Das ist das Bedeutungsvolle unserer jetzigen Periode. Die ökonomische Zwangslage, in der sich Deutschland befindet, ist unser Bundesgenosse in dem Kampf um die Anerkennung des Grundsatzes: „die Wirtschaft ist eine öffentliche Angelegenheit". Deshalb unser Bundesgenosse, weil sich keine Regierung dieser Zwangslage entziehen kann. Keine Regierung, keine politische Richtung ist auf die Dauer lebensfähig, die nicht Wirtschaftspolitik vom allgemeinen Interesse aus treibt, weil Deutschlands Zukunft untrennbar mit der Wirtschaftspolitik verbunden ist.

Damit ist auch die Bedeutung der Wirtschaftsorganisationen eine andere geworden. Man muß erkennen, welche große Veränderung in der Stellung der Gewerkschaften, **den Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmer,** vor sich gegangen ist. Dann sind auch die großen schweren Aufgaben, die die Gewerkschaften heute erledigen müssen, zu erkennen. Wie klein und nichtig erscheinen uns, gemessen an den jetzigen Zuständen, die Nöte und Sorgen der Arbeitnehmer z. Zt. der Gründung unseres „Volksboten". Arbeitslosigkeit, die Sorgen der Nahrungsmittelteuerung um die Wende des Jahrhunderts in der Arbeitnehmerschaft waren, gemessen an den heutigen Verhältnissen, so klein, daß man sie heute kaum als solche auszusprechen wagt, weil unsere Not, unser Elend zum Himmel schreit. Wie „anständig", wie wenig „brutal" waren damals die Unternehmer, gemessen an ihrem heutigen Verhalten, wo man achselzuckend Tausende von Proletarierkindern dem Hunger und damit frühem Siechtum und Elend ausliefert. Die gigantischen Konzentrationen in unserem Wirtschaftsleben haben als Gefolgschaft für die Arbeitnehmer gigantisches Elend gebracht. Eisen und Kohle kämpfen heute um den politischen Staat, um die Republik, weil sie mit ihrer Weimarer Verfassung den Arbeitnehmern zu weitgehende Rechte gibt, die das Unternehmertum an seinen Ausbeutungsgelüsten behindert. **Die Unternehmer kämpfen gegen den Grundsatz:** „die Wirtschaft ist eine öffentliche Angelegenheit", weil sie die absolute Freiheit in der Wirtschaft wieder herstellen wollen. Deshalb hat man mit Hilfe der Inflation die Kassen der Gewerkschaften geleert, deshalb hat man durch eine geringe Bezahlung den einzelnen Arbeitnehmer zermürbt und ihn wirtschaftlich widerstandsunfähig gemacht, weil man ihn zum willenlosen Ausbeutungsobjekt machen wollte.

An dieser, für jeden sichtbaren Erscheinung, ändert nichts das Verhalten einzelner, sozial einsichtigerer Arbeitgeber. **Das Unternehmertum will keine Mitwirkung, keine Mitverantwortung der Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen und politischen Geschehen.** Das ist der große Kampf zwischen Arbeitnehmer und Unternehmertum, den wir heute erleben. Die Gewerkschaften führen den Kampf um den Wirtschaftsbürger, der gleichberechtigt mit dem Unternehmer die Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit regelt.

Nicht Wirtschaftsuntertan, nicht Objekt im Wirtschaftsgeschehen will die Arbeitnehmerschaft sein, sondern Subjekt, mitverantwortlicher Wirtschaftsbürger. Die Organisationen der Arbeitnehmer werden immer diesen Kampf führen. Dieser wird nicht immer eine siegreiche, aufwärtsführende Linie zeigen, sondern Erfolge werden durch Mißerfolge, siegreiches Vorwärtsschreiten mit Stillstand und Rückgang wechseln. Heute werden wir die Offensive ergreifen, morgen in der Defensive das Errungene verteidigen. Maßgebend in allen Fällen ist die Geschlossenheit, Einigkeit und der Opferwille der Mitglieder. Zeiten stumpfer Resignation, wie wir sie heute teilweise erleben, werden vorübergehen. Der große geschichtliche Fehler, den das deutsche Unternehmertum begeht, besteht darin, daß es den Krieg als geistigen Wecker und Revolutionär außer Betracht läßt. Deshalb wird die deutsche Wirtschaft nicht gesunden, sondern noch lange Zeit hinaus Fiebererscheinungen aufweisen, die sie schütteln und eine Besserung verhindern, weil der kranke Körper mit falschen Arzneien behandelt wird.

Wir können heute kein Wirtschaftsprogramm aufstellen, weil wir noch nicht wissen, wie sich die volkswirtschaftliche Stellung Deutschlands gestalten wird, wenn einmal die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages auf das erträgliche Maß durch Gutachterarbeiten objektiver Männer zurückgeführt sind. Nur eines wissen wir, daß auch dann noch große Lasten vom deutschen Volk getragen werden müssen, die nur getragen werden können, wenn der Arbeitnehmer zum Mitleiter und mitverantwortlichen Wirtschaftsbürger gemacht ist. Die Steigerung der Produktion, die notwendig ist, wird nicht erreicht mit den Mitteln, die das Unternehmertum heute anwendet.

„Die alten Arbeitsmotive sterben ab."

„Das, was den Menschen zwingt zum Arbeiten, reicht als Produktionsquelle nicht mehr aus. Die alte Sklavenpeitsche besteht nicht mehr. Der Arbeitszwang des sogenannten freien Arbeitsvertrages, die Not ist zu schwach, um produktionsfördernd zu wirken. Soll die Produktion gesteigert werden, so nur durch neue Seelenkräfte, durch innere Anteilnahme an der Produktion. Die Mitbestimmung ist eine Form der Produktionssteigerung, weil sie das Interesse an der Arbeit schafft und erhöht. Nicht der „starke Mann", nicht „Taylorsystem", nicht „Verlängerung der Arbeitszeit" — — — nein, nicht alles dies. Der neue Lebensquell im Menschen, der innerlich erschlossene Sinn für die Arbeit, die Einsicht in ihrem Zusammenhang, der Anblick des ganzen wirtschaftlichen Werks der Gesamtarbeit, die Freude der Werkschöpfung — hier, hier allein ist der Quell reicherer Arbeit." So spricht der von mir hochverehrte Gelehrte und Genosse Dr. Sinzheimer, der damit den Kern trifft. Wer so die Tätigkeit, das Aufgabengebiet der Gewerkschaften in der heutigen Zeit begriffen hat, der wird erkennen, daß die Behauptung, die Gewerkschaften hätten den Boden des Klassenkampfes verlassen, falsch ist. Wir reden nicht viel vom Klassenkampf, weil wir das Bewußtsein haben, es ist besser, den Kampf praktisch zu führen. Und wenn zu der Zeit, wo unser „Volksbote" gegründet wurde und auch noch später die Gewerkschaften bedrückt wurden und vorsichtig in ihrer Ausdrucksweise sein mußten, so ist doch niemals innerlich der Grundsatz verlassen worden, daß wir ein Stück sein müssen des proletarischen Klassenkampfes, der eingesetzt wird für die Verwirklichung des Sozialismus.

Diese Grundauffassung ist unveränderlich dieselbe geblieben. Wenn es auch scheint, als wenn die Arbeitnehmerschaft geschlagen am Boden liegt, so trägt dieser Schein, denn wir sehen, daß überall in dem Wirtschaftlichen, im Politischen, in der sozialen Ideologie der Gedanke lebendig und wirksam ist, daß unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung mindestens reformbedürftig ist, daß sie im Denken, Fühlen und Wollen der Menschen unserer Zeit nicht mehr unerschüttert dasteht, als gottgewollte Gegebenheit. Wir sind unverzagt, können es sein, weil trotz aller augenblicklichen Ungunst der Verhältnisse die heutige Wirtschaft die Entwicklungsziele und Entwicklungsrichtungen aufzeigt, die zum Sozialismus führen. Daß wir heute auf dem Wege zum Sozialismus sind, ist nicht mehr eine Sache des Glaubens, sondern eine Sache der Erkenntnis. Vor den Aufgaben, die sich aus dieser Erkenntnis ergeben, stehen heute die Gewerkschaften. Diese Aufgaben sind schwer, ungeheuer schwer. Diese Aufgaben bedeuten, daß die Gewerkschaften mit ihrem Stab von Funktionären und Beamten einen Kampf um Einfluß und Mitbestimmung in der Wirtschaft führen müssen, der riesengroß ist. Wir stehen einem geschulten und gefestigten Kapitalismus gegenüber, der uns an Wissen, Vorbildung u. a. weit voraus ist. Alle Bildungsmöglichkeiten waren uns im früheren Obrigkeitsstaate verschlossen. Deshalb ein so langsames Fortschreiten. Alle Nachteile müssen und können ausgeglichen werden durch die Stärke unserer Organisationen. Hieran mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters.

Wenn wir so am heutigen Tage der dreißigsten Wiederkehr des Gründungstages unseres Volksboten Rückschau halten, so gedenken wir Gewerkschafter dankbar unseres Kämpfers. Schulter an Schulter haben „Volksbote" und „Gewerkschaften" den Kampf um den Fortschritt geführt. So soll und wird es bleiben.

Wir Gewerkschafter wollen auch am heutigen Tage geloben, daß die großen Aufgaben der Arbeiterklasse genau so wenig wie in den vergangenen dreißig Jahren auch in Zukunft kein kleines Geschlecht aufweisen.

Glückauf zu neuer Arbeit.
Durch Kampf zum Sieg!

Alfred Dreger.

Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft, die inkorporierte Kultur, welche die materiellen Kämpfe zu geistigen Kämpfen verklärt und ihre rohe stoffliche Gestalt idealisiert. Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volks vor sich selbst, und bekanntlich ist die Kraft des Bekenntnisses erlösend. Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich selbst erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung zur Weisheit. Sie ist der Staatsgeist, der sich in jede Hütte kolportieren läßt, wohlfeiler als materielles Gas. Sie ist allseitig, allgegenwärtig, allwissend. Sie ist die ideale Welt, die stets aus der wirklichen quillt und, ein immer reicherer Geist, neu beseelend in sie zurückströmt.

Karl Marx (Nachlaß).

*

Oft ist's der eig'ne Geist, der Rettung schafft,
Die wir beim Himmel suchen. Uns'rer Kraft
verleiht das Schicksal Spielraum; nur dem Trägen,
dem Willenlosen stellt es sich entgegen.

Shakespeare.

---

geben" könnte! — war ebenso töricht wie die völlige Verkennung der Arbeiterpsyche.

So mußte naturnotwendig als Gegenpol zu dieser abwegigen Volksbildungsmache, die eigene Arbeiterbildungsbewegung der Gewerkschaften und besonders der sozialdemokratischen Partei ins Leben treten. Sie hat ohne Zweifel bedeutendes geleistet und so mustergültige öffentliche Büchereien wie z. B. die Münchener öffentliche Gewerkschaftsbibliothek ins Leben gerufen. Auf katholischer Seite gründete das Zentrum die Volksbüchereien des Bonifatiusvereins. Die Frage ist hier freilich aufzuwerfen und aufgeworfen worden: Wer war oder ist der eigentliche Träger solcher Bewegung? Die Instanzen und Organisationen oder — wie es richtiger wäre — die bildungshungrigen Proletarier selbst? Was ist überhaupt der Sinn der Volksbildungsbewegung und was ist ihr Element? Das Suchen nach Lebenswerten. Wir wissen sehr wohl, daß die Zahl derer, die diesen tiefen inneren Drang, diese seelische Not in sich fühlen, in allen Gesellschaftsklassen relativ nicht groß ist, und daß die Zahl derjenigen Leser, die aus Gründen beruflicher Fortbildung oder zur Anregung der Gemütskräfte die Büchereien besuchen, weit überwiegt. Wir wissen aber und sehen es von Tag zu Tag mehr, daß die Arbeiterklasse, in deren Reihen ohne Zweifel der Prozentsatz solcher ehrlich Suchenden ungleich größer ist als in anderen Schichten der Bevölkerung, durch Lohnsklaverei diesem Arbeiten am inneren Menschen wieder stärker und stärker entzogen wird. Aufs neue greift eine plumpe Hand täppisch und brutal zugleich in die Volksbildungsarbeit ein und droht vielversprechende Ansätze zu erdrücken.

Aus der Episode reiner negativer Einstellung hat die neue Volksbildungsbewegung, die nach der Revolution einsetzte und seitdem besonders auch von den Gemeinden systematisch gefördert wird, die bildungsuchenden Arbeiterkreise heraus- und den gemeindlichen positiven Bildungszielen zugeführt: zur Arbeit an der inneren Entwickelung des Menschen im Rahmen seiner sozialen Verhältnisse und zur Arbeit an der Gemeinschaft. Die neue Volksbildungsbewegung in der der bildungsuchende Arbeiter selbst Mitträger der Bewegung ist, muß Gemeinschaftsarbeit sein. Gemeinschaft in diesem Sinne ist aber nur möglich zwischen solchen Menschen, ganz gleich aus welchem Lager, ob Kopf- oder Handarbeiter, die das Suchen nach neuen Lebenswerten in sich fühlen. Lediglich organisatorische Vertretung tut es noch nicht oder doch nur in sehr beschränktem Grade. Erst die innere Mitarbeit der Bildungsuchenden selbst kann den wirklichen Fortschritt bringen. Der sehr starke Zustrom, den unsere lübecker Bildungsbüchereien jetzt auch aus Arbeiterkreisen aufweisen, ist als ein gutes Zeichen und in diesem Zusammenhang als Erfolg unserer Bildungsbewegung anzusehen. Und es war nur folgerichtig gehandelt, daß jetzt aus der früheren Genossenschaftsbücherei den staatlichen Büchereien reiche Bestände belehrender Literatur zur Benutzung bereitwilligst zur Verfügung gestellt werden.

Der Sinn der Volksbüchereiarbeit kann nur sein, den Angehörigen der verschiedenen Lebens- und Weltanschauungskreise individuelle Förderung zuteil werden zu lassen. Das setzt Mitarbeiter aus den verschiedenen Lagern voraus und schließt Bevormundung und tendenziöse Einstellung aus. Kautschukbildung ohne Knochen und Muskeln, sogenannte „allgemeine Bildung", jener Wechselbalg, den längst überholte „geistige Wohlfahrtsbestrebungen" auf ihre Fahne geschrieben hatten, kann nicht das Ziel richtig verstandener, wirklicher Volksbildungsarbeit sein. Ihr Ziel ist vielmehr in der Büchereibewegung: das rechte Buch an den rechten Menschen zu bringen. Diese volkspädagogische Arbeit schließt natürlich nervenzerrüttende Massenabfertigung aus. Sie schließt als Forderung vielmehr in sich eine Beratungstätigkeit, die neben modernster Organisation der Büchereitechnik bei dem beratenden Büchereibeamten vor allem reiches Wissen und Menschenkenntnis, soziales Einfühlungsvermögen und inneren Konnex mit dem Bildungsuchenden voraussetzt. Personalabbau an dieser Stelle ist, wenn nicht überzählige Kräfte vorhanden sind, Raubbau am besten Volksgute; und es ist eine rühmliche Tat des Leipziger Stadtrates, daß er an dieser Stelle seiner Verwaltung nicht abgebaut hat, sondern unbeschadet sonstigen Personalabbaues sogar einen weiteren Ausbau des volkstümlichen Büchereiwesens gerade jetzt angeordnet hat. Das Leipziger Beispiel verlangt ernsteste Beachtung aller Kreise, denen die Volksbildung höher steht als das Schema F des heiligen St. Bureaukratius. Kultureinrichtungen sind werbende Anlagen im wahrsten Sinne des Wortes für unser Volk und seine Zukunft.

Wer das Wertverhältnis von Buch und Volk aus der neuen Perspektive ansieht, den wird es nunmehr nicht verwundern können, daß ein Vortrag vor heterogen zusammengesetzten Vereinigungen über „das gute Buch" als Unding bezeichnet wird. Und nun wird es auch verständlich, warum auch der kürzlich wieder unternommene große Versuch des Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen durch Umfrage, die „Hundert besten Bücher für das deutsche Haus" zu ermitteln, einen Wechselbalg zur Welt bringen mußte. Es sollten nach Absicht des Vorstandes des Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen von jeder der ihm angeschlossenen Vereinigungen unabhängig von den anderen auf eine Liste hundert Werke gesetzt werden, deren Verbreitung die einzelnen Verbände und Vereine unter ganz allgemeinen Gesichtspunkten für ganz Deutschland wünschen würden, nicht jedoch Werke, die nach der Meinung der Verbände und Vereine nur für besondere Gegenden, für besondere Bedürfnisse, für Angehörige bestimmter Weltanschauungen, für besondere Berufszwecke in Betracht zu ziehen seien. Rund 30 % der befragten Vereinigungen lehnten die Beantwortung ab, aber nur wenige erkannten oder betonten den inneren Widerspruch der Aufgabe, die hier gestellt war. Am klarsten legte diese im Wesen der Umfrage liegende Unmöglichkeit die Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen (Leipzig) dar; ihre Antwort deckt sich ungefähr mit der Stuttgarter und mit meinen grundsätzlichen Bemerkungen, die ich dem Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei auf seine Bitte um Mitarbeit an einer solchen Liste zugehen ließ. Auch der Zentralbildungsausschuß betonte in der Vorbemerkung zu der von ihm aufgestellten Liste, er sei der Auffassung, daß das weltanschauliche Moment bei der Bücherauswahl nicht gänzlich ausgeschaltet werden dürfe. Die Bücherei des deutschen Hauses würde eine wesentliche Lücke aufweisen, wenn sie z. B. an einer so bedeutenden Zeitströmung, wie es der Sozialismus sei, achtlos vorübergehen würde. — — Mit Verlaub, ist denn eine solche Liste überhaupt wirklich eine Zusammenstellung der „hundert besten Bücher für das deutsche Haus"? Spielt der individuelle Besitzer nicht eine maßgebliche, ja ausschlaggebende Rolle bei dieser Betrachtung? Man kann es wohl unternehmen, die hundert geeignetsten Bücher für einen beruflich, dem Alter, dem Geschlecht und der Weltanschauung nach homogenen Kreis von Menschen zusammenzustellen. Aber Versuche, wie der genannte, sterben stets am inneren Widerspruch. Oder richtiger: sie werden garnicht lebensfähig. So stark gestaltet die einzelnen Kulturkreise innerhalb deutschen Landes nach Lebens- und Weltanschauungskreisen, Geschlecht, Alter und Berufen sind, so stark zerteilen sie sich in Auffassungstypen und in besondere Interessengruppen.

Nicht die deduktive, sondern die induktive Methode ist bei einer Auswahl guter Bücher am Platze. Der einzelne Mensch soll der Ausgang bei der Beurteilung sein. Was für eine große Aufgabe hier noch zu lösen ist, und welche Bedeutung in dieser Beziehung vor allem unsern allgemeinen öffentlichen Bildungsbüchereien beizumessen ist, das Verständnis dafür gewinnt zwar langsam aber doch stetig an Boden. Auch schwere wirtschaftliche Krisen werden diese Bewegung nicht aufhalten können, wenngleich ihre Wirkungen vorübergehend drückend auf der Volksbildungsarbeit lasten mögen. Der Volksstaat hat hier besondere Pflichten zu erfüllen; und die bildungsuchenden Mitträger der Volksbildungsbewegung werden Hand in Hand mit den dazu berufenen Führern vertrauensvoll zusammen arbeiten. So wird trotz aller wirtschaftlichen Hemmungen der Gegenwart dem Volke der rechte Weg zum Schrifttum mehr und mehr geebnet werden.

Und wer ein ihm lieb gewordenes Buch zur Bücherei zurückbringt, vergesse eines nicht: Wenn er's erschwingen kann, kaufe er sich auch einmal ein solches Buch. Das eigene Buch hat besonderen Wert. Und gute Bücher sind die besten und treuesten Freunde!

Der Besitz allein tut's freilich nicht. Deshalb spottet Arthur Schopenhauer: „Man verwechselt meist den Ankauf der Bücher mit dem Aneignen ihres Inhalts."

Jedem Bücherfreunde gilt die ernste Mahnung dieses Philosophen: „Vom Schlechten kann man nie zu wenig und das Gute nie zu oft lesen: schlechte Bücher sind intellektuelles Gift, sie verderben den Geist. — Um das Gute zu lesen, ist eine Bedingung, daß man das Schlechte nicht lese: denn das Leben ist kurz, Zeit und Kräfte beschränkt." Führer zum werthaften Schrifttum zu sein, sind unsere Bildungsbüchereien berufen. Wir rechnen zu diesen wertvollen Schriftstellern freilich im Gegensatz zu Schopenhauers und A. W. Schlegels pessimistischer Aeußerung nicht nur „die Alten, die wahren eigentlich Alten", sondern auch die bedeutenden, richtungweisenden Jungen, die uns neue Lebenswerte erschließen.

Vereinigte Kraft schafft Macht!

Die Genossenschaften.

Dem gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter braucht die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses nicht besonders erläutert zu werden. Er bildet eine Ergänzung zum sozialen Befreiungskampf. Was nutzt dem Arbeiter höherer Lohn, wenn ihm der Kapitalist diesen wieder durch gesteigerte Warenpreise abnimmt? Fehlender Gegendruck erzeugt Willkür in der Preisbestimmung, reizt zur Verminderung der Warengüte. Vor allem aber: mangelnder Schutz der Kaufkraft des einzelnen führt zur Abhängigkeit schlechtweg. Man braucht in der Geschichte nur etwas zurückzublättern. Die politische recht- und sozial schutzlose Arbeiterschaft war auch wirtschaftlich Freiwild des Unternehmertums. Der Arbeitssklave in Werkstatt und Fabrik mußte auch noch den Tribut im Warenbezug zahlen. Unter dem sogenannten Trucksystem schoß der Unternehmer seinen Arbeitern die notwendigsten Waren vor und zwang sie sogar zu unnötigen Einkäufen. Der Zweck? Der Arbeiter blieb durch die Schuldenwirtschaft in der Abhängigkeit des Unternehmers, konnte es kaum wagen, die Stellung zu wechseln, auf besseren Lohn zu drängen. Oder auf andere Weise: die unzulängliche Entlohnung zwang den Arbeiter zur Pumpwirtschaft beim Händler und Kaufmann. Große Schulden erzeugten Sorgen und nötigten den Arbeiter wiederum, die allerschlechtesten Arbeitsstellen zu behalten, um nicht noch tiefer zu sinken. Eins griff ins andere und drängte nach Lösung. Aber die Erlösung kommt nicht vom Himmel. Der Enterbe kann sie sich nur selbst schaffen. Diese Erkenntnis drang gar bald durch, als die Arbeiterschaft den Erfolg politischer und gewerkschaftlicher Organisationen verspürte. Wir müssen hier die lehrreiche Geschichte genossenschaftlicher Vereinigungsversuche überspringen. Sie ist nicht minder interessant wie diejenige um den sozialen Befreiungskampf der unterdrückten Volksschichten überhaupt. Noch mehr: sie ist ein Teil dieses Befreiungskampfes. Die Genossenschaftsbewegung ist die Uebertragung der Theorie in die Praxis an sich. Sie beweist die Richtigkeit der Lebensregel: der Erfolg entscheidet! Und er hat entschieden. Die Genossenschaftsbewegung ist zum mitbestimmenden Wirtschaftsfaktor geworden. Nicht von ohngefähr. Mühsam und zäh war der Kampf, zahllos der Gegner. Staat und Bürgertum waren konsumvereinsfeindlich, ersannen Beschränkungen kleinlichster Art. Das Kapital erschwerte den Warenbezug. Vergeblich! Die Genossenschaftsbewegung setzte sich durch, ihre zeitgeschichtliche Erfüllung war zur Notwendigkeit geworden. Aus Kleinem ist Großes entstanden. Beweisen wir dies durch örtliche Tatsachen.

*

Die Genossenschaftsbäckerei.

Sie ist das älteste genossenschaftliche Unternehmen Lübecks, wurde im Jahre 1889 von Arbeitern gegründet. Damals hatte der genossenschaftliche Gedanke in der deutschen Arbeiterschaft noch keine tiefen Wurzeln geschlagen. Die Lübecker Arbeiterschaft hat für dieses Unternehmen aber sogleich tatkräftig gewirkt. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus. Kleine Schwierigkeiten, die sich anfangs zeigten, wurden bald überwunden. Schon 1890 war ein Reingewinn von 11 700 Mk. vorhanden. Von Jahr zu Jahr stieg der Umsatz. Die alte Bäckerei wurde bald zu klein und so mußte 1903 ein großer moderner Neubau, ausgestattet mit den besten Maschinen und Oefen, errichtet werden. Die frühere Bäckerei wurde 1921 zu einer Konditorei umgewandelt. 1895 wurde die **Mühle** in der Schützenstraße angekauft. Heute ist die Lübecker Genossenschaftsbäckerei der größte und technisch vollkommenst eingerichtete Bäckereibetrieb Lübecks. Etwa 60 Personen sind in ihm beschäftigt. 1 Auto und 11 Wagen befördern die Backwaren zu den mehr als 300 Niederlagen. Der große und steigende Umsatz beruht vornehmlich auf die Güte der Erzeugnisse.

Aber auch in anderer Hinsicht hat die Lübecker Genossenschaftsbäckerei segensreich, besonders für die Lübecker Arbeiterschaft, gewirkt. So errichtete sie das Vereinshaus (jetzt Gewerkschaftshaus) mit dem großen Saal; weiter die Genossenschaftsbücherei, die leider den schweren Kriegszeiten zum Opfer fiel. Die Häuser Johannisstraße 46 und 48, in deren Räumen der Lübecker Volksbote hergestellt wird, das Parteisekretariat und mehrere Gewerkschaften ihre Bureaus errichtet haben, waren früher ebenfalls ihr Eigentum. Sie hat es den Gewerkschaften zu den denkbar günstigsten Bedingungen abgetreten. Auch den später gegründeten Genossenschaften hat sie in ihren Anfängen tatkräftig und finanziell zur Seite gestanden. So hat die Lübecker Genossenschaftsbäckerei die hiesige Bevölkerung nicht nur mit guten, preiswerten Backwaren versorgt, sondern ist auch in jeder anderen Hinsicht für die Interessen weiter Volkskreise tätig gewesen. Die stille Arbeit der Genossen Peter Pape und Ignaz Böger hat reife Frucht hinterlassen.

*

Der Konsumverein.

Erst 15 Jahre später als die Genossenschaftsbäckerei wurde der Konsumverein für Lübeck und Umgebung geboren. Dem örtlichen Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft entsprach dieser Anfang gewiß nicht. Fast unscheinbar klein erstand die erste Warenabgabestelle. Das Bild der Rochdaler Pioniere vom Jahre 1843/44 konterfeite sich: zähe mühselige Arbeit einiger weniger beherzter Männer scharte 99 Genossen zusammen. Im Dezember 1904 entschlossen sie sich, den Verein in das Genossenschaftsregister eintragen zu lassen. Und als 7 Monate später der erste Laden in der Fleischhauerstraße eröffnet wurde, da war die Mitgliederzahl erst auf 239 angewachsen. Für das städtische Geschäftsleben war diese Gründung ganz bedeutungslos. Nicht aber für die Begründer. Sie hatten aus der Geschichte der englischen Genossenschaftsbewegung den tieferen Sinn erfaßt und die genossenschaftliche Entwicklung in Deutschland geschaut. Es kam nur darauf an, Mut und Entschlossenheit zu zeigen. Dann mußte auch in Lübeck der Wurf gelingen. Und er gelang. Langsam und bedächtig nur vermehrte sich Mitgliederzahl und Warenumsatz. Das erste Geschäftsjahr (22. 7. bis 30. 9. 1905) buchte 276 Mitglieder und 6757 Mk. Umsatz, gleich 40 Mk. pro Mitglied. Das Gewinn- und Verlustkonto stand mit 1537 Mk. zu Buch. Die erste Generalversammlung wählte in den Vorstand die Genossen Lowack-Wandschneider, Dreßen. Im 2. Geschäftsjahr bildeten den Vorstand die Genossen Henze, Wandschneider und Star!

*

Zehn Jahre später! Einer sagte es dem andern: im Konsumverein gibt es nur gute Ware. Und volles Gewicht! Und einer nach dem anderen ließ sich in die Mitgliederliste eintragen. So konnte der 10. Geschäftsbericht schon 7400 Mitglieder und über 2 200 000 Mk. Umsatz verzeichnen. 26 Warenabgabestellen vermittelten die Versorgung der Genossenschafter. 1913/14 wuchs in der Hansastraße der stattliche Bau des Zentrallagers mit Mineralwasseranlage und des Kontor- und Wohnhauses aus der Erde. Voraussicht schaffte zugleich Raum für Erweiterungsbauten. Der Konsumverein beschäftigt bereits eine stattliche Anzahl Arbeiter und Angestellte. Diese Entwicklung in 10 Jahren! Kein kaufmännisches Unternehmen kann auch nur annähernd Aehnliches aufweisen.

*

Noch einmal 10 Jahre weiter! Davon vier entwicklungshemmende Kriegsjahre, mehrere Jahre wildesten Unternehmertaumels, Geldentwertungsschreckens. Und das Ergebnis genossenschaftlichen Wirkens? Zu eng ward trotz alledem der Raum. Der 19. Geschäftsbericht (30. September 1923) verzeichnet nicht weniger als 65 Abgabestellen, davon 61 für Kolonialwaren, 3 für Fleisch- und 1 für Manufaktur- und Glaswaren. Ueber 5 Billionen wies der Umsatz auf. Ueber 400 Personen sind beschäftigt. Das Tätigkeitsfeld des Konsumvereins erstreckt sich bis nach Schleswig-Holstein, weit ins Mecklen- und Lauenburgische hinein. Neben dem Zentrallager fügte sich Stein auf Stein für eine Bäckerei großen Umfangs und vollkommenster technischer Einrichtung. Die schönste Lübecks. Ihre Erzeugnisse an Brot und Backwaren wetteifern in Geschmack mit denen der Genossenschaftsbäckerei. Beide Genossenschaftsbetriebe liefern der Lübecker Bevölkerung vorzügliche Ware, hergestellt mit peinlichster Sauberkeit. Außer diesen Gebäuden ist der Konsumverein Eigentümer von 25 Grundstücken. Es ließe sich noch vieles über den Aufgabenkreis und die Wirksamkeit des Konsumvereins sagen. Wir erinnern hier nur an die ihm angeschlossene Sparkasse, die Vermittlung der Feuerversicherung und Volksfürsorge.

*

Aus der gewaltigen Entwicklung des Konsumvereins mit seinen 28 000 Mitgliedern ergibt sich seine Bedeutung für Lübecks Wirtschaftsleben von selbst. Er sichert dem überwiegenden Teil der Bevölkerung den Warenbezug, schützt sie vor Preisüberbietung und greift vor allem regulierend in die Preisgestaltung ein. Seine Ausschaltung würde die in ihm verkörperte Macht, die so mancher noch unterschätzt, im Blitzlicht erkennen lassen. Die Vorteile genossenschaftlichen Warenbezugs haben hier wie anderwärts selbst die Behörden zum Anschluß bewogen. Haben sich erst die Mitglieder dazu aufgeschwungen, ihre Bedürfnisse restlos aus dem Konsumverein zu decken, dann wird sich seine wirtschaftliche Macht noch ganz anders auswirken. Der sittliche, soziale und erzieherische Inhalt konsumgenossenschaftlicher Betätigung läßt sich gar nicht in Zahlen ausdrücken. Bisher und noch lange Zeit gilt alle Tätigkeit noch dem Auf- und Ausbau. Die Genossenschaft wirkt vorbildlich in Lohnfragen wie in der sozialen Bewertung der Arbeitskraft, sie schafft Werke von bleibendem Wert. Sie wird, auf der Höhe ihres Schaffens angelangt, für die Arbeiter und Angestellten noch Großes tun und unsere Nachfahren werden die Weisheit ihrer Väter preisen. Um das Werk der Vollendung reifen zu lassen, ist aber vor allen Dingen notwendig, daß sich jeder der genossenschaftlichen Pflicht bewußt ist.

*

Was hier gesagt ist, gilt auch für die jüngsten Kinder der genossenschaftlichen Bewegung, der **Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft**, des **Bauvereins Selbsthilfe**, der **Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft** und der **Notgemeinschaft für Bestattungen**.

*

Der Bauverein Selbsthilfe

ist ein Kind der wirtschaftlichen Not. Von dem Gedanken beseelt, die Wohnungsnot zu lindern, den Minderbemittelten zu einem Heim zu verhelfen, gründete ein kleines Häuflein Arbeiter, Angestellter und unterer Beamter den Bauverein Selbsthilfe. Mit frischem Mut ging der junge Verein ans Werk. Die Verhandlungen mit der Arbeitsgenossenschaft führten bald zum Ziele. Trotz Inflation und Geldschwierigkeiten wurde das erste Doppel-Siedlungshaus auf eigene Kosten begonnen und glücklich zu Ende geführt. Auf Grund dieser auch behördlich anerkannten Leistung erwarb sich der Verein das Recht auf 8 Wohnungen, die der Staat auf der Dornbreite in eigener Regie baute. So werden in einigen Wochen 10 Wohnungen für die Mitglieder des Vereins bereit stehen. In diesem Jahre sollen mindestens für den 7. Teil der Mitglieder weitere Wohnungen gebaut werden. Die Vergebung und Unterhaltung der Wohnhäuser soll im Wege der Gemeinwirtschaft erfolgen. Der Staat bleibt Eigentümer des Grund und Bodens und wird die Siedlungshäuser im Erbbauvertrag an den Verein auflassen. Die Vergebung der Wohnungen erfolgt durch den Verein an die Mitglieder, die die vollständige Unterhaltung des Hauses übernehmen. Der Verein wird dadurch Bahnbrecher für eine gesunde Wohnungswirtschaft. Es werden nicht nur Wohnungen gebaut, sondern die Bewohner erhalten ein Siedlungsgrundstück von 1000 Quadratmeter Grundfläche, auf dem es möglich ist, einen großen Teil der Nahrungsmittel selbst zu beschaffen. Je größer der Kreis derjenigen wird, die im Wege der Selbsthilfe und der Gemeinwirtschaft das Wohnungsproblem zu meistern suchen, desto eher wird eine Gesundung im Wohnungswesen eintreten.

Wenn die kleine Schar von 400 Mitgliedern mit gesteigerter Kraft sich der guten Sache annimmt, dann wird in absehbarer Zeit, schneller als die meisten erhoffen, die größte Wohnungsnot in Lübeck beseitigt sein. Ein Ziel, das zu erstreben die Arbeit des Bauvereins Selbsthilfe bildet.

Als ein Kind wirtschaftlicher Not geboren, will der Verein nur ein Helfer in Deutschlands größter Not sein. Den wirtschaftlichen Schwachen zu helfen muß und bleibt das Arbeitsgebiet des Bauvereins Selbsthilfe.

*

Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.

Seit etwas über 4 Jahren ist dieser Genossenschaftsbetrieb in Tätigkeit. Gegründet von wenigen zugriffslustigen Genossen mit bescheidensten Mitteln angefangen, hat auch diese Genossenschaft ihr Daseinsrecht bewiesen. Ihr Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf Hoch- und Tiefbau, den hierzu notwendigen Nebenbetrieben: Tischlerei, Klempnerei, Dachdeckerei, Malerwerkstatt. Der Erfolg dieses Genossenschaftsbetriebes zeigt sich in der Errichtung von über 200 Siedlungshäusern, dem Bau der neuen Konsumvereinsbäckerei, dem Umbau des Wollmagazins zum Polizeigebäude, der Renovierung der Fassade am Kanzleigebäude u. a. Die trostlosen Zustände im Bauwesen waren auch in diesem von den Lübecker Gewerkschaften getragenen Gemeinwirtschaftsbetrieb zu spüren, aber die Grundfesten sind nicht zu erschüttern. In neuerer Zeit floriert die Möbeltischlerei ganz hervorragend. Auch hier spielt wie in jedem Genossenschaftsbetrieb die Güte und Preiswürdigkeit der Waren eine Hauptrolle. Zu Zeiten der Hochkonjunktur beschäftigte die Arbeitsgenossenschaft etwa 300 Arbeiter. Die Notwendigkeit dieses gemeinwirtschaftlichen Betriebes wird sich erst wieder bei der Wiederbelebung des Baumarktes vorerweisen, wie das bereits früher der Fall war. Den Privatunternehmern ist die Genossenschaft ein herzhafter Gegner. Sie besitzt auch eine scheckfähige Bankabteilung. Die Werkstätten befinden sich auf dem großen Grundstück Hüxtertor-Allee 43, die Kontorräume Mengstraße 28. Das Möbellager ist in der Sandstraße untergebracht.

*

Die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft

wurde am 19. Dezember 1922 gegründet. Träger der Genossenschaft sind: Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Konsumverein für Lübeck und Umgebung e. G. m. b. H., Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H., Gemeinnützige Arbeits-Genossenschaft e. G. m. b. H., Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft e. G. m. b. H., Notgemeinschaft für Bestattungen E. V. Aufgabe der Bestattungsgesellschaft war es, in der Zeit der Inflation für die minderbemittelte Bevölkerung eine einfache und würdige Bestattung zu beschaffen. Weiter fiel ihr die Aufgabe zu, den Staat bezw. die Armenbehörde sowie das Wohlfahrtsamt zu entlasten. Außer unserer Lieferung ist es dem einzelnen durch weitgehendste Zahlungserleichterung ermöglicht worden, mit Hilfe des gemeinwirtschaftlichen Betriebes neben den familiären Sorgen die pekuniären zu beseitigen. Die Benutzung des Instituts steht allen Bevölkerungsschichten frei. Es ist lediglich ein wirtschaftliches Unternehmen, das für alle Kreise, gleich welche Ansprüche sie stellen, eingerichtet ist. Abschlüsse für ständige Lieferung sind mit den verschiedensten Unternehmungen und Betrieben, sowie Organisationen getroffen. Die Auffassung, daß nur Mitglieder der Notgemeinschaft für Bestattungen durch obige Gesellschaft bestattet werden können, ist irrig. Geschäftsräume: Hundestraße 49/51.

*

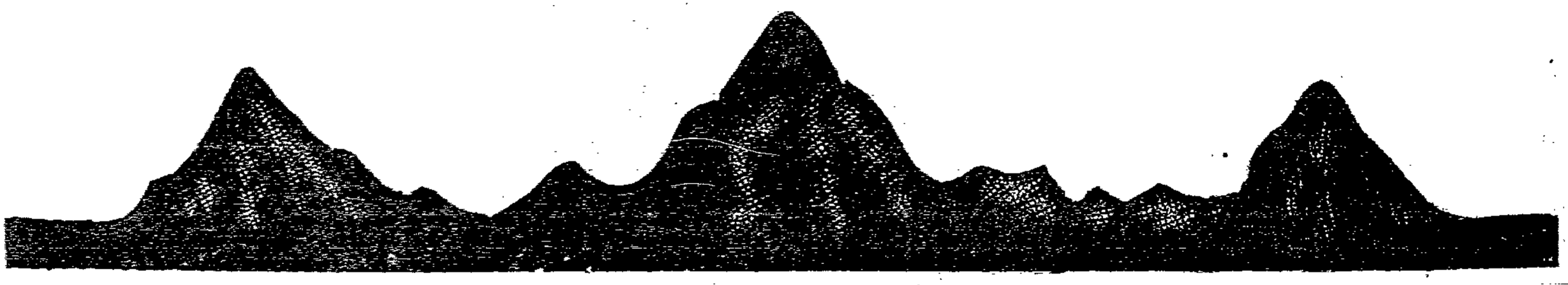
Notgemeinschaft für Bestattungen.

Die Gemeinwirtschaft im Bestattungswesen ist für die Hälfte der Lübecker Einwohner durch die Notgemeinschaft für Bestattungen (Hundestraße 49/51) durchgeführt und wird reichlich in Anspruch genommen. Diese Aufgaben konnten ohne Unterstützung von irgend einer Behörde durch die Opferwilligkeit der Mitglieder erreicht werden. Die Notgemeinschaft gewährt als Unterstützung die gesamten Kosten der Bestattung und Beerdigung einschließlich der Beschaffung eines Grabes. Für den gesamten Haushalt einer Familie wird der geringe Beitrag von 20 Pfg pro Woche erhoben. Einzelpersonen bezahlen pro Woche 15 Pfg Beitrag. Dafür können die Kosten getragen werden für alle Sterbefälle, die sich in der Familie ereignen. Zum Hausstand der Familie werden die Kinder bis zum 18. Lebensjahre gerechnet. Bei anderen Unternehmungen wird durch große Reklame ein Angebot gemacht, welches im ersten Augenblick günstiger erscheint als das, was die Notgemeinschaft bietet. Die Empfehlungsanzeigen sind darauf zu prüfen, für wieviele Personen eine Unterstützung gewährt wird. Dabei wird auffallen, daß eine Familienversicherung nicht erfolgt, sondern für jeden einzelnen Angehörigen in der Familie eine besondere Versicherung abzuschließen ist.

*

Wie schon oben gesagt hat sich der Genossenschaftsgedanke bei der Lübecker Arbeiterschaft gefestigt. Er ist zum notwendigen Bestandteil des sozialen Befreiungskampfes geworden. Im Genossenschaftswesen scheidet alles, auf persönlichen und spekulativen Gewinn Hinzielendes aus. Organisierte Selbhilfe bietet immer noch den besten Schutz gegen privatkapitalistische Halsabschneidereien. Mit Stolz kann die organisierte Arbeiterschaft auf ihre Werke zurückblicken. Voll ausgebaut, sind diese Betriebe Machtmittel von zwingender Größe. Sie zu überlegenen Trutzburgen auszugestalten, ist das Ziel genossenschaftlichen Wirkens. Helft alle mit und es gelingt!

H. B.



In Dr. Unblutigs Sprechstunde.

Gesammelte Aussprüche des berühmten Hühneraugen-Spezialisten.

Hühneraugen gross und klein, beseitigt Kukirol allein!

Professor der Kukirologie,
Dr. Unblutig, stellt sich hier vor.
Ein überall anerkanntes Genie,
Ein Arzt voll Grips und Humor.

In seiner Klinik die Angst Dir vergeht,
Da riechts nicht nach Blut und Karbol;
Er heilt die Hornhaut, seine Spezialität,
Mit Witz und mit Kukirol.

Herr Ober? Sieh da! Wir kennen uns wohl!
Mein Rumpsteak war neulich sehr zäh.
Präpariern Sie den Fuß mit Kukirol,
Ihre Rumpsteaks gleichfalls. Ade!

Meine Herren von der Sipo, geben Sie acht:
Kukirol muß auf Ihre Seh'n.
Wo das Hühnerauge des Gesetzes wacht,
Kann das Auge nämlich nicht seh'n!

Na das wird Zeit, daß da was geschieht,
Sonst waren Sie Pleite im Nu.
Das ist eine Drucksache, wie man sieht,
Und mit Übergewicht dazu.

Hutmacherin sind Sie? Freut mich sehr!
Ich vertreibe das Zeug ohne Schnitt.
Vielleicht garnieren Sie dann hinterher
Einen Florentiner damit.

Was, Reisender? Und sie kamen nicht hier,
Sofort im eiligsten Lauf?
Bei den Hühneraugen geht ja Ihr ganzes
Allein für Gepäckgebühr drauf! [Salär

Ich seh', Herr Betriebsrat, Sie entfernen sich
Vom sozialistischen Manifest . . [sehr
Dies hier ist kein Hühnerauge mehr,
Dies ist schon ein Hornhaut-Trust!

Herr Bankdirektor, ich weiß für Sie
Einen Börsentip. Prima! Jawohl!
Der macht Sie gesund unter Garantie:
Kaufen Sie schnellstens Kukirol.

Mein Fräulein, kaufen Sie Kukirol
Und ein Kukirol-Fußbad dazu.
Der Mann schwärmt für feurige Augen wohl,
Doch niemals für Augen im Schuh.

Ein Laufbursche bist Du? Dann lauf mal
Und kauf Kukirol Dir ein . . [schnell
Man kommt im Leben nicht von der Stell',
Mit Hühneraugen am Bein!

Der Fußball ist, so sagte man mir,
Unserer Wiedererstarkung Symbol.
Trotzdem rat' ich gegen den Fußball hier,
Auf's dringendste Kukirol!

Ihre Hühneraugen sind kolossal,
Frau Raffke, und dabei voll Reiz.
Warum verschiebt denn der Herr Gemahl
Die Knollen nicht nach der Schweiz?

Ein Kassenbote? Na, in der Tat,
Das Geld ist in guter Hand;
Mit Hühneraugen von dem Format
Ist noch nie einer durchgebrannt!

Das ist ja ein ganz abnormer Fall.
Warum werd' ich so spät konsultiert?
Sie dachten wohl, daß auf irgend 'nem Ball
Man mal Hühneraugen prämiert?

Meine Damen und Herren, eins merken Sie
Der Weg durchs Leben ist hart. [wohl:
Doch wer ihn pflastert mit Kukirol,
Dem bleibt das Schlimmste erspart!

Aber auch Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt das weltberühmte, in vielen Millionen Fällen bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster schnell, schmerz- und gefahrlos.

Gegen Fußschweiß, Wundlaufen u. Brennen der Füße

leistet das von zahlreichen Ärzten empfohlene und in vielen Millionen Fällen bewährte *Kukirol-Fussbad* ganz hervorragende Dienste.

Das *Kukirol-Fussbad* reinigt die Füße gut, stärkt Nerven, Muskeln und Sehnen und ist für Alle, die viel gehen und stehen müssen, eine wahre Wohltat. Auch wenn Sie über müde und schmerzhafte Füße zu klagen haben, werden Ihnen einige *Kukirol-Fussbäder* rasch Erleichterung schaffen.

Bei kalten und nassen Füßen,

die vielfach die Ursache schwerer Erkältungskrankheiten, wie Grippe, Rheumatismus, Heiserkeit und ähnlicher Krankheiten sind, verordnen viele Ärzte die *Kukirol-Fussbäder*.

Sollten Sie an kalten und nassen Füßen leiden, oder sonst in irgend einer Weise mit Ihren Füßen unzufrieden sein, dann machen Sie sofort ein Fußbad mit dem für jeden Fußleidenden unentbehrlichen *Kukirol-Fussbad*.

Die Kukirol-Fabrikate sind in allen größeren Apotheken und wirklichen Fach-Drogerien zu haben.

Manche unreellen Geschäfte, denen wir keine Ware liefern, beziehen unsere weltberühmten Fabrikate auf Schleichwegen und benutzen diese stark gekauften Präparate zur Anlockung der Käufer. Sind die Käufer erst einmal im Geschäft, dann versuchen diese unreellen Geschäftsleute den Käufern unter allerlei unwahren Angaben minderwertige Präparate, an denen sie mehr verdienen, aufzureden. Meiden Sie solche unreellen Geschäfte, die nicht die Vorteile ihrer Kundschaft, sondern nur ihre eigenen Vorteile im Auge haben und dabei selbst vor unlauteren Mitteln nicht zurückschrecken. Sie können für Ihr Geld das Beste verlangen und das Beste sind und bleiben die weltbekannten *Kukirol-Fabrikate*.

Verlangen Sie unsere lehrreiche und aufklärende Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden.

Schutz-Marke

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Gross-Salze bei Magdeburg.

Im Dr. Rupinsky's Sportcabinett

Photographie des Schlittschuhläufers Gustav Hasenfratz

Die Photographien sind nach Photographien des Herrn Sportlehrers Hasenfratz in Wien gezeichnet.

Kunstlauf-Turnen Kopf-Kreisen, Grätze-Sprung bei Mondschein

Die Photographien sind nach Photographien des Herrn Sportlehrers Hasenfratz in Wien gezeichnet.

Der Kopf kann nicht so weit zurückgebogen werden, wie es die Photographie zeigt

Die Photographie zeigt, wenn man sie genau betrachtet, daß der Kopf nicht so weit zurückgebogen werden kann, wie es die Photographie zeigt. Es ist eben eine Photographie, die nach einem Gemälde gemacht wurde, das nach einer Photographie gemacht wurde

Lübecker Volksbote

2 Beilage | Dienstag, 1. April 1924 | Nummer 78

Poincares neues Glaubensbekenntnis.

Kühle Aufnahme in der Kammer.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Das politische Glaubensbekenntnis, mit dem sich das neue Ministerium Poincare am Montag der Kammer und dem Senat präsentierte, ist in den Fragen der inneren wie der äußeren Politik sehr oberflächlich. Es sind mehr oder weniger Allgemeinheiten, die darin in einer allerdings ungewöhnlich verbindlichen Form gesagt werden. Jede Festlegung ist mit großer Vorsicht vermieden. Auf dem Gebiete der inneren Politik wird das Hauptgewicht auf die Durchführung der vom Senat in den letzten Wochen verabschiedeten Finanzreform gelegt, die allein dem Lande gesunde Verhältnisse wiederzugeben und die Währung dauernd zu stabilisieren in der Lage sei. Die allgemeine Richtung der Politik der neuen Regierung wird als der Versuch einer Konzentration aller republikanischen Kräfte definiert, aus der die Parteien, „die die Revolution vorbereiten und die Abschaffung des Privateigentums anstreben", ebenso ausgeschlossen bleiben sollen wie die Parteien, „die die Revolution vorbereiten und die republikanische Tradition unterhöhlen und die parlamentarischen Institutionen zu beseitigen trachten". Weder Diktatur des Proletariats, noch Diktatur eines Einzelnen, das ist die vage Formel, in der die innere Politik des zweiten Ministeriums Poincare zusammengefaßt wird. Ganz im Phrasenhaften bleibt die Regierungserklärung bei der Behandlung der außenpolitischen Fragen. Sie beteuert, daß Frankreich niemals imperialistische Absichten verfolgt habe, daß es lediglich durch die Arglist eines böswilligen Schuldners zur Besitzergreifung von Pfändern und die geheimen Rüstungen Deutschlands zur Unterhaltung einer starken Armee gezwungen sei, die der Verteidigung diene. Auf der andern Seite scheut die Regierungserklärung nicht das Bekenntnis zu einem nationalen Egoismus, für den die Formel „Erst Frankreich, dann Europa" geprägt wird. Die Stellungnahme zu den aktuellen Fragen der Reparationen und der Sicherheit ist besonders vorsichtig, unterscheidet sich aber von früheren Erklärungen Poincares dadurch, daß sie geflissentlich jede Schärfe vermeidet und durch die Betonung einer prinzipiellen Verständigungsbereitschaft die Türen für die Zukunft offenhält. Sie unterstreicht zwar erneut, daß die Räumung der Ruhr nur schrittweise und nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolgen könne, gibt aber gleichzeitig doch der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorschläge der Sachverständigen die Möglichkeit einer raschen Liquidation des Reparationsproblems bieten werden und schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung bereit sei, zusammen mit den Alliierten in diesen Vorschlägen die Elemente für eine definitive Lösung zu suchen.

Sowohl in der Kammer wie im Senat fand die neue Regierung eine ungewöhnlich kühle Aufnahme. An der Ovation, die die Freunde Poincares beim Eintritt des Kabinetts zu inszenieren versuchten, sollen sich noch nicht einmal zwei Dutzend Abgeordnete beteiligt haben. Poincare selbst, der sofort nach Beginn der Sitzung die Tribühne bestieg, wurde mit eisigem Schweigen empfangen. Die Verlesung der Regierungserklärung wurde mehrfach durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen. Insbesondere die Anspielung auf den Eintritt mehrerer Politiker der Opposition in das neue Kabinett, die ihre Meinung nicht zu verleugnen brauchten, gab zu minutenlangem Tumult Anlaß.

*

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtber.).

Kommentare zu der Regierungserklärung liegen bisher nur im „Paris Soir" und im „Temps" vor. Das linksradikale Blatt bezeichnet sie als nichtssagend und schablonenhaft. Weder ihr Inhalt noch ihre Form seien irgendwie bemerkenswert. Die Quintessenz sei, daß sowohl im Innern wie nach außen die Poincaresche Politik weitergeführt werden solle. Frankreich verlange den Respekt vor den Verträgen und werde an der Ruhr bleiben, bis es völlige Genugtuung erhalten habe. Die neue Regierung zeige damit, daß sie nach wie vor jeden Versuch einer Verständigung ablehne und die Forderungen des zurückgetretenen Kabinetts in ihrer Gesamtheit aufrechterhalte. Man müsse sich fragen, wie Poincare sich die Beständigung mit den Alliierten denke, wenn er im voraus jede Konzession ablehne. Die Regelung der großen internationalen Probleme, von der die Konsolidierung des Friedens in Europa abhänge, werde damit unmöglich.

Der „Temps" zieht eine Parallele zwischen dem Programm der neuen Regierung und der Rede Stresemanns vom Sonntag. Ihr wesentlicher Unterschied liege darin, daß die Regierungserklärung des Ministeriums Poincare von einem Staatsmanne redigiert sei, der sich über die Parteien erhebe, während Stresemann als Parteimann gesprochen habe, dessen Hauptbestreben zu sein scheine, seine Truppen zusammenzuhalten, um seine eigene Position in der Regierung nicht zu verlieren. Herr Stresemann habe wohl Verständnis für die Notwendigkeiten der außenpolitischen Lage, aber, da er dem rechten Flügel seiner Partei Rechnung tragen müsse, habe er am Sonntag Erklärungen abgegeben, die diesen Notwendigkeiten ins Gesicht schlügen. Er habe diese Entwaffnung Deutschlands als eine Schmach bezeichnet und erklärt, daß er die militärischen Geheimorganisationen nicht bekämpfen werde. Das sei entschieden zu stark. Wenn Deutschland einen neuen Krieg vorbereiten wolle, so müsse das der ganzen Welt in unzweideutiger Weise zur Kenntnis gebracht werden. Jedes Land werde dann sehen, was es zu tun haben werde.

Wiederbeginn des Londoner Verkehrs.

SPD. London, 31. März. (Eig. Drahtb.)

Wie zu erwarten war, ist es den Vertretern der streikenden Straßenbahn- und Omnibusangestellten gelungen, die Mitglieder zur Anerkennung der mit den Unternehmern getroffenen Lohnvereinbarungen zu gewinnen. Am Dienstag morgen wird der Londoner Verkehr wieder sein altgewohntes Bild zeigen.

Das Mementomori für die Senatspolitik!

Bemerkungen zur gestrigen Bürgerschaftssitzung.

Der Strick um den Hals.

D-. L. Lübeck, 1. April.

Die Zeichen trügen nicht; die Senatspolitik der letzten Monate schließt sich im Kreis. Wahrscheinlich wird die Volksentscheidsgemeinschaft zwischen Senat und Bürgerschaftsmehrheit noch ein- oder zweimal krampfhaft vorwärts hupfen, wie ein müdes Känguruh. Dann aber wird sie endgültig am Straßenrand verenden. Nicht mehr vorwärts und nicht mehr rückwärts können.

Es liegt bitterste Tragik in solcher Entwicklung. Aus persönlichen Gefühlsmomenten nahm der Senat den Kampf gegen eine Fraktion auf, die seit der Revolution die tiefste Einsicht für die Notwendigkeiten des Staates aufgebracht hatte. Und stützt sich in diesem Kampf auf eine Einheitsfront, die eine reine Interessenvertretung und eine antiparlamentarische Partei einschließt. Selbstverständlich soll er jetzt mit dieser Einheitsfront auch regieren. Und sitzt nun ganz bös in der Klemme.

Der Drohfinger der „Hausbesitzer", und schon muß die ganze bürgerliche Mehrheit nach der einen Seite fallen; dann der Drohfinger der „Völkischen", und es muß wieder nach der anderen Seite gefallen werden. Linkes Bein hoch, rechtes Bein hoch. Wie lange noch und das Kommando wird lauten: Beide Beine hoch. Nicht leicht wird das ausgerechnet Herrn Rechtsanwalt Ewers fallen, der der originelle Erzeuger dieser Politik ist.

Vielleicht ist der Senat in manchen seiner Köpfe doch schon zu alt, um die parlamentarische Gefahr ermessen zu können, die in dieser Entwicklung begründet liegt. Für den Staat! Wer gestern den ständigen Senatskommissar, Dr Vermehren, sprechen hörte, der kennt die Ursache der absoluten Unfruchtbarkeit und Ideenlosigkeit unserer Senatspolitik. Ohne jede Ahnung vom parlamentarischen Leben, ohne jedes Gefühl für die Erfordernisse der Stunde redet er sein Pensum herunter wie ein nach der Anzahl der Worte bezahlter Reklameredner.

Aber einige Köpfe im Senat sollten doch das dumpfe Mementomori für ihre Politik in der gestrigen Bürgerschaftssitzung gehört haben. Gestern flickte man das Loch in der Hose, indem man den Hausbesitzern einen Extrabraten in den Rachen stopfte. Im nächsten Monat wird die gleiche Frage wieder akut: da werden die Hausbesitzer nicht 33 Proz., sondern 45 Proz. verlangen. Sonst lehnen sie die „Volksentscheidskoalition eben ab.

Die bürgerliche Mehrheit und der Senat ließen sich gestern von den Hausbesitzern einen Strick um den Hals legen. Der Strick wird von Monat zu Monat fester gezogen. Ein Entrinnen gibts da nicht. Denn, daß der Senat mit entschlossenem Mut die Vorlage zurückweist, und das Steuer seiner Politik herumwirft, daran glauben wir nicht. Dazu sind die alten Herren doch zu eigensinnig und zu unpolitisch.

Uns kanns gleich sein. Wir haben Geduld. Wir können ruhig zusehen, wie Hausbesitzer und Völkische die neue Arbeitsgemeinschaft ruckweise erdrosseln werden. Nur gestatte man uns auf eine ganz paradoxe Entwickelung hinzuweisen.

Der Wahlkampf wurde geführt mit der Parole: Entpolitisierung der Bürgerschaft. Besonders von Seiten der Volkspartei. Und wie ist es gekommen? Die neue „Arbeitsgemeinschaft" der Bürgerschaft ist beim besten Willen nicht imstande, nach den allgemeinen Staatserwägungen ihre Arbeit einzurichten. Denn: Für Hausbesitzer gibt es solche allgemeine Erwägungen überhaupt nicht und für die Völkischen ebensowenig.

Würde nicht grauenhafter politischer Dilettantismus und dumpfeste Ignoranz die bürgerlichen Parteien, besonders die „Wirtschaftsgemeinschaft 1924" führen, sie müßten wissen, daß die sogenannten „Unpolitischen" der Schrecken aller Parlamente sind. Siehe Rosenquist!

Nichts rächt sich mehr in der Politik als Dummheit — denkt an das Wort Talleyrands. Und nur noch dadurch sucht der Senat den Folgen seiner ganzen unglaublich dummen Politik zu entgehen, daß er vorläufig überhaupt nichts mehr tut. In der Finanzpolitik ahmt er im Eselstrott das Beispiel Preußens nach. Wie seinen eigenen Abbau schiebt er alles auf die lange Bank. Und hofft wahrscheinlich auf irgend einen Kometen, der diesem irdischen Jammertal ein Ende macht. Wie der Meister Knieriem im „Lumpaci vagabundus„.

Ist das die Politik, die man dem Volke am 6. Januar versprochen? Ein neugebackenes Mitglied der Bürgerschaft hat in bitterer Selbstironie das Motto der neuen Bürgerschaft gezeigt: Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, so ändert sich's Wetter, oder 's bleibt wie's ist.

Das ist das stolze Ergebnis des Volksentscheidssieges der Reinlüge. Die Autohupen haben also am 6. Januar umsonst getutet, und die Sektpropfen haben geknallt pour le roi de Prusse.

Jedenfalls kann man auf die ganze Entwicklung sehr gespannt sein. Das Memento mori für die Politik des Senats hat zum ersten Male geklungen. Es wird lauter und lauter erschallen, bis auch die müden Ohren der Senatsmehrheit etwas davon vernehmen werden.

Vorläufig hat nun die Bevölkerung Lübecks die halbe Friedensmiete zu bezahlen. Der Staat bekommt davon weniger als ein Drittel. Es wird deshalb im Mai eine nochmalige Mieterhöhung nötig sein und voraussichtlich wird die Miete nach wenigen Monaten die Friedenshöhe erreicht haben. Der Arbeiter, Beamte und Angestellte wird dann ein Drittel oder Viertel seines Einkommens allein für die Wohnung opfern müssen. Und die reichen Halunken werden sich nach wie vor um die Steuern herumdrücken.

Der Sprecher der Wirtschaftsgemeinschaft hat ja das Ziel der bürgerlichen Politik verkündet: Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Die Herren haben gut reden, sie sitzen in ihrer Villa und den Pöbel mag der Teufel holen. Wie lange noch wird das lübeckische Volk solchen „Politikern" nachlaufen?

*

Der General-Anzeiger ist nicht glücklich, wenn er dem politischen Gegner nicht einen persönlichen Dreckspritzer anwerfen kann. Das entspricht offenbar den geistigen Bedürfnissen seiner Leserschar mehr als objektive Berichterstattung. Von solcher Berichterstattung hat er längst Abschied genommen.

In dem heutigen Bürgerschaftsbericht spielt Herr Knie mit einem „Wirtshauswitz". Wahrscheinlich hat er den einen oder anderen Sozialdemokraten mal im Wirtshaus gesehen, was weiter nicht verwunderlich ist, da Herr Knie zeitweilig Stammgast im Gewerkschaftshaus war. Nicht, daß wir für Herrn Knie das geringste außerredaktionelle Interesse hätten! Im Gegenteil, es ist uns verständlich, daß man sich doch nicht immer in Weitbureaus aufhalten kann.

Am Sonntag schrieb der General-Anzeiger an der Spitze seines Leitartikels: „Die Ehre eines politischen Gegners um seiner Ueberzeugung willen anzugreifen, ist undeutsch!" Wir haben dieser Selbstkritik des General-Anzeigers nichts hinzuzufügen.

Ludendorff freigesprochen!

Hitler 5 Jahre Festungshaft mit Bewährungsfrist.

München, 1. April. (Drahtber.)

Um 10,15 Uhr verkündete der Vorsitzende das Urteil:

Hitler, Pöhner, Röhm und Kriebel werden wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft und einer Geldstrafe von 200 Mk. verurteilt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Die Angeklagten Röhm, Weber, Mayer und Frick werden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Auch diesen Angeklagten ist die Untersuchungshaft anzurechnen.

Sämtliche Angeklagte tragen die Kosten des Verfahrens.

General Ludendorff wird freigesprochen. Die Kosten seines Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Der Haftbefehl gegen Pöhner wird aufgehoben.

Die Angeklagten Röhm, Frick, Brückner und Wagner erhalten Bewährungsfrist bis 1928. Die Angeklagten Hitler, Kriebel und Weber sollen nach Verbüßung von 6 Monaten ihrer Strafe ebenfalls Bewährungsfrist erhalten.

*

Wir machen unsere Leser ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich nicht um einen Aprilscherz handelt. Also: Eine sehr, sehr feine Sache!

Wir werden auf das Urteil zurückkommen.

Die ausgeflogenen Ordnungshelden.

Angst vor den gerufenen Geistern?

Die Erholungsreise der drei Herren, Kahr, Lossow und Seißer, nach Korfu und anderen Plätzen im Mittelmeer wird in München naturgemäß in allen politischen Kreisen auf das lebhafteste besprochen. Die einen nennen es Flucht vor der Staatsanwaltschaft, die anderen Feigheit vor dem im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im Hitlerprozeß in Aussicht stehenden Dingen und ganz wenige ehemalige Freunde und Helfer aus der Zeit des Generalstaatskommissariats sprechen von der Notwendigkeit einer Erholung, die bedingt sei durch die aufreibende Tätigkeit der drei Herren während der letzten Monate. Ueberall aber, auch in Regierungskreisen, herrscht die einstimmige Auffassung, daß im Interesse der noch übriggebliebenen Staatsautorität der Zeitpunkt dieser Reise als überschlau gewählt erscheint. Daß die drei Herren infolge des gegen sie eingeleiteten Ermittlungsverfahrens vor dem Staatsanwalt oder schließlich auch vor dem Staatsgerichtshof geflohen sind, ist nicht gerade wahrscheinlich, denn kurz vor ihrer Abreise wurden sie nochmals vom Staatsanwalt vernommen und ihr Verhör soweit beendet, daß ihre weitere Anwesenheit nicht mehr notwendig erschien. Daraus ist wohl mit Sicherheit zu schließen, **daß die Staatsanwaltschaft auf Grund ihrer Erhebungen nicht daran denkt, als Kläger gegen die drei Herren aufzutreten,** zumal niemand erfährt, ob das Ermittelungsverfahren unmittelbar vor seinem Abschluß steht. Einen andern Ausgang dieser in der Hauptsache formalen Angelegenheit hat auch niemand erwartet. Ob die drei bayrischen Diktatoren a. D. sich vor den Begleiterscheinungen des Hitlerurteils geflüchtet haben, ist zum mindesten bei den beiden Militärs zweifelhaft; immerhin ist es kein Geheimnis, daß die Hakenkreuzler für Dienstag allerhand vorbereiten. Unter anderm sollen seit einigen Tagen immer neue Trupps von Oberländlern und anderen Organisationen wohl ausgerüstet in München eintreffen. Man spricht von einem riesenhaften Protestzug, der für die Helden der Infanterieschule veranstaltet werden soll. Schließlich ist nicht ausgeschlossen, daß aus diesem Protestzug ein Triumphzug werden könnte. Die Heimkehr Ludendorffs, dessen Freisprechung allgemein erwartet wird, dürfte jedenfalls an die Hüter der Staatsautorität erhebliche Anforderungen stellen. Vorbereitungen zur Abwehr der Machenschaften der Leute, die neue Staatsstreichsporen sich verdienen wollen, sollen in ausreichendem Maße getroffen sein. Am Montag wird die Polizei besondere Anordnungen und Warnungen für das Publikum erlassen. Unter anderm wird es den Zeitungsverlegern verboten, das Urteil durch Anschläge an den Telegrammtafeln bekanntzugeben, um die Bildung von Massenansammlungen nicht zu begünstigen. In eingeweihten Kreisen wird damit gerechnet, daß Kahr und Seißer nach ihrer Erholungsreise nicht mehr in ihre Aemter zurückkehren, sondern freiwillig zurücktreten werden. Kahr wird als Regierungspräsident von Oberbayern durch den im Januar abgebauten Regierungspräsidenten Lortz, und Seißer als Kommandant der bayrischen Landespolizei durch Oberstleutnant Förster, der zu den wirtschaftlichen Sachverständigen des verflossenen Generalstaatskommissariats gehörte, vertreten.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Im Laufe der verflossenen Woche haben die Experten in Paris ihren Bericht an die Reparationskommission im großen und ganzen fertiggestellt. Die französische Presse war in der Lage, näheres über die deutschen Zahlungen, die auf hypothekarische Belastung der Wirtschaft, Ausgabe von Obligationen und einen durch Zölle und Steuern sichergestellten Zinsendienst basieren, mitzuteilen. Ehe der authentische Bericht nicht vorliegt, empfiehlt sich wohl für die Kritik an der Höhe der genannten Zahlen Zurückhaltung, da zum ersten Male ein unparteiisches Gremium auf Grund eingehender Studien in Deutschland seinen Spruch gefällt hat. Bezüglich der Natur der von den Sachverständigen gefundenen Lösung kann jedoch schon heute festgestellt werden, daß sie sich für Deutschland und die Entente auf die bloße Konstruktion eines Verhältnisses von Gläubiger und Schuldner beschränkt, während vielen Leuten hüben und drüben eine Interessengemeinschaft wirtschaftlicher Art vorgeschwebt hat, die dem Gläubiger den Zwang auferlegte, die milchgebende Kuh im eigenen Interesse möglichst zu schonen. Allerdings ist auch heute noch die Möglichkeit gegeben, die Durchführung dieses Gedankens im Rahmen der Sachleistungen zu versuchen, und es gibt auch bei uns Wirtschaftspolitiker, die auf Grund der Berufung des Großindustriellen Loucheur in das neue Kabinett Poincare diesem Gedanken eine Zukunft prophezeien.

Loucheur war bekanntlich der Gegenkontrahent Walter Rathenaus bei Abfassung des Wiesbadener Sachlieferungsvertrages, einst bekrittelt und beschimpft von Leuten, die nach verfehlter Ruhrpolitik die harten Micumverträge schluckten. Es kann heute in Deutschland nichts Schlimmeres passieren, als wenn ein gewisser Kreis von Schwerindustriellen, der sich gegenwärtig mit besonderer Vorliebe auf die scharfmacherische Tradition der alten Nationalliberalen beruft, in der Reparationspolitik wieder einmal Oberwasser bekäme. Wenn die jüngsten Ereignisse in Frankreich mehr als einen Personenwechsel bedeuten, dann sind Naturen wie Vögler usw. nur geeignet, die Atmosphäre der Verständigung abermals zu sabotieren. Eine solche Wendung ist aber schon im Interesse einer Abänderung der Micumverträge, über die gegenwärtig in Düsseldorf verhandelt wird, nur zu bedauern. Die Notwendigkeit der Revision läßt sich nicht leugnen. Der bekannte Bergbaustatistiker Dr. Jüngst hat berechnet, daß in einer Tonne Jahresförderung ein Anlagekapital von 25 Mark steckt. Wenn nun auf einer Tonne nur ein Verlust von 5 Mark liegt, so ergeben sich schon daraus ungeheure Schädigungen für die Substanz des deutschen Bergbaus, abgesehen davon, daß ein Kohlenpreis, dessen Index noch immer 170 gegen 100 im Jahre 1913 beträgt, ein starkes Hemmnis für den Preisdruck bedeutet. Aehnlich liegen auch die Verhältnisse in der Westdeutschen Eisenindustrie, die besonders in den letzten Monaten immer mehr und mehr vom Auslandsmarkt verdrängt worden ist. So werden z. B. von französischen Werken bei ausländischen Submissionen Preise geboten, die den deutschen Werken nicht einmal die Produktionskosten einbringen können. In Finnland ist jüngst ein Schienengeschäft in Höhe von 16 000 Tonnen an französische Werke abgegeben worden, die das an sich schon äußerst billige Angebot des deutschen Werkes noch um 5 Prozent unterboten haben. Ein Auftrag von 2000 Tonnen Stahlschienen für Südchina ging vor kurzem zur Hälfte an amerikanische und zur anderen Hälfte an die belgisch-französische Industrie. Interessant ist dabei, daß angeblich die Belgier und die Franzosen die Amerikaner noch um 10 Prozent unterbieten konnten. In den letzten Wochen sind allein für 50 000 Tonnen Aufträge für Reedereien nach Frankreich verlegt worden, sogar englische Gesellschaften haben wiederholt kleinere Aufträge nach Frankreich vergeben. Es verlautet sogar, daß deutsche Werkzeugmaschinenfabriken von Frankreich Werkzeugmaschinen kaufen, um diese nach Rußland und den Randstaaten weiter zu exportieren. Französisches Roheisen geht seit geraumer Zeit zu außerordentlich billigen Preisen nach England und die irländischen Staatsbahnen haben vor kurzem einen namhaften Schienenauftrag nach Frankreich vergeben, weil die französischen Schienen 25 Schilling unter den englischen Kreisen lagen. Die Stadtverwaltung von Londonderry gab neulich ebenfalls einen Auftrag von 2300 Tonnen Gußeisenröhren nach Frankreich.

Die Beispiele zeigen den ungemein scharfen Wettbewerb, dem die deutsche Schwerindustrie im Auslande ausgesetzt ist. Wenn die Angaben, die von schwerindustrieller Seite stammen, auch nur zum Teil zutreffen, sind sie bezeichnend für die Unmöglichkeit der Micumverträge, die auch auf die Löhne im Ruhrbezirk zurückwirken. Der Lohn des Ruhrbergarbeiters z. B. bewegt sich weit unter der Friedenshöhe, sodaß die vier großen Bergarbeiterverbände eine Verkümmerung der Arbeitskraft befürchten und sich zu der Forderung nach einer 30prozentigen Lohnerhöhung entschlossen, der das Unternehmertum aber ablehnend gegenübersteht. Diese Einstellung darf kein Wunder nehmen, denn die Abneigung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gegen eine normale Lohngestaltung ist ja schon ein Teil des Kampfes um die endgültige Gestaltung der deutschen Produktionsbasis. Reparationslasten, wie sie das Sachverständigengutachten vorsehen, und Lasten der Micumverträge, die eine bestimmte Industrie in einem begrenzten Gebiet ohne staatliche Hilfe auf sich nehmen muß, können nur getragen werden, wenn man die Gestehungskosten erheblich senkt, und diese können nur gesenkt werden auf Kosten des Barlohns und der Kapitalisierung. Das Ziel des deutschen Unternehmertums geht aber dahin, die Aufhäufung von Kapitalmassen auch zur Zeit der Reparationsperiode durch ein möglichst niedriges Lohnniveau zu ermöglichen. Unsere Industrie hat sich, wenn sie diese Tatsache bisher auch immer leugnete, sofort nach Ende der Inflation auf dieses Ziel eingestellt. Sie wird aber selbst nicht verkennen, daß sie durch Lohndumping den Auslandsmarkt nicht wiedererobern kann und schließlich der durchaus notwendigen Kapitalsbildung am wenigsten dient. Die Zement- und Stiftstoffindustrie konnte in den letzten Wochen z. B. auf Grund einer gesunden Preiskalkulation aus dem Auslande bedeutende Aufträge hereinbringen und den Beschäftigungsgrad erheblich steigern. Diese Erfolge zeichnen den richtigen Weg: Deutschland wird den Anschluß an den Weltmarkt nur durch Verbesserung seines Produktionsganges erringen, wie es z. B. nur durch technische Mittel der viel gefürchteten Konkurrenz von Henry Ford, der Automobile für anderthalbtausend Mark bei ein Sechstel Anzahlung und monatlichen Ratenzahlungen von 40—70 Mark anbietet und dem das deutsche Ernährungsministerium eben jetzt die Einfuhr von 500 landwirtschaftlichen Traktoren zugeschanzt hat, gewachsen ist. Dazu gehört jedoch ein anständig bezahlter Arbeiter.

Die letzte Industrietagung hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß für das deutsche Unternehmertum eine wirkliche Notgemeinschaft, die, psychologisch genommen, in Deutschland schon möglich wäre, in Wirklichkeit nicht besteht und daß unsere Industrie bereit ist, in wirtschaftlichen Kämpfen, den regelnden Ausgleich des Staates, den sie nur braucht, wenn es den Profit durch Einfuhrverbote und Schutzzölle zu schützen gibt, mißachtend, ihre Absichten durchzusetzen. Die Inflationszeit mit ihrer Lohnautomatisierung hatte den gewerkschaftlichen Kämpfen ihren Stachel genommen und große erbitterte Kämpfe, wie sie die deutschen Gewerkschaften vor dem Kriege durchführten, sind selten geworden. Hier wird sich die Lage radikal ändern. Der Streit um die deutsche Produktionsbasis wird bald in erbitterten Kämpfen zwischen dem Unternehmertum und den deutschen Arbeitern ausgetragen werden müssen. Die deutsche Arbeiterschaft weiß nun, woran sie ist und hat in den nächsten Wochen für ihre Interessenvertretung im Reichstag und für die Neugestaltung ihrer Bataillone, ihrer Gewerkschaften, Sorge zu tragen, um die kommenden Kämpfe zu bestehen.

Dr. Unblutigs Sprechstunden-Erlebnisse. Unserer heutigen Gesamtauflage (Nr. 78) liegt ein humoristischer Prospekt der Kukirol-Fabrikate bei.

Das prächtige Haar

in duftiger Schönheit, Reinheit und Fülle — wie Sie es sich wünschen — erhalten Sie einzig u. allein durch regelmäßige Kopfwaschungen mit dem millionenfach bewährten, sodafreien

KOMBELLA-SHAMPOON

(27)

Amtlicher Teil

Durch Ausschlußurteil vom 26. März 1924 ist

1) der Hypothekenbrief über das für die Salenhof-Stiftung in Lübeck im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 3027 in Abteilung III unter Nr. 1 eingetragene Darlehn von M. 1500 zu Lasten des Grundstücks Beckergrube 98,
2) Die Hypothekenbriefe über die im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 3207 in Abteilung III unter Nr. 4 und Nr. 5a eingetragenen Hypotheken von M. 16000 bezw. M. 3000 zu Lasten des Grundstücks Steinraderweg Nr. 61,
3) der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1740 in Abteilung III unter Nr. 3a für den Baumeister Karl Heinrich Tillmann in Bremen eingetragene Hypothek von M. 10000 zu Lasten des Grundstücks Königstr. Nr. 121,
4) der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 904 in Abteilung III unter Nr. 5 eingetragene Hypothek von M. 2000 zu Lasten des Grundstücks Höoelnstraße 20,

für kraftlos erklärt. (51

Lübeck, den 27. März 1924.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Am Mittwoch, dem 2. April 1924, vorm. 12 Uhr, wird der Kapitän **Ad. Brinckmann** vom Dampfer **„Helgoland"** wegen seiner Reise von Hangö nach Kolding auf hier im Gerichtshause Zimmer 9, Verklarung ablegen. (65

Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

JOHN **Strammer Sonntagsjunge** angekommen. 1440(9) **H. John** und Frau, geb. Brammer

Nachruf.

Unser Kollege, der Bootsmann

Joh. Pulitz

ist im Alter von 61 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Auf Grund seines hohen Alters fiel er der Brutalität des kapitalistischen Systems zum Opfer. Sein Tod soll uns ein Ansporn sein zum verstärkten Kampf gegen die alte verrottete Gesellschaftsform. Alle Kameraden treffen sich zwecks Teilnahme an der Beerdigung am

Donnerstag, dem 3. April, 12½ Uhr

vor dem Lokal, Gastwirtschaft Palm, Untertrave 47.

Erwerbslosenrat

sämtlicher Seeleute Lübecks.

Thimm.

Küchen- u. Hausmädchen gesucht. (64 **Kolosseum** Kronsforder Allee 25.

Jung. Mädchen 15 J. a. Vorb. f. Stellung als Lehrling für Laden. (49 Ang. unt. C 848 an die Exp. dieses Blattes.

Schraubstock zu kauf gesucht. Ang. mit Preis unter C 847 a. die Exp. dieses Blattes. (32

Wenn noch nicht im Gebrauch, so probieren Sie sofort **Cafetin** den Ersatz für Bohnenkaffee. **Das Beste vom Besten!** 28

Deutscher Eisenbahner-Verbd. Ortsgruppe Lübeck

Am Sonntag verstarb unser Mitglied, der Rangierer

Ernst Wegner.

Ehre (62 seinem Andenken!

Beerdig. am Freitag, 4. April, nachm. 2½ Uhr Vorwerker Friedhof. Die Kollegen sammeln sich um 2 Uhr im Feldkrug.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund. Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Donnerstag dem 27. März starb unser treuer Kollege der Bootsmann

Johs. Pulitz.

Ehre seinem 57) Andenken.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 3. April, nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorw. Friedhof statt. Sammelpunkt der Kollegen daselbst 1½ Uhr.

D. Ortsverwaltung

Nach lang. Leiden schlief a. Sonnt. unsere liebe gut. Mutter Schwester u. Großmutter (39

Luise Boy

geb. Zürner, verw. Faßmann, im 78. Lebensjahre sanft ein.

Tiefbetrauert von d. Hinterbliebenen Lübeck, d. 31. 3. 24. Engelsgrube 31/13. Beerd. Mittw. 10 U. v. d. Burgter-Kap.

1 fast neuer Jünglings-Anzug sehr billig z. verk. 26) Wakenitzmauer 102.

Guter Kinderwagen zu verkaufen. (38 Mittelstr. 18a, ptr.

Alte Mauersteine abzugeben (60 Engelsgrube 31/3.

Bringen Sie Ihre **kranke Uhr** zum billigen Uhrmacher 14291) **Hundestr. 32.**

Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

Mittwoch, den 9. April 1924, abends 7½ Uhr, **im „Gewerkschaftshaus".** Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1923.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen. Genehmigung der Bilanz, sowie Eröffnungsbilanz (Goldmark).
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Neuwahl von 2 Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Abänderung der §§ 25, 36, 37, 44, 45, 48 und 52 des Statuts. (68

Der Vorstand.

Anteilscheine legitimieren!

Die Bilanz sowie die Jahresrechnung liegen vom Mittwoch, dem 2. April bis Mittwoch, dem 9. April 1924 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpferweg 65 aus.

Gemeinnützige Bestattungs-Gesellschaft m. b. H., Lübeck.

Telefon 2451 — Nach Geschäftszeit — Nebenanschluss.

Hundestr. 49/51. — Geschäftszeit 8—6 Uhr: (22)

Uebernahme aller Bestattungen.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Träger der Gesellschaft:

Konsum-Verein für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.
Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H.
Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck e. G. m. b. H.
Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft e. G. m. b. H.
Ortsausschuß des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Notgemeinschaft für Bestattungen E. V. zu Lübeck.

Ia. Jamaica-Rum

(Verschnitt) 38/40 %

Marke „Konkurrenzlos"

¾-Liter-Flasche M **2.00** 1/1-Liter-Flasche M. **2.40**
10 Liter M **22.50.**

Mein Jamaica-Rum-Verschnitt ist hergestellt aus feinstem Weinsprit und bestem purem Jamaica-Rum, daher an Qualität der **„beste"** und trotzdem im Preise der **„billigste".** (55

Grundmann, Schüsselbuden 32

Fertige Anzüge

zu ganz auffallend billigen Preisen.

Prüfen Sie alle Angebote und vergleichen Sie unsere billigen Preise. Beachten Sie unser Schaufenster.

Herr.-Jack.-Anzüge mod. haltb. Stoffe 65, 59, 53, 48, 45, 38, **28⁰⁰**
Blaue Jack.-Anzüge 1- und 2-reihig 72, 63, 58, 52, 49 . **45⁰⁰**
Frühjahrs-Paletot Covercoat, eleg. Ausführung 70, 64, 58, 50 . . . . . **44⁰⁰**
Jünglings-Anzüge . . . . . von **22⁰⁰** an
Knaben-Anzüge . . . . . von **7⁵⁰** an

Konfirmanden-Anzüge in blau und farbig 21, 24, 27, 29 bis **48⁰⁰**

10

Gebr. Vandsburger

Inh.: **Heinr. Wellmann.** **Holstenstr. 10.**

Sonder-Angebot in Lederwaren.

Besuchstasche für jg. Mädchen, echt Leder . . . . . **1.75** Mk.
Besuchstasche für jg. Mädchen, bessere Ausführung **2.50** Mk.
Besuchstasche für jg. Mädchen, sehr elegant . . . **6.25** Mk.
Besuchstasche für Damen, prima Leder . . . . . **7.00** Mk.
Besuchstasche für Damen, sehr elegant . . . . . **9.00** Mk.
Besuchstasche für Dam., pa. Rindlack m. Lederfutter **13.00** Mk.
Kofferlasche für Damen, prima Leder, schwarz Gr. 24 **7.00** Mk. Gr. 26 **8.25** Mk Gr. 28 **8.75** Mk.
Koffertasche für Damen, prima Leder, braun Gr. 26 **8.00** Mk. Gr. 28 **9.75** Mk.
Aktenmappe, prima Leder, braun, Ausnahmepr. . . **8.75** Mk.
Einkaufsbeutel, sehr gutes Autolack . . . . . **5.00** Mk.
Einkaufsbeutel, bestes Rindbox, braun . . . . . **12.00** Mk.
Neuheiten, elegante Formen und Macharten . . . . von **6.00** Mk.
Koffer sowie alle Art Lederwaren zu sehr billigen Preisen.

Max Brennmann,

Spezialgeschäft feiner Lederwaren

Kohlmarkt 17. (54) Telephon 8288.

Auf Kredit
in wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Herren- und Damen-Garderoben.

Schlafzimmer Speisezimmer Küchen.

Kleinmöbel, Sofas, Chaiselongues, Gardinen, Bettinletts.

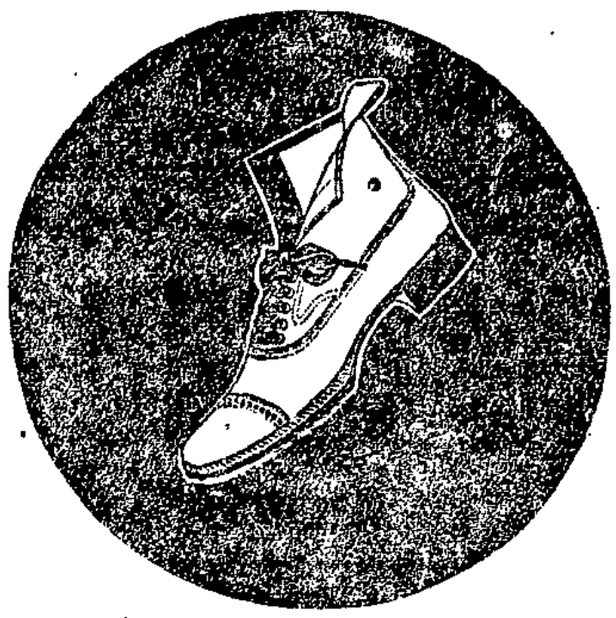
Siegfried Ittmann,
Breite Straße 33, I.

(46)

Größtes
Schuhwarenhaus Lübecks
Kohlmarkt-Ecke und Sandstraße 4
12) **Telephon 552**

*

W. Blumenthal



N G R. L. e. V.

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Nach dem Beschluß von Vorstand und Kontrollausschuß ist

die Karrenzzeit

zum Bezuge der Unterstützung auf

ein halbes Jahr herabgesetzt.

Eine Unterstützung wird gewährt beim Sterbefall der Eheleute und eines Angehörigen in der Familie bis 18 Jahre. Für die Kinder wird ein besonderer Beitrag nicht erhoben.

Bei einem Sterbefall in der Familie kann der Vorstand als Unterstützung

die gesamten Kosten .... der Bestattung und Beerdigung einschließlich der Beschaffung einer Grabstätte ....

gewähren. Nach Eintritt eines Todesfalles ist dies in der Geschäftsstelle der Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft zu melden, es werden dann alle Besorgungen im Interesse der Hinterbliebenen ausgeführt.

Der Vorstand der Notgemeinschaft für Bestattungen konnte das **Sarg-Lager** des Vereins bedeutend vergrößern. Aus den vorhandenen Beständen kann nach dem Belieben der Angehörigen eine Auswahl getroffen werden. Die Särge sind nach verschiedenen Ausführungen auf Grund der bisher geäußerten Wünsche angefertigt, so daß allen Anforderungen entsprochen werden kann.

Neuaufnahmen erfolgen in der Geschäftsstelle, Hundestraße 49/51, bei den Bezirksvorständen und Vertrauensleuten. (14377

Mitglieder, die durch Arbeitslosigkeit oder aus sonstigen Notfällen die Beiträge nicht zahlen konnten, wollen sich wegen Stundung und Regelung bei der Geschäftsstelle melden, damit ein Mahnverfahren vermieden wird.

(21) **Der Vorstand.**

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE

Seifen und Waschmittel

aus unseren eigenen Seifenfabriken
Gröba und Düsseldorf
vereinigen in sich
Preiswürdigkeit und Güte.

Zu beziehen nur durch die Abgabestellen des

Konsumvereins

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Bekannt reelles Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf! (15

Elegante Herrenstiefel 10.50, 12.50, Elegante Damenschuhe 7.45, 9.25 Konfirm.-Stiefel 10.50, 12.50, Touristenstiefel 18.50, **Kinderstiefel** alle Größen, Arbeitsstiefel 8.50, 10.50. Schaftstiefel 16.50 18.—, Ledergamaschen 11.45. Pantoffel in Filz, Leder, Holz etc.

Starke Hosen, feldgrau 7.95. Buckskin- 5.90, Pilot- 5.95 6.80. Manchester-Hosen 12.75. 15.80. eleg. gestr. Hosen 6.95, 8.20. **Breecheshosen** 6.95, 7.90. Anzüge 39.—, 49.— 59.—, u. besser, Paletots 38.— und besser, Ulster, **Konfirmandenanzüge** 27.50. 36.—, 42.—, Knabenanzüge 5.95, 9.90, 18.75, blaue Jacken 3.95, eleg. Gummimäntel 19.50, 23.80. Hüte, Mützen, Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Eleg. Damenmäntel 13.50, 18.50, 22.—. Eleg. Cheviot Kostüme 17.50, 39.—, 45.—. **Konfirmanden-Kleider** 9.50, 11.—, 12.50 **Konfirmandenmäntel** 11.95. 12.50, 14.—, 17.—. Eleg. Kleiderröcke 3.90, 5.75, Blusen 4.75, eleg. Jumper 9.25, eleg. Strickjacken 13.75. 15.—, 17.—. Sportjacken und Kleider für Kinder usw.

Schicke Kleiderstoffe 1.95, Schürzenstoffe 1.—, Leinen 2.—, Piqué 0.95, Inlett 2.95, Streifsatin 2.50, Gardinen 1.— per Meter usw.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Unsere Konfirmanden-Ausrüstung sind weit bekannt!

Schweinehaare
u. alle anderen Sorten
Tierhaare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26.
Holstenstraße 8. (2
Fernsprecher 3414.

Hut-Ziehe

Herren-Hut-Reparaturen jeder Art.
Zylinder-Modernisieren u. Vermieten.
Stroh- und Panamahut-Wäscherei.
Neue Hüte und Mützen besonders preiswert.
31) **Albert Ziehe,** Hutmacher,
nur Wahmstraße 9.

Kinderwagen

von **73** ℳ an.
Promenaden- u. Klappsportwagen
von **56** ℳ an von **18.50** ℳ an.
Auswahl u. Preiswürdigkeit
13183) unerreicht be
Bliesath-Landwehr
Lübeck, Sandstr. 9.

(8)

Deutauschuß Packpapier
(in Bogen und Rollen)
Pappen
Pergamentpapier
ständig am Lager. (24

H. Mecklenburg & Co.

Kamembertkäse
reif, Stück
25 Pfg.
Ia. Pottkäse
pro Pfd 60 Pfg. (48
Hans Wegener, Wahmstr. 10.

Dixin Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Verlangen Sie in allen **einschlägigen Ladengeschäften**. (4

Bohnerwachs „Wabin"

(patentamtl. geschützt)

Sie kennen es schon als geradezu vorzüglich.

Binder & Bartels
Lübeck

Peter, Glockengießerstr. 31
empfiehlt (44)
Herren- u. Arbeiterkleidung.
Stiefeln in allen Preislagen.

Markthalle
Stand 10—11:
Kamembert-Streichkäse
pikant und vorteilhaft
Pfund 60 Pfg.
Kamembert
47) reif
Stück 25 Pfg.
Friedrich Weingärtner.

Schuhwaren

Herrenstiefel	schwarz	v. Mk.	**10.50**	an
dto.	braun	„ „	**15.00**	„
Damenhalbschuhe	schw.	„ „	**6.20**	„
Damenhalbschuhe	braun	„ „	**12.00**	„

Kinderstiefel in schwarz und braun.
Nur gute dauerhafte Ware. (20
F. Lüchs, Hüxstraße 59.

Göricke-Fahrräder
in
erstklassiger Ausführung und solider Preislage
empfiehlt 33
Th. Vedder
Schwartauer Allee 37. Tel. 1884.

H. Krüger
Zimmermeister
Lübeck, Lg. Lohberg 12-14,
empfiehlt sich zur Uebernahme von
Neubauten, Um- und Einbauten
sowie sämtlichen im Fach vorkommenden
Reparaturen. (4

J. H. Bein Markt 10/12 Breite Str. 64/66

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen.
Herren- u. Knaben-Garderoben
Arbeiter- u. Berufskleidung.

Woll-Kleider

Angebot aus meinem großen Sortiment.

9½ Mark
Reinwollene Kammgarn-Kleider mit verschiedenfarbiger Stickerei- und Knopfgarnitur in allen Größen. Die Qualität ist solide im Tragen trotz des billigen Preises.

16½ Mark
Reinwollene Kammgarn-Kleider mit reich. Tressen-Garnitur in geschmackvoller Zusammenstellung und tadelloser Verarbeitung, sehr dankbare Stoffqualität.

19½ Mark
Reinwollene Gabardine-Kleider, fesche jugendliche Form mit Kordonetstickerei, moderne Zeichnungen, in soliden Farbtönen, die Grundfarben nur marine.

28½ Mark
Reinwollene Bengaline-Kleider in jugendlicher Volantform mit lebhafter Tressengarnit., in marine, sandfarbig, blaugrau, braun, elegante Stoffart, sorgfältigst verarbeitet.

Mittags nicht geschlossen.

Dargel

Holstenstraße 16.

Spezialhaus für Kleider, Blusen, Röcke, Wäsche.

18

In unseren Mode-Salons

Ausstellung

der

Frühjahrs-Modelle

Größte Auswahl in Neuheiten
zu billigsten Preisen.

Auf unser großes Lager in Putzartikeln machen wir aufmerksam. ‖ Für Großeinkäufer und Putzmacherinnen Großhandelspreise.

Große führende Spezialhäuser für Damen- und Kinderputz

C. Badendiek

Königstraße 26 **Sandstraße 28.**

Neu aufgenommen: **Damen-Strümpfe.**

(23

Lübecker Volksbote

3 Beilage — Dienstag, 1. April 1924 — Nummer 78

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 1. April.

Das Jubiläum des Volksboten.

Als rüstiger Mann begrüßt heute der „Lübecker Volksbote" den frisch-sonnigen Apriltag. 30 Jahre lang in munterer Lebensarbeit klopfte er an allen Werktagen an die Tür Tausender von Proletarierfamilien. Immer war er ein gerngesehener Gast. Er brachte Rat und Aufmunterung ins Haus, erleichterte die Sorgen und half, wo er konnte, den Unterdrückten zu ihrem Recht. Keine leichte Arbeit. Aber sie war von echtem Lebenswillen getragen, von Zukunftshoffnungen beseelt. Deshalb gingen die Jahre im Fluge dahin. Der stete Sturmwind fegte über sein Haupt und machte es wetterfest. Manchen Angriff hatte der „Volksbote" abzuwehren. Mehr noch aber ging er selbst offensiv vor und zerriß die auf ihn herabfallenden Nebelbilder. Freute sich, wenn die Schatten zerflossen und das Land am anderen Ufer sonnenglänzte. Solch frohes Streiten für die Menschheit hält die Körperkräfte frisch und so kommt es auch, daß der „Lübecker Volksbote" heute an Leib und Seele gesund ist. Das bestärkt ihn zu weiterem Kampf. Er wird ihn mit geschärften Lanzenspitzen gegen hemmende Gewalten weiterführen. Ein Sohn des Volkes will er sein und bleiben!

*

Der „Lübecker Volksbote" wird von gar vielen Lesern noch heute vom ersten Tage seines Erscheinens an gehalten. Von den Parteigenossen natürlich erst recht und täglich gewinnt er neue Freunde. Ein inniger Zusammenhang mit den Parteigenossen hat — wie in den Artikeln der ersten Beilage schon vermerkt — stets bestanden. Wir sind überzeugt, daß dieses Freundschaftsverhältnis auch weiterhin ungetrübt bestehen bleibt.

Die vorbildlichen Arbeitsbedingungen im Betriebe selbst haben dazu beigetragen, daß viele Mitarbeiter 20, 25 und mehr Jahre ihre Kraft der Herstellung des Blattes weihten. Von dem Kontorpersonal standen der Expedient und Kassierer Bernhard Effinger sowie der erste Buchhalter Friedrich Laudorn an der Wiege des „Volksboten". Patendienste verrichteten ferner Maschinenmeister Johannes Körner sowie die Setzer Otto Upahl und Heinrich Meyer. In der Preßkommission wirkte Genosse Asmus Beck schon über 25 Jahre stets opferbereit mit. Manch braver Genosse, der tapfer mitwirkte ist derweil ins Grab gesunken: wir erinnern nur an Theodor Schwartz und Ignaz Kohler. Auch von den Zeitungsausträgerinnen leiht manche dem „Volksboten" seit vielen Jahren ihre Dienste.

*

Leider hat der Verlag des „Lübecker Volksboten" einen empfindlichen Verlust zu beklagen. Der Geschäftsführer Genosse Heinrich Steinberg scheidet mit dem heutigen Tage aus, um die Leitung unseres Frankfurter Bruderblattes zu übernehmen. Firmenträger, Preßkommission, Redaktion wie das ganze Personal sehen den Genossen Steinberg nur ungern von seinem Wirkungskreis scheiden. Seiner Umsicht und seinem Weitblick verdankt der „Lübecker Volksbote" einen großen Teil seines Aufschwungs der letzten Jahre mit. Technisch brachte Genosse Steinberg den Betrieb auf erstklassige Höhe und für die vielen Schmerzen der Redaktion hatte er immer Verständnis. Wir wünschen dem scheidenden Genossen den gleichen Erfolg in seinem neuen Wirkungskreis.

Kartoffelverteilung durch das Wohlfahrtsamt. Das Wohlfahrtsamt hat im Herbst einen beschränkten Vorrat an Kartoffeln eingelagert, die es bei den nächsten Unterstützungszahlungen zunächst an Klein- und Sozialrentner abgeben wird. Jede Familie kann einen Zentner zu 2,50 Mk. erhalten. Der Betrag wird in zwei Raten von der Unterstützung abgezogen. Soweit dann noch ein Rest verfügbar bleibt, wird er bei der nächsten Zusatzrentenzahlung zum gleichen Preis an besonders bedürftige Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene abgegeben werden.

Lichtbilder-Vortrag von Ernst Mühlbach im Johanneum: „Die Welträtsel gelöst? Das astronomische Weltbild nach neuesten Forschungen." — „Wenn ich den Himmel anschaue, den Mond und die Sterne, was ist der Mensch, daß du seiner gedenkst, und der Menschensohn, daß du auf ihn achtest!" — Man sollte meinen, daß nichts besser geeignet sei, uns die Nöte der Zeit vergessen zu lassen, uns über die Kleinheit und Kleinlichkeit unserer Welt zu erheben, als ein liebevolles Versenken in die Sternenwelt, ein Erforschen und Verstehenwollen der letzten großen Fragen. Aber nur wenige waren dem Vortragenden auf der Wanderung am Himmelszelt gefolgt — darunter bemerkenswert zahlreiche Frauen. Wer die weite Reise mitging, war nicht enttäuscht. Herr Mühlbach zeigte in Verfolg lehrreicher Lichtbilder knapp, klar, im guten Sinne volkstümlich und trefflich unterstützt von den äußeren Mitteln der Rednerbezauberung den Aufbau des Weltalls, wie er sich von Kopernikus bis Einstein in den Systemen der großen Denker darstellt. Es ist gewiß nicht leicht, einer zufällig zusammengesetzten Menge, deren Vorkenntnisse man im einzelnen nicht kennt, die zum Teil recht schwierigen Probleme leicht eingehend — „volkstümlich" — zu erläutern; der Vortragende tat das mit sicherer Beherrschung des Stoffes, mit feiner Heraushebung des Wesentlichen und mit offensichtlicher innerer Anteilnahme an seinem Gegenstande, die sich auf die Hörer übertrug und bleibende Anregungen gegeben hat. Daß vieles nur angedeutet, manches vorausgesetzt werden mußte, liegt an der Größe der Aufgabe, die in der weniger zur Verfügung stehenden Zeit nicht viel mehr als einen skizzenhaften Umriß beanspruchen durfte. Jedenfalls konnte auch dem eingeweihten Hörer der Vortrag als lebendige Auffrischung der Kenntnisse sehr willkommen sein. H.

pb. **Der böse Geist.** Vor einiger Zeit kam ein in Marienwohlde wohnhaftes Ehepaar zu einem in der Mittelstraße wohnhaften Kurpfuscher, der das Gewerbe eines Naturheilkundigen ausübt. Die Leute klagten ihm, daß sich ihr Vieh in schlechtem Futterzustand befände und auch dauernd Krankheiten in ihrem Hause herrschten. Das Ganze sei auf Neid und Abgunst von Nachbarn zurückzuführen, von denen sie sich behext glaubten. Der Heilkundige erklärte sich auch bereit, gegen Zahlung einer größeren Geldsumme den bösen Geist aus dem Hause zu bannen. Mit allen möglichen Wunderkräutern versehen, reiste er zu den Hilfesuchenden und begann dort seinen Hokuspokus durch Ausräuchern. Durch die Manupulation fühlte sich eine Nachbarin beleidigt, weswegen sie Klage gegen den Meister der schwarzen Kunst erhob. Dieser ist nunmehr außer Beleidigung wegen Betruges bezw. groben Unfugs zur Anzeige gebracht.

pb. **Reiche Beute.** Aus einem Hause in der Hüxelnstraße sind mittels Einbruches ein größerer Posten Bett- und Leibwäsche, sowie 8 Weckgläser mit Fleisch, ein Eimer mit 15 Pfund Schweineschmalz und 30 Riegel Seife gestohlen. — Aus einer Villa am Burgfeld wurden über 4 Dutzend silberne Löffel, Messer und Gabeln, ein Paletot und ein Kalbsbraten gestohlen.

Im Wettbewerb Kontorhaus-Bahnhofsvorplatz hat das Preisgericht seine Entscheidung getroffen. Der erste und dritte Preis wurde für zwei verschiedene Entwürfe dem Architekten Franz Hormann, Hamburg, der zweite Preis dem Architekten Peuckert, Lübeck, verliehen. Angekauft wurde ein weiterer Entwurf des Architekten Franz Hormann, ein Entwurf der Architekten Runge & Lenschow, Lübeck, und ein dritter Entwurf von Franz Hormann. Die Entwürfe sind in dieser Woche in den Räumen der Overbeckgesellschaft im Schabbelhaus von 10—1 und von 3—6 Uhr ausgestellt.

Gewerbeschularbeit.

Zur Ausstellung der Lehrlingsarbeiten in der Katharinenkirche. / Ueber 400 Aussteller.

In ungewöhnlich großem Ausmaß ist in diesem Jahre eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten in der Katharinenkirche von der Gewerbekammer veranstaltet worden. Die Ausstellung gibt durch eine achttägige Dauer Gelegenheit, sich mit allen Zweigen der Lehrlingsausbildung in Handwerk und Industrie genügend vertraut zu machen. Es haben mehr als 30 Berufe ausgestellt. Für die Berufswahl bietet die Ausstellung die besten Hinweise und Aufklärungen. Von besonderer Bedeutung ist die Ergänzung der Ausstellung von praktischen Arbeiten der Meisterlehre durch die Schularbeiten der Gewerbeschule. Es wird in übersichtlicher und überzeugender Weise durch diesen Zusammenhang gezeigt, wie durch die Erziehungsarbeit erfahrener Fachleute die praktische Werkstattlehre theoretisch ergänzt wird, um den Lehrling zu einem berufsfreudigen und tüchtigen Qualitätsarbeiter heranzubilden. Diese Gewerbeschularbeit geschieht durch reinfachlich aufgezogene Abteilungen für alle Zweige des Handwerks und der Industrie. Es sind gewissermaßen lauter kleine Spezialfachschulen (20 an der Zahl) zu einem einzigen Schulkomplex vereinigt, von denen jede ihren besonderen Lehrplan hat und ihre Spezialisten als Fachlehrer. Die meisten Gruppen haben wöchentlich einen achtstündigen, einige einen sechsstündigen, ganz wenige einen vierstündigen Unterricht. Es ist selbstverständlich, daß sich so wenige Stunden nicht in eine Anzahl von Unterrichtsfächern auflösen lassen. Man hat deshalb im deutschen Berufsschulwesen die Erfassung der sämtlichen notwendigen Unterrichtsstoffe in einer Gruppierung in drei Lehrfächern gefunden, bei denen immer der Beruf selbst im Mittelpunkt steht; in Fachkunde, Wirtschaftskunde, Bürgerkunde. Die Fachkunde (Berufskunde) umfaßt die Technologie, die Naturlehre, die Mathematik, das Fachzeichnen. Die Wirtschaftslehre schließt an die Sachwerterzeugung an und befaßt sich mit Geschäftslehre Kostenberechnungen, Versicherungen, Betriebskunde, Gesundheitslehre und Handwerksgeschichte. Die Bürgerkunde vermittelt die Kenntnis der staatlichen Einrichtungen und Gesetze. Der gesamte Lehrstoff ist immer auf das betreffende Berufsfach eingestellt. Kein allgemeine Unterrichtsübungen kennt die Berufsschule nicht mehr. Diese eigenartige Umwandlung im Gewerbeschulunterrichtswesen ist den älteren Meistern, die vor Zeiten die Gewerbeschule besuchten, zumeist noch unbekannt und erscheint ihnen oft befremdlich. Es liegt aber auf der Hand, daß durch diese straffe Einstellung auf das nur Berufliche Nötige und die unausgesetzte Säuberung von Ballast und Spreu die sparsamste und intensivste Aufwendung der Unterrichtszeit für die Belange der festumrissenen Berufsausbildung erreicht wird. Dazu gehören natürlich tüchtige Spezialfachkräfte, die ihre volle Aufmerksamkeit allen Vorgängen auf ihrem Gebiete zuwenden und ihre ganze Kraft einsetzen für die geistige Durchdringung der Arbeitsvorgänge unter Berücksichtigung aller neuen Fortschritte und Erfahrungen. Solche besitzt die Gewerbeschule für alle Gebiete in dem Stamm der hauptamtlichen Lehrkräfte und in den nebenamtlich herangezogenen Praktikern. In enger Fühlungnahme mit der Gewerbekammer und den gewerblichen Vereinigungen werden die Lehrpläne bearbeitet und von Zeit zu Zeit nachgeprüft. Als Ziel für die Lehrlingsabteilung der Gewerbeschule dient die Gesellenprüfung, deren Erfordernisse im theoretischen Teil von ihr erfüllt werden sollen. Darauf aufbauend gibt dann die Gewerbeschule durch Abendkurse den Gesellen die Gelegenheit, sich für die Erfordernisse der Meisterprüfung vorzubereiten. Den Uneingeweihten sei gesagt, daß mit den Fortschritten im Berufsschulwesen und im Gewerbewesen die Prüfungserfordernisse immer höher geschraubt worden sind — wie es naturgemäß das Ansehen unserer deutschen Leistungsfähigkeit verlangt — und daß es ohne eine sehr gründliche Schulausbildung für beide Prüfungen heute nicht mehr geht.

Die Ausstellung wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung durch eine längere Ansprache von Herrn Direktor Schetelig und Dankesworten des Bürgermeisters Herrn Dr. Neumann eröffnet. Der erste Redner wies u. a. darauf hin, daß die Lübecker Wirtschaft noch in diesem Jahre eine Ausstellung veranstalten werde. Weiter betonte Herr Direktor Schetelig, daß die Bestrebungen der Berufsberatung in diesem Jahre zum ersten Male systematisch durchgeführt worden sind. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit haben erwiesen, daß die mannigfachen Schwierigkeiten erfolgversprechender Berufsberatung nicht allein auf behördlichem Wege, durch noch so gut gemeinte amtliche Einrichtungen, die zwangsläufig schematisch sein müssen, zu meistern sind, sondern vor allem im Wege angebahnter Fühlungnahme zwischen schulentlassener Jugend, Elternschaft, Gewerbe und dessen Berufsvertretung. Diese Fühlungnahme zu fördern soll die Ausstellung nicht zuletzt berufen sein. Es werden zu diesem Zwecke auf Veranlassung der Gewerbekammer Führungen der sämtlichen Schulen während der nächsten 8 Tage durch die Ausstellung stattfinden. Die Ausstellung wird sich in dieser Beziehung als besonders glückliche praktische Berufsberatung auswirken, zumal sie auch die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Berufsberatungen, insbesondere die psychotechnische Eignungsprüfung in ihren Bereich einbezogen hat. Sie wird die Qualitätsleistungen, mit denen der gewerbliche Nachwuchs über sein Können und Streben Rechenschaft ablegt, unmittelbar in den Dienst der Heranziehung und Heranbildung weiterer Generationen für das Gewerbe stellen.

Eine weitere Zweckbestimmung der Ausstellung liegt in der Veranschaulichung der innigen Gemeinschaftsarbeit, wie sie in stets wachsendem Maße sich zwischen Gewerbeschule und Gewerbekammer herausbildet. Theorie und Praxis, Schule und Werkstatt müssen einander ergänzen; diese Erkenntnis hat sich heute auf der ganzen Linie durchgesetzt.

Zur Werftarbeiter-Aussperrung.

Die Unternehmer brüskieren den Reichsarbeitsminister.

Wie das Hamburger Echo" erfährt, ist das **Scheitern der siebzehnstündigen Verhandlungen** in erster Linie auf das **aggressive Verhalten der Unternehmer dem Reichsarbeitsminister gegenüber** zurückzuführen. Nachdem der Minister, als die Verhandlungen schon sehr weit fortgeschritten waren und sich fast ihrem Ende zuneigten, zuletzt eine Besprechung mit den Arbeitgebern gehabt hatte, erklärte er einigen Arbeitnehmervertretern in einem Tone, der über das Verhalten der Unternehmer ihm gegenüber kaum noch einen Zweifel zuließ, **daß jedes weitere Verhandeln mit den Werftbesitzern zwecklos sei. Es sei für ihn ausgeschlossen, mit den Herren Unternehmern über irgendeine Frage nochmals in Beratungen einzutreten.** Diese Aeußerungen lassen darauf schließen, daß die Vertreter der Unternehmer, an deren Spitze Herr Gok stand, bei den Besprechungen dem Reichsarbeitsminister nicht gerade ihre beste Seite gezeigt haben. Sie sind aber weiter ein Beweis dafür, daß **niemand anders als die Werftbesitzer die langwierigen Verhandlungen zum Scheitern gebracht haben.** Dies festzustellen dürfte aus dem Grunde wichtig sein, weil die Unternehmer zweifellos in den nächsten Tagen schon wieder versuchen werden, der Oeffentlichkeit klarzumachen, daß es lediglich an der Arbeiterschaft gelegen hätte, daß dieser Kampf, der für das Wirtschaftsleben von schweren Folgen ist, noch nicht zu Ende führen zu können.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen, Marli. Donnerstag, dem 3. April, abends 8 Uhr, Versammlung in der Schule, Heinrichstr. Vortrag des Genossen Weiß.

Siebentes Sinfonie-Konzert. Zu diesem Konzert ist die Nachfrage nach Eintrittskarten bereits so stark, daß beide Veranstaltungen, Probe wie Aufführung, sicher ausverkauft werden. Wer also die wundervolle 9. Sinfonie hören will, besorge sich sofort seinen Platz.

Stadttheater. Mittwoch: „König Lear". Donnerstag: „Figaros Hochzeit".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Jagd auf Dumme. Das deutliche Zeichen politischen und wirtschaftlichen Niederganges war immer noch das Auftreten neuer Heilsapostel und neuer Organisationen, die sich anpreisen, um das leidende Volk und die bedrängte Arbeitnehmerschaft aus ihrer Not zu erretten. So ist jetzt wieder in Hamburg ein neuer Verband aus der Taufe gehoben. Er nennt sich: **„Gr. Hamburger Arbeitnehmer-Verband"** und ist zurzeit eifrig an der Arbeit, mit einem **„vaterländischen Arbeiterprogramm" Mitglieder zu gewinnen.** Das Programm enthält u. a. folgende für den Geist dieser neuen Organisation bezeichnende Forderungen: **Sicherung der Arbeitsstelle,** ausreichende **Lohnverhältnisse, Gewinnbeteiligung am Werk, Ablehnung aller Unsinns von Sozialisierung und aller internationalen Utopie,** Gleichheit und Freiheit aller Deutschen usw. Dies schöne Programm in die Wirklichkeit umzusetzen, bedarf es der Arbeitermassen, so heißt es weiter: „blöde Schreier und Hetzer mögen im freigewerkschaftlichen Lager bleiben". Nach dieser freundlichen Einladung wird der neue Arbeitnehmerverband wohl noch recht lange auf den erhofften Zulauf von Kämpfern für sein „vaterländisches Programm" warten können. Die „besonnenen, arbeitsfreudigen, und aufbauwilligen, klugen Elemente der Arbeiterschaft", die er nämlich sucht, sind nicht dumm genug, um auf diesen Schwindel hereinzufallen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

König Lear, Trauerspiel von Shakespeare
Gastspiel von Fritz Valk.

Valk kehrte dieser Tage für einige Vorstellungen nach Lübeck zurück, wo er vor zwei Jahren so manchen Triumph gefeiert. Neben der Rolle des Juden Simone in der „Florentinischen Komödie gestaltete er zwei oder drei Mal den Lear.

Gerade am Lear zeigte sich Valk mit seinen Vorzügen und seinen Schwächen in schärfstem Licht. Valk spielt seine Rolle nicht, er spielt mit ihr. Dabei verhelfen ihm das vielgestaltige Repertoir seiner Sprache und der derbschwere Ausdruck seiner Maske zu wahrhaft großartige Virtuosität im Ausschöpfen und in der originellen Gestaltung seiner Charakterbilder. Und eben diese spielerische Virtuosität ist es, die auch Valks Schwäche ist. Allerdings ist diese Virtuosität nicht in einer Weise durch Intellekt geleitet und gebändigt, wie z. B. in Possarts berühmter Kunst. Sie ist deshalb nicht so auffallend und noch frei von dem unangenehmen Beigeschmack fast aller schauspielerischen Virtuosität. Leider war Valk in den ersten drei Aufzügen beinahe unverständlich, was den Gesamteindruck erheblich störte. Ob es auf seine etwas zu große Extase oder auf die schlechte Akustik der offenen Bühne zurückzuführen war?

Vom Mitspiel hob sich Valk ungeheuer ab. Umsomehr, als das Gesamtensemble keineswegs seine besten Leistungen erreichte. Z. B. konnte sich der Lear in diesem Punkt mit der „Wildente" nicht messen.

Valks „Simone" in der florentinischen Komödie zeigte den Künstler bedeutend schärfer als der „Lear". Ein Bild von unerhörter Gestaltungswirksamkeit und Kraft! Vielleicht war Valk selbst auch mit dem Simone bedeutend mehr im Reinen als mit dem Lear. Und gerade der „Simone" zeigte, daß Valk eine ganz große Zukunft haben muß und haben kann. Wenn einige Voraussetzungen vorher erfüllt sind: stärkste Geschlossenheit der Gesamtpersönlichkeit.

180–200 Quartiere gesucht

für Sonnabend auf Sonntag.

Bitte **sofortige** Anmeldung an das Gewerkschaftssekretariat.

Die langersehnten Sonnenstrahlen üben jetzt ihre wohltuende Wirkung aus. Karstadt hat nämlich seine „eigene" Sonne. Ganz ungeachtet der Natur erstrahlt hier die sogen. F.-M.-K.-Sonne, die in den Inseraten so schön zum Ausdruck gebracht ist. Die angenehme Wirkung dieser Strahlen besteht in fabelhaft billigen Preisen für Frühjahrs- und Sommerkleidung. Die Rudolph Karstadt A.-G. ist als größter Kaufhaus-Konzern in der angenehmen Lage, kraft eigener Fabrikationsbetriebe gute Qualitätswaren so billig herzustellen, wie wohl selten andere Fabriken. Daß hieraus den Verbraucherkreisen ungeheure Vorteile entstehen, braucht wohl weiter nicht erwähnt zu werden. Darum alles lauft und kauft in der F.-M. bei Karstadt.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 31. März.

Allgemeine Mitteilungen.

Bruns (Soz.) berichtet über die Beratung des Eingabenausschusses über die Hundesteuer. Das Gesetz enthalte große Härten. Der Eingabenausschuß empfehle daher, dem Polizeiamt von den Milderungen ausgiebig Gebrauch zu machen. — Als Mitglied der Oberschulbehörde wird Hermann Wandke (Dem.) wiedergewählt. — Unter anderen Mitteilungen erklärt der Senat, daß die neue Beamtenbesoldungsverordnung für den lübischen Staat 1 200 000 Mk. erfordert. — Auf eine Anfrage von Haut (Soz.) in der vorigen Sitzung wird erwidert: abgebaute Beamte sollen, falls sie zu siedeln wünschen, nach den Vorschriften der Beamtensiedlungsverordnung des Reiches behandelt werden. — Senator Dr. Vermehren wendet sich gegen Ausführungen, die das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Windisch in der letzten Sitzung zum Beamtenabbau beim Gericht gemacht hat.

Erwerbslose. / Notstandsarbeiten. / Tariflöhne.

Nachtrag zum Straßenbaugesetz.

Ein dringlicher Antrag Dreyer und Genossen fordert vom Senat, er möge dafür sorgen, daß den Hochofenwerksarbeitern die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. — Die Dringlichkeit des Antrages wird mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt. (Dafür stimmten von der Rechten nur Schlüter und Krakow (deutschvölkisch) und Hartz (Hausbes.)

*

Meerretig (Soz.) kommt auf Mißstände bei den Notstandsarbeiten zu sprechen, und erwähnt auch die von Ad. Löwigt erhobene und von der Bürgerschaft angenommene Forderung, die Ausführung des Mariensteges nur zu Tariflöhnen vorzunehmen. Senat wie Arbeitsbehörde hätten es abgelehnt, dem Ersuchen der Bürgerschaft nachzukommen. Der Redner stellt fest, daß tatsächlich in den städtischen Betrieben viele Arbeiten als Notstands- resp. Pflichtarbeiten verrichtet werden, die nicht unter diesen Begriff fallen. So seien z. B. bei der Neupflasterung der Ratzeburger Allee die gesamten Erdarbeiten als Pflichtarbeiten ausgeführt worden. Die ständige **Staatsarbeiterschaft sei beinahe in sämtlichen Betrieben bis zur Hälfte des Vorkriegsstandards verringert worden.** So beschäftige die Stadtgärtnerei nur noch 53 Arbeiter gegen 96—100 früher, bei der Straßenbahn seien noch 62 gegen 85 beschäftigt, obwohl diese Arbeit stets von Staatsarbeitern ausgeführt worden sei. Auch zum Laubharken wurden Pflichtarbeiter verwandt. Das gleiche sei bei den Sielbauarbeiten der Fall, die durch den Bau der Brücke in der Luisenstraße notwendig wurden. Für alle derartigen Arbeiten müsse Tariflohn bezahlt werden. Der Redner wendet sich ferner gegen die in Aussicht genommene Verwendung von Pflichtarbeitern zur Erweiterung des Verwerker Friedhofes und fordert die Herrichtung eines Nichtschwimmerbeckens in der Badeanstalt Krähenteich zu Tariflöhnen.

Senator Dr. Stooß sagt, Senat und Arbeitsamt seien darüber klar, daß für unaufschiebbare Arbeiten der Tariflohn bezahlt werden müsse. Bei den vom Vorredner angezogenen Arbeiten aber handle es sich um solche, die auch ein oder zwei Jahre hinausgeschoben werden könnten. Wenn sich in einzelnen städtischen Betrieben die Arbeiterzahl verringert habe, so sei das auf die Tätigkeit des Vereinfachungsausschusses zurückzuführen. — Dr. Geister (Hausbes.) will den gemeinen Wert der Grundstücke 50 Prozent niedriger als 1914 errechnet wissen. Die tatsächlichen Wertverhältnisse der Grundstücke hätten sich gewaltig verringert. Nur einzelne Grundstücke seien zu hohen Preisen verkauft worden. Heute seien die Grundstücke um ein Achtel bis ein Zehntel des früheren Preises zu haben. — Senator Dr. Vermehren empfiehlt statt der vom Vorredner empfohlenen Abrundung, den Antrag einem Ausschuß zu überweisen. — Roß (Komm.) erklärt, die Kommunisten seien damit einverstanden, daß die Erwerbslosen zur Arbeit gezwungen würden, aber der Staat müsse ihnen so viel Lohn dafür bezahlen, daß sie auch leben können. Heute nutze der Staat die Notlage der Erwerbslosen aus und mache sich dadurch eines Verbrechens schuldig. — Senator Dr. Vermehren sieht in den Ausführungen des Vorredners schwere aber unberechtigte Vorwürfe gegen den Staat. Die heutigen Zustände seien eine Folge des Versailler Vertrages. Uebrigens erhielten die Pflichtarbeiter ja eine höhere Vergütung. — Dr. Neumark (Dem.) fordert bessere Verkehrsverbindung mit dem Industrieviertel. Eine Schnellbahn vom Bahnhof nach Herrenwyk sei notwendig. Die Strecke könnte dann in 30 Minuten durchfahren werden und die Arbeiter dadurch eine Stunde Zeit gewinnen.

Meerretig (Soz.) betont, daß auch Herr Senator Dr. Stooß die Sachlage nicht aus eigener Anschauung kenne. Die Erwerbslosen seien zur Pflichtarbeit verurteilt nicht durch die Richtlinien des Reiches, sondern durch das Vorgehen des Senates. Uebrigens werde der **größte Teil der Erwerbslosenunterstützung von der Arbeiterschaft selbst aufgebracht.** Verschiedene Städte und Länder kümmerten sich nicht um die Richtlinien des Reiches, sogar Mecklenburg bisher nicht. Die Instandsetzung von Straßen sei ebenso notwendig wie die vom Senat als nichtteilig bezeichneten Arbeiten. — Der Redner stellt den Antrag, **für Staatsarbeiten den Tariflohn zu bezahlen.**

Scheetelig (Wirtschg.) stellt den Antrag, die Veranlagung von gärtnerischen und landwirtschaftlichen Grundstücken nicht nach dem gemeinen Wert vorzunehmen, sondern mit 4 vom Tausend des vom Katasteramt festgestellten Ertragswertes. — Dr. Wittern (Deutschv.) beantragt, als Notstandsarbeiten nur Arbeiten zu behandeln, die von Senat und Bürgerschaft als solche beschlossen sind. — Rosenquist (Wirtschg.) verteidigt die Maßnahmen der Baubehörde in Sachen der Notstandsarbeiten. — Mundt (Komm.) bestreitet, daß die Pflichtarbeiter den ihnen zukommenden Zuschlag erhalten. Dr. Neumark habe mit seinem Antrag nur Winkelzüge machen wollen. Man wolle jetzt als Pflichtarbeiten Chausseearbeiten bis nach Ruße vornehmen lassen. Der Redner wendet sich direkt an Dr. Wittern, von dem er einen solchen Antrag nicht erwartet hatte. (Zuruf Haut: Gleiche Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande!)

Dreyer (Soz.): Der Verwaltungsausschuß im öffentlichen Arbeitsnachweis wird sich mit den in der Debatte erhobenen Vorwürfen beschäftigen. Trotz Vereinbarung sind wir in der letzten Zeit über die vorgenommenen und vorzunehmenden Notstandsarbeiten nicht unterrichtet worden. Die von Mundt erhobenen Vorwürfe werden geprüft. Es hat sich bisher herausgestellt, daß es sich nur um Zuträgereien handelt, die für die kommunistische Agitation aufgebauscht sind und die nicht im Interesse der Erwerbslosen liegen. Dr. Witterns Antrag ist technisch nicht durchzuführen. Vom Verwaltungsausschuß wurde beschlossen, daß der Arbeitszeitbeginn und -schluß außerhalb des inneren Wegebezirks von der Weggrenze an beginnt. Dieser Beschluß entspricht den tariflichen Bestimmungen des Baugewerksbundes und hat die Billigung aller gefunden. Wenn die Kommunisten Beschwerden haben, mögen sie diese dem Verwaltungsausschuß unterbreiten, das nützt mehr als hundertfaches reden.

Die Vorlage wird mit dem Zusatz von Scheetelig dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Konsumvereine sollen besteuert werden.

Zahlung der Gewerbesteuer. Vorkamp (Wirtschg.) stellt umfangreiche Abänderungsanträge, die hauptsächlich auch den Konsumverein in den Kreis der gewerbesteuerpflichtigen einbeziehen wollen. Der Redner fordert ferner Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. — Senator Dr. Vermehren erkennt die Anregungen des Vorredners als beachtlich an.

Haut (Soz.) fragt, ob Herr Vorkamp als Beauftragter der Wirtschaftsgemeinschaft handle. Er ist mit der Ueberweisung der Abänderungsanträge an den Haushaltsausschuß einverstanden, fordert aber Annahme der Vorlage, damit der Staat die notwendigen Gelder für April erhält.

Ewers (Wirtschg.) wünscht eine einigermaßen gerechte Einschätzung der Steuerpflichtigen. Man sollte mit den Vorauszahlungen bei allen Steuerpflichtigen beginnen. Seine Fraktion könne die Vorlage heute nicht annehmen. Man dürfe heute keine flüchtigen Gesetze mehr machen, die die Rechtssicherheit auf den Kopf stellten und unmoralisch gewesen seien, wie es in der Inflationszeit vorgekommen sei. — Der Senatsantrag wird mit den Stimmen der Rechtsparteien dem Haushaltsausschuß überwiesen. Ebenso das Ersuchen Vorkamps.

Notetat.

Ein eingeschobener Senatsantrag betrifft den Notetat für den Haushaltsplan 1924. Dadurch sollen die Behörden ermächtigt werden, die gesetzlichen und tariflichen Löhne und Gehälter für einen Monat weiter zu bezahlen sowie die Finanzbehörde ermächtigt werden, den Behörden zur Fortführung der Geschäfte die Mittel zur Verfügung zu stellen. — Der Antrag wird angenommen.

Die Steuer der armen Leute.

Vorläufiger Bericht des Haushaltsausschusses zum Entwurf des Grundsteuergesetzes. Der Haushaltsausschuß, der die Beratung des Grundsteuergesetzes noch nicht hat zu Ende führen können, empfiehlt zunächst für den April ds. Js., der Senatsvorlage entsprechend, einen Steuersatz von 13 v. T. zu bewilligen, von dem 3,5 v. T. auf die allgemeine Grundsteuer und 9,5 v. T. auf die Aufwertungssteuer entfallen. Der Ausschuß ist in seiner Mehrheit der Auffassung, daß die Steuer — vorbehältlich der Ausgestaltung des Gesetzes in mehreren Einzelfragen insbesondere zum Ausgleich sozialer Härten — jedenfalls in diesem Umfange für das ganze Rechnungsjahr 1924 erhoben werden muß. — Schlosser (Hausbes.) ist der Steuersatz zu hoch. Er beantragt die obigen Sätze in 10 resp. 6½ vom Tausend abzuändern. Eine monatliche Zahlung der Grundsteuer müsse man zulassen. Der Redner bedauert, daß nicht mehr für den Wohnungsbau geschehen könne. Dieser werde erst wieder nach der **Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft** vor sich gehen können. Der Grund der Unerträglichkeit im Wohnungswesen sei überschritten. Dem Vermieter müsse für die Einziehung der Steuer eine Risikoprämie gewährt werden. Die ganze unglückliche Mietsregelung habe die Hausreparaturen unterbunden. — Ewers (Wirtschg.) tritt ebenfalls für das **freie Spiel der Kräfte im Wohnungswesen** ein. Man müsse nach und nach die Mieten auf den Vorkriegsstand bringen. Dann höre auch die Wohnungsnot auf! — Senator Dr. Kallbrenner bezeichnet den finanziellen Ausfall des Staates durch Annahme des Antrages von Schlosser als viel zu hoch.

Anklagen der Sozialdemokratie.

Dr. Leber (Soz.) Die sozialdemokratische Fraktion ist mit der geplanten Steuer- und Finanzpolitik des Reiches, wie sie in den letzten Jahren geführt wurde und wie sie heute noch geführt wird, nicht einverstanden. Die gegenwärtige Vorlage ist die verderbliche Folge dieser Politik. Wir lehnen sie deshalb ab. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Finanzpolitik zur Katastrophe führen mußte. Oft genug haben wir von dieser Stelle aus gewarnt. Welches war der Erfolg? Ich brauche wohl nicht an die Bemühungen der bürgerlichen Fraktionen dieses Hauses zu erinnern, alle ernsthaften Steuerreformen zu unterdrücken. Ihre Haltung bei der Ausgestaltung der Gewerbesteuer ist unvergessen. Ebenso unvergessen bleibt die berühmte Stellungnahme der einen Fraktion, die sich öffentlich damit brüstete, daß sie dem Staat die notwendige Steuer verweigert habe. Als dann der allgemeine Finanzzusammenbruch kam — als wir die bürgerliche Fraktion auf die sichtbaren Folgen ihrer Politik aufmerksam machten — Ausreden hörten wir, Ausreden, immer Ausreden. Mit verhältnismäßig erheblichem Schwung verkündete als Sprecher der Volkspartei Herr Ewers, immer uns das eine Lied: Die sozialdemokratische Partei hat keine Ahnung, Dr. Leber ist unbelehrbar; niemand konnte gegen die Macht der Verhältnisse, der Inflation usw. angehen. Vielleicht ist es ganz gut, wenn ich Ihnen einmal eine Stelle aus einer Reichstagsrede vorlese. Woraus hervorgeht, daß ich und meine Fraktion in der Auffassung von der verderblichen und verbrecherischen Finanzpolitik der letzten zwei Jahre und der Gegenwart nicht allein stehen. Der betreffende Sprecher sprach über die juristischen Voraussetzungen der dritten Steuernotverordnung und fuhr dann fort:

Diese Steuernotverordnung sei eine einseitige Begünstigung des Großkapitals, sie widerspräche den Grundsätzen von Treu und Glauben. Die dritte Steuernotverordnung sieht so aus, als sei sie nicht im deutschen Finanzministerium, sondern im Direktionsbureau der AEG. oder eines anderen großindustriellen Unternehmens entstanden. (In Lübeck wurde man das Hochofenwerk sagen.) **Das Reichsfinanzministerium hat in allen lebenswichtigen Fragen versagt. Es hat mit verschränkten Armen zugesehen, daß über 90 Prozent aller Steuern vom Lohn der Arbeiter und Angestellten aufgebracht wurden, während die reichsten Fabrikanten so gut wie keine Steuern zahlten.** (Sehr wahr! links.) **Das Reichsfinanzministerium hat nicht nur den Weltkrieg, sondern auch den Ruhrkrieg durch die Inflation finanziert, mit der den kleinen Sparern das Letzte genommen wurde, während das Großkapital sich an weiteren Inflationsgewinnen bereicherte.**

Die notwendigen Mittel können viel besser aufgebracht werden durch eine energische Besteuerung der Inflationsgewinne, durch eine Vervielfachung der Rhein- und Ruhrabgabe und Brotabgabe oder durch Zuschläge zur Einkommensteuer. Der Reichstag darf sich nicht selbst entmannen. Wir rechnen darauf, daß die Anträge meiner Freunde und die sozialdemokratischen Anträge, die sich gegen die Steuernotverordnung richten, im Rechtsausschuß beraten werden.

Was meinen Sie wohl Herr Ewers, wer diese Ausführungen im Reichstag gemacht hat?? Sollte es nicht ein Sprecher Ihrer Partei gewesen sein? Wie? Vielleicht Herr Dr. Düringer? Ich kann mich diesen offenen und ehrlichen Ausführungen eines Politikers, der für gewöhnlich in ehrlicher Feindschaft gegen uns steht, freudig anschließen. Sie ersparen mir einen erheblichen Teil meiner Ausführungen. Sie treffen in der Tat den Nagel auf dem Kopf. Allerdings — die bürgerlichen Parteien ziehen aus dieser Erkenntnis nicht die nötigen Konsequenzen. Denn sonst — müßten sie ja bezahlen. Und das lassen sich ihre Industriekapitäne und Oberdrahtzieher nicht gefallen. Wir aber können, wie schon gesagt, der Ungerechtigkeit und der Ungleichheit der Steuerpolitik, die durch die dritte Steuernotverordnung eingeleitet ist, unsere Zustimmung nicht geben.

Die Mietzinssteuer ist es, die jetzt die ganze Finanzkalamität beseitigen soll. Wie diese Steuer sich auswirkt, habe ich Ihnen bei der 1. Beratung dieser Vorlage ausgeführt. Sie ist eine Belastung der Unbemittelten. Je weniger einer verdient, einen umso größeren Prozentsatz seines Einkommens verschlingt die Mietzinssteuer. Außerdem belastet diese Steuer gerade die kleinen Hausbesitzer, die neben den wirtschaftlich schwachen Mietern die Hauptlast zu tragen haben. Ich brauche ihnen das nicht besonders vorzurechnen, wenn die Steuerzettel ins Haus flattern, werden gerade den kleinen Hausbesitzern die Augen bös geöffnet werden. Im Effekt: die große Volksbelastung infolge der Mietsteuer legt sich auf die Schultern der Arbeiter, Beamten, Angestellten, den Kreisen mit kleinem Einkommen, gleichgültig, ob sie Mieter oder Hausbesitzer sind. Wir sprechen es vor der Oeffentlichkeit immer wieder aus: Eine solche Steuerpolitik ist ungerecht, wir machen sie nicht mit. Und wir werden nicht aufhören, die Lübecker Bevölkerung daraufhinzuweisen, wem sie am 6. Januar und am 10. Februar einen Gefallen getan hat. Wir werden immer wieder die Frage aufwerfen: Was hat man Euch versprochen, und was hält man? Die Nein-Parteien haben, ohne Ausnahme, eine Einheitsfront gebildet zum Schutz der Reichen und zur vollständigen Ausplünderung der Armen.

Selbstverständlich wissen wir auch, daß der Staat für seine notwendigen Bedürfnisse ein Mittel haben muß. Aber er soll sie mit steuerlicher Gerechtigkeit erheben. Möge er noch einen Zuschlag zu der Steuer auf die höheren Einkommen erheben. Das ist immer noch ein besserer Ausweg als die unsinnige Mietsteuer.

Einer Belastung der Grundstücke können wir nur zustimmen im Interesse der Wohnungen selbst. Zur Förderung des Wohnungsbaus! Eine Belastung der Wohnungen zur Bestreitung allgemeiner Staatszwecke halten wir für gefährlich und untragbar. Immerhin wären wir bereit, im Hinblick auf unsere trostlose Finanzlage eine Grundsteuer zu bewilligen in Höhe von ungefähr 4—5 % der Friedensmiete d. h. bis zur Höhe der Friedensbelastung. Wir könnten uns zu diesem Schritt nur deshalb entschließen, weil die Grundsteuer neben der Gewerbesteuer beinahe als einzige Steuer vom Reich uns zur Verfügung steht.

Weiter käme für uns — wie oben ausgeführt — eine Belastung der Wohnung nur zu Bauzwecken in Frage. Zu diesem Zwecke sind wir bereit, einer Steuer von etwa 8—10 Prozent der Friedensmiete zu bewilligen. Den Hausbesitzern soll ungefähr das verbleiben, was sie im März bekommen haben. So käme eine Miete heraus in Höhe von 40 % der Friedensmiete. Ueber diesen Satz können wir unter keinen Umständen hinausgehen. Die heutigen Löhne und Gehälter sind derartig erbärmlich, daß schon eine 40 %tige Miete unerträglich ist. Wollen Sie darüber hinausgehen, wir können Sie und den Senat nicht daran hindern, die Lübecker Bevölkerung liegt nun so, wie sie sich gebettet hat. Sie muß die Folgen ihrer Abstimmungen eben auskosten. Aber — das Erwachen wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Nicht mehr lange, davon seien Sie überzeugt!

Ewers wendet sich mit persönlichen Unterstellungen gegen Dr. Leber. Die Wirtschaftsgemeinschaft werde rücksichtslos ihren Weg weitergehen. — Senator Dr. Vermehren ist der Meinung, daß die Einwände Dr. Lebers durch ständige Wiederholung nicht besser begründet würden. Lübecks Bevölkerung könne die Steuer gut tragen wie sie andernorts getragen werde. Herr Dr. Leber könnte ja als Reichsfinanzminister die rechten Steuern machen.

Dr. Leber (Soz.) verwahrt sich gegen den arroganten Ton des Senats und wirft ihm vor, daß er sich jetzt hinter die Finanzpolitik des Reiches verkriche. Senator Dr. Vermehren habe des öfteren mehr als notwendig gesprochen. Mit Mätzchen würden Weltanschauungsgegensätze nicht aus der Welt geschafft. Der Senat soll die Grundsätze seiner Politik vortragen und einmal selbst in den Spiegel schauen. (Ewers: Unverschämt! — Gegenrufe links.) Da Herr Rechtsanwalt Ewers nichts zu erwidern wußte, behauptet er jetzt, es sei gar kein Miets-, sondern eine Grundsteuer. Diese würde allerdings auf die Mieter umgelegt. Mir scheint, daß die Arbeiter und Beamten die Steuer sowieso bezahlen müssen. Der Senat muß heute die Folgerungen aus der parlamentarischen Lage ziehen und sagen, das ist wichtiger als dumme Mätzchen hersagen.

*

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird abgelehnt. — Die Hausbesitzer stimmen dagegen. Angenommen wird der Abänderungsantrag Schlosser (Hausbes.) von den gesamten Rechtsparteien mit einfacher Mehrheit.

Angenommen werden ferner die Anträge Meerretig (Soz.) Tariflöhne für Notstandsarbeiten — Dr. Wittern (Deutschv.) betr. Anerkennung der Notstandsarbeiten durch Senat und Bürgerschaft — Dr. Neumark (Dem.) Schnellbahnverbindung nach Küdnitz-Herrenwyk. — Die Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftsversammlung.

*

Dem Ausschuß für Kunst und Wissenschaft überwiesen wird der Antrag betr. Aenderung des Gesetzes vom 19. Dezember 1921 über den Denkmal- und Naturschutz.

Ferner werden folgende Anträge angenommen: 2. Aenderung des § 71 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 4. Nachtrag zur Wegeordnung. 5. Ueberlassung von Staatseigentum an die Gemeinde Riendorf. 6. Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege betreffend die Alters- und Invalidenunterstützung der Hebammen wird auf Antrag Passarge (Soz.) genehmigt.

Angenommen wird in 2. Lesung der Antrag des Aeltestenausschusses, den § 21 der Geschäftsordnung wie folgt abzuändern: Jedes Mitglied spricht von der Rednerbühne aus; nur Ausführungen zur Geschäftsordnung und persönliche Bemerkungen dürfen vom Platze aus gemacht werden, sowie der Antrag Klann und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baubehörde anzuweisen, daß der Fußsteig Krempelsdorfer Allee von der Friedhofsallee bis zum Landgraben ausgebessert werde.

Schluß 9.15 Uhr.

Kaufe nicht wahllos

scheinbar billige Ersatzmittel! Nicht der Preis für das Paket, sondern der Preis des fertigen Kaffees ist maßgebend!

Quieta ist im Gebrauch billiger als andere Fabrikate und dabei von feinem Bohnenkaffee kaum zu unterscheiden!

Kaufe Quieta!

T1)

Grösste Auswahl — billigste Preise

in (14)

Garnierten Damen- und Kinderhüten

bietet stets

D. Wagner,

Holstenstrasse 8.

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

36) Reichhaltigste Auswahl aller Saison-Neuheiten.

Unsere Preise sind bekannt billig.

Frühjahrs-Mäntel in Donegal und Covercoat	12⁷⁵	16⁷⁵	19⁵⁰
Jacken-Kostüme aus reinwoll. Kammgarn- u. Donegal-Stoffen	19⁵⁰	26⁵⁰	33⁰⁰
Taillen-Kleider aus reinwollenen Stoffen	12⁷⁵	16⁵⁰	19⁵⁰
Blusen in hellen und dunklen Waschstoffen	2⁹⁵	4⁵⁰	6⁹⁰
Gummi-Mäntel in bester Gummierung	24.-	30.-	33.-

Spirituosen Weine u. Liköre

(45)

empfiehlt

in anerkannt guter Qualität zu billigsten Tagespreisen.

J. Höppner

Groß-Destillation.

Beckergrube 66. **Fernruf 2247.**

Zentral-Theater

Fernruf 1359 u. 8956. Johannisstraße 25.

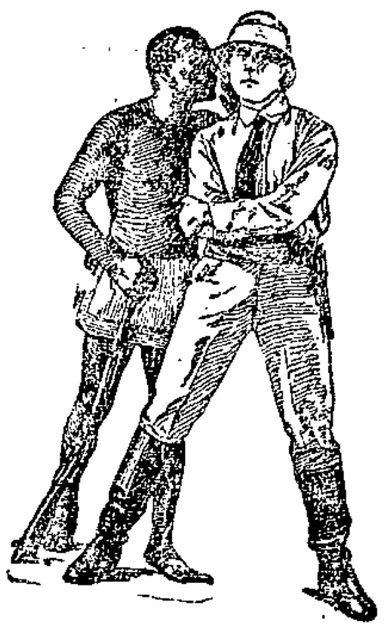
Ab Dienstag, 1. April:

3 große amerikanische Filme.

Mit Stanley im dunkelsten Afrika.

Großer sensationeller Aberteurerfilm aus der Zeit des schmählichen Sklavenhandels. Erste Episode in 6 Akten (Sklavenhandel).

Stanley ist 1841 geboren, war der berühmteste Afrikaforscher, jung, sehnig, gewandt, kaltblütig, mutig, Reiter, Schwimmer, Jäger, Fallensteller, war Berichterstatter der „New York Herald" im Feldzug der Engländer gegen Abessinien. Reiste 71/72 im Auftrage Gordon Bennetts nach Afrika zur Auffindung **Livingstonés,** den er auch tatsächlich in Udjidji antraf. War später im Auftrage des Königs von Belgien am Kongo tätig, entdeckte den Leopoldsee. Unternahm eine Expedition zum Entsatze **Emin Paschas,** die vollkommen gelang. Die Abenteuer, Gefahren und Kämpfe in dem damals noch unerforschten Afrika mit Tieren und Wilden, werden in diesem Film in einer überaus packenden Art veranschaulicht. Es ist einer, wenn nicht der beste Afrikafilm, mit reichen Sensationen. **Großer Umfang! Große Unterhaltung! Großer Erfolg!** in allen Städten der gesamten Welt.



Das Piratenschiff

ist ein Schauspiel in 6 Akten mit dem **Scheik**darsteller **Rudolf Valentino,** dessen Spiel vor einigen Wochen im Zentral-Theater die Herzen der weiblichen Besucher in Flammen schlug. (42

Neu! Fatty Neu!

als Hundefreund ist eine neue amerikan. Groteske in 2 Akten.

Vergleichen

Sie unsere Preise und Ihr Weg ist bestimmt, weil Sie die erprobten Qualitäten, die wir führen, kennen.

Nicht **Worte** — **Tatsachen** sprechen. Deshalb genügen schon wenige Beispiele:

Rockstreifen 105 cm, in vielen modernen Mustern	2⁸⁵
Reinw. Rockstreifen 105 cm, in vielen modernen Mustern	3⁹⁸
Reinw. Cheviot 130 cm in marine	3⁹⁰
Kleiderschotten 90 cm hell und dunkel	1²⁸
Damast für Bettbezüge 140 cm	2⁵⁰
Prinzeß Röcke aus solidem Wäschestoff und breiter Stickerei	4⁹⁵
Schürzen bunt, mit Latz und Träger in großer Auswahl	2²⁵
Blau Leinen für Schürzen	1³⁰

Baumwollwarenhaus

J. Wilstermann & Co. (16

77 Hüxstraße **77** Hüxstraße **77**

Stoffe

für Anzüge, Kostüme, Mäntel usw.

zu staunend billigen Preisen!

Ein Posten prima grauer Anzug- und Kostümstoff, ca. 150 cm breit, pro Meter

nur 2.70 Mk.

N. Honigs Tuchlager, Hüxstraße 113. 48

Hansa-Hotel u. -Restaurant

Marlesgrube 22. Telephon 3761.

Dem werten Publikum von Lübeck zur gefl. Kenntnis! Uebernehme zum 1. April obengenanntes Haus. An Küche und Keller bürge ich für das Beste.

Mittag- und Abendessen im Abonnement.

Geräumiges Klubzimmer den verehrlichen Vereinen zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Franz Weißbrich

Langjähriger Küchenpächter des Schabbelhauses. (5

KOLOSSEUM.

Morgen Mittwoch:

Gr. Ball

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Das neue Ball-Orchester

spielt die neuesten und beliebtesten Tanzschlager!

3) **Joh. u. R. Mittag.**

Café Vaterland

Heute Dienstag: (52

1. gr. Konzert

unter Leitung des weltberühmten Kapellmeisters **RUD. FREISE.**

Technische Hochschul-Woche

vom 9. bis 16. April 1924 in Lübeck.

Vorträge mit Experimenten u. Lichtbildern, gehalten von bedeutenden Hochschullehrern.

Mittwoch, 9. und Donnerstag, 10. April:
Prof. Heyer-Hannover: „Die Technik unter der Erde".

Freitag, 11. und Sonnabend, 12. April:
Stadtbaurat **Wolf**-Dresden: „Formprobleme des modernen Städtebaus.

Dienstag, 15. und Mittwoch, 16. April:
Prof. Dr. Leithäuser-Berlin: „Drahtlose Telegraphie und Telephonie und ihre Anwendung im modernen Verkehr."

Die Vorträge werden abends von 8—10 Uhr in der „Aula des Johanneums" gehalten.

Preise der Karten:

Einzelkarte für einen 2 Abende umfassenden Vortrag . . . . R.-Mk. 2.50
Dauerkarte für alle 3 Vorträge R.-Mk. 6.00
Kinder die Hälfte.

Karten im Vorverkauf bei der Musikalienhandlung E. Robert, Breite Straße 29 und an der Abendkasse. (63

Hansa-Theater.

Heute Dienstag 7½ Uhr

Ehrenabend

für **Gerd Charlier** zu bedeutend ermäßigten Preisen (Mk. 0.40—Mk. 2.00) 61)

„Der Fürst von Pappenheim".

Operette in 3 Akten von Hugo Hirsch.

Mittwoch nachm. 4 Uhr:

Ein lustiger Fritz-Reuter-Nachmittag

veranstaltet von **Kurt Maurice,** Hamburg zu ganz kleinen Preisen (Mk. 0.20—Mk. 1.00)

Abends 7½ Uhr:

Zum vorletzten Male:

„Der Fürst von Pappenheim".

Freitag 7½ Uhr:

Gastspiel **Schüßler:**

„Die kleine Sünderin".

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck. (56

Betriebsräte und Vertrauensleute

Donnerstag, den 3. April abends 7 Uhr, **im Gewerkschaftshaus.**

Liste der neugewählten Betriebsräte mitbringen

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verb.

Verwaltungsstelle Lübeck (59

Außerordentliche

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 3. April **abends 7½ Uhr** im Lokale **F. Lender,** Hundestraße.

Tagesordnung:
1. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch 7.30 Uhr: **König Lear.** (37

Donnerstag, 7.30 Uhr: **Figaros Hochzeit**

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (83

Seit 12 Jahren

ist es nicht nur in Lübeck, sondern weit über Lübecks Grenzen bekannt, daß die Firma **Johannes Holst, Lübeck,** Markt 6, Kohlmarkt 6, das Schönste und Beste in allergrößter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen in den Verkauf bringt. **Nicht allein die Preise** dürfen für Sie bestimmend sein, sondern achten Sie vor allen Dingen auf gute tragfähige Stoffe. Mein Personal, sowie auch ich, werden Ihnen gern mit fachmännischem Rat zur Seite stehen.

Herren-Garderoben

Herren-Anzüge		48.—	39.50	29.50
Herren-Anzüge	89.00	75.00	69.00	58.00
Konfirmanden-Anzüge		38.50	29.50	26.50
Konfirmanden-Anzüge			69.50	49.50
Herren-Gummi-Mäntel	39.00	29.00	22.00	18.80
Herren Pilot-Hosen	8.95	7.95	6.97	5.95
Manchester-Hosen, lang und Breeches			18.00	13.95
Buckskin-Hosen		10.50	7.95	6.50
Elegante Kammgarn-Hosen, gestr.	19.50	14.00	10.50	7.95
Breeches-Hosen	19.50	16.50	12.00	9.95
Marine-Tuch-Klapphosen für Schiffer			19.50	14.50
Windjacken für Herren		22.50	15.00	13.50
Wickelgamaschen			3.00	2.50
Blaue Schlosserjacken			3.95	3.50
Blaue Schlosserhosen				3.95
Normal-Hemden wollgemischt				2.95
Normal-Hemden			4.50	3.95
Normal-Hosen wollgemischt		3.95	2.95	2.50
Weiße Herren-Hemden			5.40	4.95
Oxford-Hemden			4.25	3.95
Ganz schwere Arbeiter-Hemden				4.95
Barchent-Hemden			4.50	3.95
Dunkles Barchent-Hemd				3.95
Makko-Hemden		3.95	3.50	2.95
Makko-Hosen		3.50	2.95	2.50

*

Strumpfwaren

Schwere bw. deutschlange Damen-Strümpfe				0.58
Engl. lange Damen-Strümpfe		0.98	0.78	0.68
Flor- u. Makko Damen-Strümpfe	1.95	1.68	1.50	1.25
Kunstseidene Damen-Strümpfe alle Farben				2.25
Herren-Socken	0.95	0.68	0.48	0.38
Kunstseidene Herren-Socken			Paar	1.75
Frotté eleganter Farbenton			Mtr.	2.50
Frotté gestreift und kariert			Mtr. 3.60	3.50
Frotté in hübschen Mustern			Mtr. 4.25	3.95
Reinwollene Popeline			Mtr.	3.95
Reinwollene Serge hübsche Farben			Mtr.	4.65
Gabardine reine Wolle, 130 cm			Mtr. 7.95	7.50
Gingham doppelbreit			Mtr. 1.85	1.68
Zephir für Kleider			Mtr. 1.08	0.98
Mousseline hübsche Muster			Mtr. 1.35	1.10 0.98
Schotten für Kinder-Kleider			Mtr. 2.50	1.38 0.98
Elegante Blusenflanelle Ia.			Mtr.	1.45
Reinwollene Cheviots ganz schwere Ware			Mtr. 3.65	2.35

*

Wäsche u. Schürzen

finden Sie in so riesenhafter Auswahl von der einfachsten Ausführung bis zur besten, so daß es mir unmöglich ist auch nur einen kleinen Teil davon anzuführen.

Alle Aussteuer-Artikel, wie **Bettbezugstoffe, Inletts, Lakenst., Gardinen, Vorhangstoffe** in bekannter Güte

17 **Markt 6** **Johannes Holst** **Kohlmarkt 6.**

Geschäftsübergabe und -nahme.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich am heutigen Tage meinem Sohn CLAUDIUS die Bäckerei übergeben habe. Für das mir bewiesene Wohlwollen danke ich und bitte gleiches auch auf meinen Sohn übertragen zu wollen.

Johann Hinrichs.

Bezugnehmend auf obige Anzeige verspreche ich, jeden Auftrag der geschätzten Kundschaft aufs beste erledigen zu wollen.

Lübeck, den 1. April 1924.

9) **Claudius Hinrichs.**
Kronsforder-Allee 127.

Neben unserem allseitig beliebtem, vorzüglichem

Märzenbock

und unserem hochprozentigem hellem Spezialbier empfehlen wir auch unser helles

Vollbier

in ganz hervorragender Friedensqualität.

Vereinsbrauerei-Walkmühle
A. Lück
Lübeck.

13)

Sumatra-Sandblatt

unsortiert.

(Original-Größe).

10 Stück nur 80

Sehr milde, edle, allerfeinste Qualität
mit Felix-Havanna-Einlage

Grundmann, Schüsselbuden 32

Reell u. billig!

Frottees in riesiger Auswahl Mtr. 4.20, 3.90 . . . **2.95**

Kleiderstoffe gestr. u. kar. Mtr. 3.90, 2.90 . . . **1.60**

Inletts für Ober- u. Unterbetten Meter **4.50, 4.20 3.50**

Damast und Streifsatin volle Bettbreite Mtr. 3.40, 2.70 . **2.25**

Bettlakenstoffe Mtr. 3.20, 2.60 **1.80**

Bettfedern Pfund **4.20, 3.25 2.10**

Barchenthemden 4.20, 3.90 . **3.75**

Einsatzhemden . . . von **2.90** an

Trotz dieser billigen Preise reservieren wir das Gewünschte durch Anzahlung und kommen hierin unserer werten Kundschaft im weitesten Maße entgegen. (25

Walter Griephan & Co.
Lübeck, Hüxstraße 74.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Wir empfehlen unser **Brot, Kuchen** und sonstiges **Gebäck** in bekannter, guter Qualität. Beim Einkauf von Brot achte man auf den Stempel **L. G. B.**

34) **Der Vorstand.**